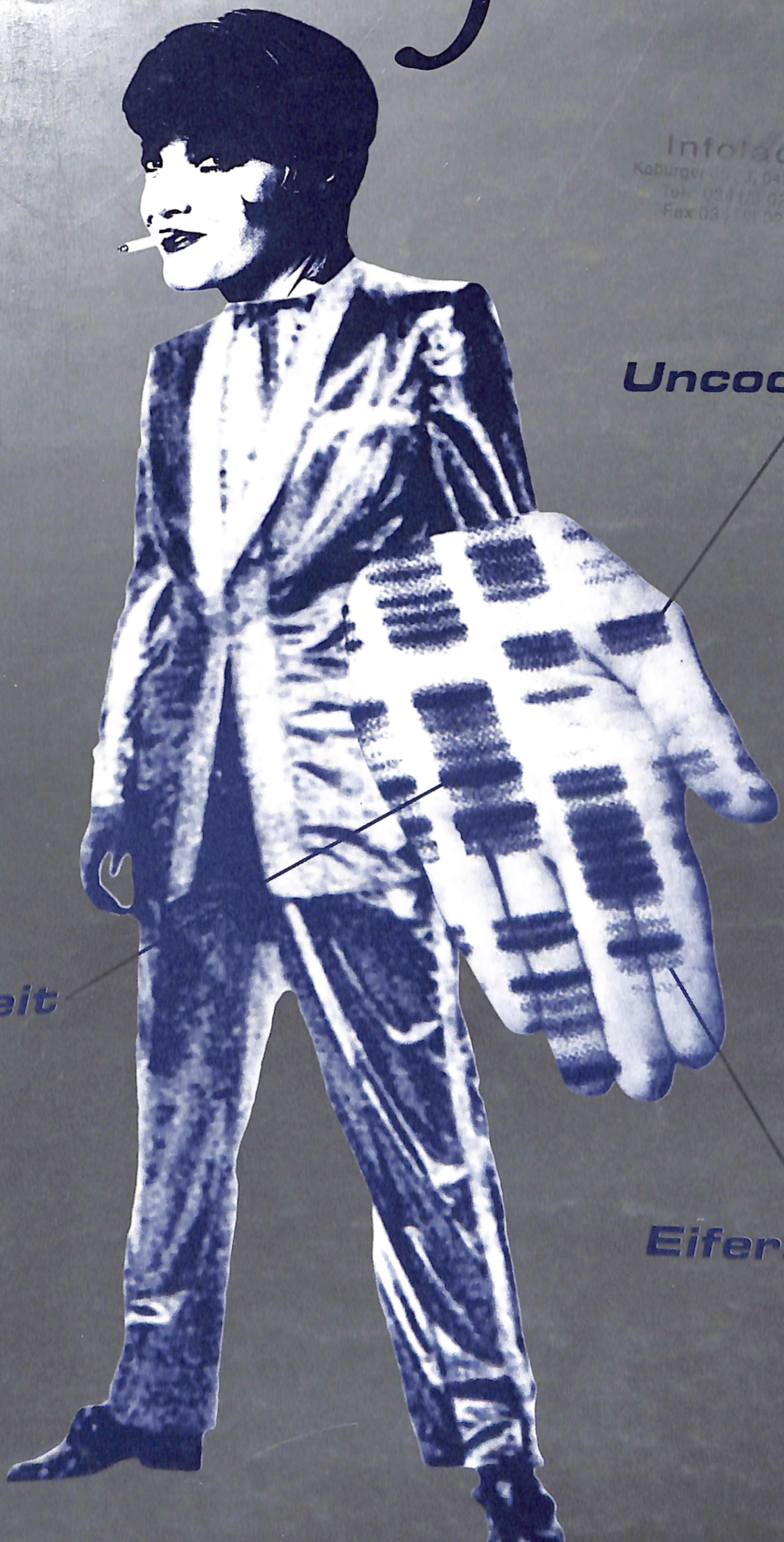
Nr. 4 · Dez 98 · 47. Jhg.

FRIKUS

Frankfurter StudentInnen Zeitschrift · In Ffm gratis, auswärts 5 Mark

gentech

Infoladen
Koburger [illegible] 04277 Leipzig
Tel: [illegible] 02 85 04
Fax: [illegible]



Uncool Tanzen

Lohnarbeit

Eifersucht

außerdem: politisches mandat / i.g. farben-haus / existenzgeld

inhalt

editorial 3

»Ein runder Tisch, der so eckig ist, daß er mitspricht« 5
Über die Informationspolitik der Ausstellung »Gen-Welten«

Reproduktionstechnologie, Pränatal-diagnostik und genetische Checks 12

Risiken und Nebenwirkungen 16
Biomacht im Zeitalter der Humangenetik

Wie man eine neutrale, dienende Position einnimmt 20
Zum Kampf ums Politische Mandat der »Verfaßten Studierendenschaft«

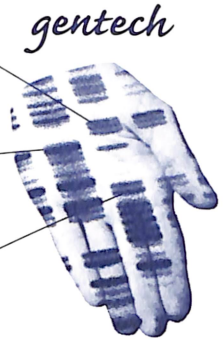
Das Haus, die Tafel, der Umzug 25
Interview mit Alfred Jachmann

Arbeit – welche Arbeit? 30
Lohnarbeit und Existenzgeld

Der garantierte Lohn/
Die Verkürzung der Arbeitszeit 32

garip dünya 37

impressum 42



editorial

»Sicher gibt es eine genetische Veranlagung für Homosexualität. Aber wenn Mann eine wunderschöne Frau kennenlernt, kann alles auch ganz anders ausgehen.«

So oder so ähnlich H. G. Gassen, wissenschaftlicher Berater der Gen-Welten-Ausstellung, früh morgens auf hr3

Frau hört, es tagen Ethikkommissionen; einschlägige Magazine preisen die Entdeckung des Legasthenie-Gens und das Thema Klonen inspiriert die satirischen Geister zu bizarren Foto-Montagen. Solches sind die Ereignisse, an denen sich die öffentlichen Debatten über Sinn, Nutzen und Gefahren von Gentechnologien aufhängen. Ist die G-Tomate wirklich lecker, wird die Schöpfung gekränkt und, nun mal Hand auf's Herz, ist Dolly ethisch korrekt? So groß die Dokumentationsseite in der *Frankfurter Rundschau* auch aufgemacht sein mag – die öffentliche Debatte erfaßt den Komplex Gentechnologie nur höchst selektiv und zwar meist nach der Regel der »ethischen Skandalisierbarkeit«. Die Prophezeihung, Krebs heilen zu werden, mag zwar für die Akzeptanzbeschaffung von Gentechnologie in der »Gesellschaft« durchaus relevant sein. Die Durchsetzung bestimmter Forschungsrichtungen realisiert sich aber jenseits des zivilgesellschaftlichen Disputierens zentral in den Kooperationen von Ministerien, konzerneigener Forschung und entsprechend ausgestatteten Instituten und nicht zuletzt in der wissenschaftlichen Alltagspraxis. In den Labors haben sich längst funktionstüchtige Produktionsroutinen etabliert, dort werden wissenschaftliche »Durchbrüche« registriert und wird über die weitere Entwicklung entschieden. (siehe hierzu auch **»Ein runder Tisch ...«**)

Sofern man kritische Positionierungen zum Thema Gentechnologie von linker Seite ausmachen kann, sind diese meist recht eindeutig: Gentec als die Technologie der Konzerne, als »Risikotechnologie« und als Mittel optimierter Normierungs-Kontroll-Politiken. Politisch ist solche Ablehnung von und Widerstand gegen Gentec unter den gegenwärtigen Verhältnissen angebracht. Es läßt sich schlicht argumentieren, daß Gentechnologie vorrangig ein Profitgeschäft ist, (weltweite) ökonomische Abhängigkeiten eher verschärfen wird und die Ausbeutung und Zurichtung der Leute als Arbeitskraft zu intensivieren droht. Gleichwohl ist ein merkwürdiges Defizit konstatierbar, was eingehendere Auseinandersetzungen betrifft. Das hat unseres Erachtens durchaus damit zu tun, daß man sich bei genauerer Analyse des Feldes Gentec unversehens vor einige Probleme gestellt sieht. Hierfür ein paar Beispiele:

Je genauer man sich mit dem Thema Gentec beschäftigt, umso schwerer über- und durchschaubar wird das Feld. Schon die Fülle spezialisierter Teilbereiche wie Medizin, Repro, Agrar- und Lebensmittelindustrie, Humangenetik, etc., läßt vermuten, daß sich die einzelnen Bereiche im Hinblick auf ihre Problematiken, ihren Forschungsstand, ihre institutionelle Positionierung und Förderung, also auch ihrer »Zukunftsfähigkeit« stark unterscheiden. Stärker noch als in anderen Bereichen ist es in diesem Feld hochspezialisierten Wissens nicht nur schwierig, sich einen Überblick darüber zu verschaffen, was gemacht wird, sondern auch das wie entzieht sich meist dem Wissen/Verständnis von Nicht-ExpertInnen. Das macht die Strategie eines kritischen Gegendiskurses voraussetzungsreich, schwierig und anstrengend. So sehr die Verfügung über kritisches Wissen punktuell hilfreich sein mag, so sehr läuft eine solche Strategie aber Gefahr, Bescheidwissen zum notwendigen Ticket »legitimer« Kritik zu machen und damit die ganze Debatte gegen Einwände von »Außen« zu immunisieren.

Die Pränataldiagnostik (siehe **Reproduktionstechnologie ...**) verspricht, schon vor der Geburt als solche definierte »Defizite« und »Gefahren« identifizieren und vermeiden zu können. Was sich populistisch als erweiterte Entscheidungs- und damit Freiheitsspielräume für die »Beteiligten« ausgibt, ist als neue Variante, »Wertigkeiten« von Leben zu bemessen, rigoros zu kritisieren. Was aber sind die Kriterien, anhand derer man einen Zugriff verhindern will? Sicher die darin enthaltenen Definitionen von »unwertem Leben«, die ermöglichte Selektion desselben und die Ideologie der vermeintlichen Wahlfreiheit. Eine Ablehnung der Pränataldiagnostik bedeutet aber möglicherweise, den »natürlichen Ablauf« einer Schwangerschaft zu verteidigen und damit die Grenze des Zugriffs genau dort zu errichten, wo dies auch die Lebensschutzfraktion tut.

Eine weit verbreitete Tendenz ist es, das Übel und die Gefahren der Gentec in zukünftigen Schreckensszenarien auszumalen; alles droht nach Belieben normier- und manipulierbar zu werden. Eine solchermaßen argumentierende Kritik findet sich jedoch ganz schnell in der Falle des Gen-Determinismus; denn sie gibt dem Glauben an die determinierende Macht der

Gene eher recht, als daß dieser wirkungsvoll destruiert würde. Daß andererseits die gerne vermeldeten »Entdeckungen« etwaiger Lasterhaftigkeitsgene die offensive Verbreitung von Lügen darstellt, gehört wohl eher selbstverständlich zum linken common sense. Jenseits solch offenkundiger Blödheiten findet frau sich aber ganz schnell mitten in der Diskussion darüber wieder, wofür die Gene denn nun »eigentlich« verantwortlich sind und wofür nicht. Alkoholismus? Quatsch. Die identische Vorliebe für Parkbänke bei eineiigen Zwillingen? Auch nicht. Die optische Ähnlichkeit der Beiden? Na ja ... vielleicht ... in gewisser Hinsicht. Der Versuch auf solche Fragen letztgültige Antworten zu finden, scheint nicht nur wenig erfolgversprechend; mehr noch tendiert er dazu, seinerseits die »wirkliche« Trennungslinie zwischen dem Sozialen und dem Natürlichen finden zu wollen. Jenseits der Frage, was denn nun der Natur gemäß sei und deshalb in technischen Verfahren auch »erfolgreich funktioniert«, sind Genetik und Gentechnologie als ein Wahrheitsprogramm anzusehen, in dem Vorstellungen von Natur und technischen Machbarkeiten als Wahrheiten gesellschaftlich durchgesetzt werden (siehe ***Risiken und Nebenwirkungen***). Der Maßstab, sich gegen Gentec zu wenden, kann nicht der »Schutz der Natur« vor den rabiaten Eingriffen der Gentechnologie sein (zumal solche Kritikmuster immer ganz dicht bei konservativen Bewahrungsambitionen stehen); vielmehr geht es um die »Eingriffe ins Soziale«, d.h. beispielsweise die naturalisierende Begründung oder Festschreibung sozialer Verhältnisse. Teil einer subversiven Wahrheitspolitik, die sich gegen den Boom biotechnologischer Annahmen richtet, wäre es demnach, die Definitionen und Verfahren der Gentechnologie als (wissens-)politische Entscheidungen kenntlich zu machen und in ihren (ideologischen und materiellen) Machteffekten zu kritisieren.

Eine Diskussion darüber, ob Gentechnologie, richtig eingesetzt, nicht auch Chancen bieten könnte, bleibt abstrakt und irreführend. Die Guten ins Töpfchen, die Schlechten ... Genetik ist weder neutrales Wissen oder beliebig nutzbare Technik, noch läßt sich davon absehen, von welchen Interessen und Zwecken sie gesellschaftlich bestimmt ist. Gentec ist daran zu messen und zu kritisieren, welches Wissen sie derzeitig konkret erzeugt und verbreitet, und an den Anwendungen, die sie (potentiell) zeitigt. *DIE ZEIT* meldete jüngst, daß die Leute in den weißen Kitteln nun daran gehen, eine »Ethnobombe« zu entwicklen, die die biotechnologische Bekämpfung von »Stämmen und Völkern« mit unterschiedenem Genpool ermöglichen soll.

Außerdem: Der Artikel ***Wie man eine neutrale, dienende Haltung einnimmt*** beschäftigt sich mit den seit langem andauernden Auseinandersetzungen um das politische Mandat der Verfaßten Studierendenschaft. Mit diesem Text unterstützt der *diskus* auch die Kampagne »FÜR das politische Mandat« und eine derzeit in an der FU-Berlin stattfindende Veranstaltungsreihe zum Thema.

Das Interview mit Alfred Jachman zum IG-Farbenhaus (***Das Haus, die Tafel, der Umzug***) wurde anläßlich des Treffens von Überlebenden des Konzentrationslagers Buna/Monowitz geführt, das im Oktober in Frankfurt stattfand. Mit dem Interview beginnen wir eine Serie, die sich in den folgenden Heften mit der Geschichte des Gebäudes, der Be-, Auf-, Ver- und Abarbeitung deutscher Vergangenheit und dem Umzug der Universität Frankfurt dorthin auseinandersetzen wird.

Die Berliner Gruppe fels organisiert für den März nächsten Jahres eine Veranstaltung zum Thema »Existenzgeld«, die auch vom *diskus* mitgetragen wird. Nicht nur als Vorausschau finden sich in diesem Heft die Texte ***Arbeit - welche Arbeit?*** und ***Der garantierte Lohn/Die Verkürzung der Arbeitszeit***.

Die diskus-DNA

Release-Party: *Donnerstag, 10. 12. 1998, Parkhaus, Junghofstr. 14, 21 Uhr*

Öffentliche Heftkritik: *Mittwoch, 13. 1. 1999, Raum 106 im Studierendenhaus, 19.30 Uhr*

Abo hallo!

diskus *abonnieren geht folgendermaßen:*

1 Abo = 4 Ausgaben für 10 Mark (in Briefmarken oder kleinen Scheinen)

Rabatte für Wiederverkäufer!nnen auf Anfrage

Bezugsadresse → Impressum, S. 42

»Ein runder Tisch, der so eckig ist, daß er mitspricht«

Über die Informationspolitik der Ausstellung »Gen-Welten«

»Tatsache« ist doch, »daß die Erkenntnisse der Molekulargenetik und die Techniken der neuen Biotechnologie schon jetzt Bestandteile unseres Lebens sind und in kommenden Jahren weit größere Areale unserer Lebenswelt erobern werden.« Und »sich gegenüber dem Neuen zu verschließen, wäre« sicherlich »eine ebenso falsche Reaktion wie alles Neue ungefragt zu übernehmen.«[1] Es gilt, das Unvermeidliche mit kritischem Anstand zu begleiten und »für die weiteren Forschungswege« als »Gesellschaft, die ja letztlich immer betroffen ist, eine aktive Rolle« einzunehmen. Die Gesellschaft aber sind »wir« – die »mündigen Bürgerinnen und Bürger«. Und so haben »wir« zunächst einmal die Aufgabe, uns eine »eigene fundierte Meinung« zu bilden. Schön, wenn wir bereit sind, uns dabei helfen zu lassen, wenn uns dabei jemand hilft.

Gegenwärtig finden – parallel in fünf Städten (Bonn, Dresden, Mannheim, München, Vevey/Schweiz) – unter dem gemeinsamen Titel »Gen-Welten« verschiedene Ausstellungen zum Thema Genetik und Gentechnik statt.[2] »Wir« haben die Chance genutzt und uns die Bonner Ausstellung näher angesehen.

Sie trägt den nach klassischer Bildung schreienden Titel »Prometheus im Labor«. Wer? Ein Griff zum Lexikon tut Not: Er, der den Göttern das Feuer entriß und es dem Menschen brachte – eine Art Initialzündung jeglicher Technologieentwicklung? Oder er, der der Sage nach den ersten Menschen nach dem Ebenbild der Götter aus Lehm erschuf? Nun, wie auch immer.

Im Eingangsbereich der Ausstellung führen zwei an gegenüberliegenden Wänden angebrachte Leuchtdioden-Lauftexte einen stummen Dialog miteinander: Eine Schöpfungsgeschichte nach der griechischen Mythologie und eine UNESCO-Deklaration, die zum verantwortungsvollen Umgang mit dem menschlichen Genom aufruft. Beherrscht aber wird der Raum insgesamt von einer Evolutions-Uhr, die verdeutlicht, wann – gerechnet auf einen 24 Stunden Tag – die einzelnen Arten der Lebewesen auf der Erde entstanden sind – der Mensch erschien erst zwei Sekunden vor Mitternacht. Da haben wir's: *der* Mensch, einerseits extreme Spätgeburt in der Naturgeschichte, andererseits ein Geschöpf, das sich promethisch (äh ja) zum gottgleichen Schöpfer aufzuschwingen sucht und versucht ist: Der Ausstellungsabschnitt *Natur – Schöpfung – Evolution* umspielt diese Thematik. Ihr sollen wir uns stellen.

Im Ausstellungsabschnitt *Biologische Grundlagen* begegnen wir dem »Chromosomensatz« einiger Tiere, der in Form von effektvoll angestrahlten, überdimensionierten Stahlnachbildungen zu Kegeln geformt von dem jeweils zugehörigen Tier an der Spitze gekrönt wird. Der Informationswert – kleine Tiere (Schmetterling) können mehr Chromosomen haben als große Tiere (Mensch) – steht in auffälligem Gegensatz zum recht monumentalen Aufbau dieser Skulpturen. Dafür aber gewinnen Chromosomen hier den Anschein von Solidität, ja von tatsächlichem Baumaterial: Ich kann mir mit Chromosomen einen Kegel bauen; die Assoziation, mittels Chromosomen auch Leben zu »bauen«, ist davon nicht weit entfernt.

Sehr viel anspruchsvoller zur Sache geht es dann auf Stellwänden, die die Vorgänge in einer Zelle erklären sollen. Dabei erscheint die DNA als Hauptakteur; sie zeichnet verantwortlich für Prozesse des Stoffwechsels, der Fortpflanzung und der Zellteilung. Wer hier jedoch nicht schon vorher Bescheid wußte, weiß nachher auch nicht viel mehr. Ein spektakulär gemachter 3-D Trickfilm (Rot-Grün Brillenzwang), der uns in das Innere einer Zelle entführt, hilft da auch nicht weiter.

Daß im übrigen auf den Fotos zunächst gar nichts und erst nach längerem Rätseln über die beschreibenden Texte manchmal etwas zu erkennen ist, hätte Anlaß geben können, ein paar Worte darüber zu verlieren, daß es sich bei den sichtbaren Gebilden gewiß nicht um schlichte photorealistische Abbildungen von etwas handelt, das einfach so da ist. Vielmehr handelt es sich um Erzeugnisse, die überhaupt nur aufgrund spezifischer Visualisierungstechniken (z.B. Rastertunnelmikroskop, spezielle Einfärbungsmethoden) gegeben sind. Auskunft über das Dasein irgendwelcher Objekte geben die sichtbaren Gebilde nur im Zusammenhang mit der Interpretation der so erzeugten Bilder, die wiederum auf ein Wissen um die Funktionsweise der verwendeten Visualisierungstechniken und um die Eigenschaften der dem Verfahren unterzogenen Substrate angewiesen ist. Derlei Vertiefungen und Überlegungen sollen dem Publikum aber offenbar nicht zugemutet werden.

Eine eher unauffällige Tafel zur Wissenschaftsgeschichte präsentiert eine chronologische Abfolge ver-

schiedener Definitionen des »Gen«-Begriffs. Mittlerweile gibt es sogar Vorschläge, diesen Begriff wieder fallenzulassen.[3] Wissenschaftliche Verunsicherungen, die Anlaß zu wissenschaftstheoretischer Reflexion geben? Im Rahmen der Ausstellung wohl kaum.

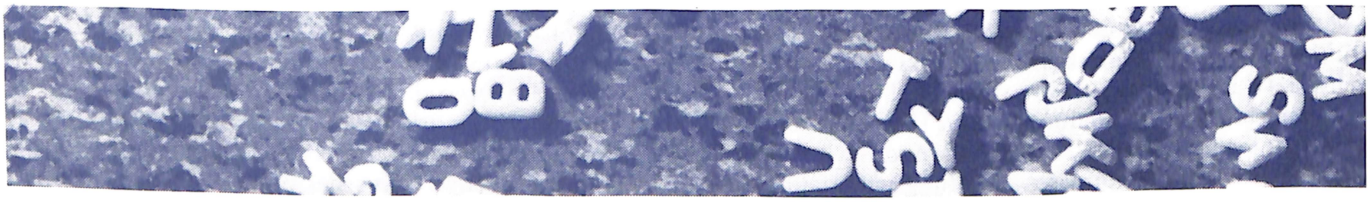
Doch genug der Theorie – auf ins LABOR!

Auf einer »Werkbank« stehen ordentlich aufgereiht allerlei Apparaturen und Gefäße – hier ein Kasten mit Leuchtdioden und jeder Menge Reglern, dort einige Glasgefäße und Schälchen. Darüber erläuternde Texte, die von den einzelnen Arbeitsschritten handeln, die bei der Rekombination bzw. Sequenzierung von DNA-Abschnitten nötig sind. Unter dem harmlosen Titel »Haustiere der Genetik« erfahren wir etwas über den »Arbeitsplatz« der süßen Labormaus. Auch hier bestehen Rationalisierungstendenzen – ihren Job wird in Kürze ein »Bioreaktor« übernehmen. Dieser besteht aus einer kleinen, durchsichtigen, leeren Plastiktrommel – hätte es hier nicht vielleicht auch ein Joghurtbecher getan? Wer nicht am Tatort Genlabor auszumachen ist, ist Prometheus, geschweige denn (wirkliche) Handelnde, die handeln (könnten). Nichts und niemand ist in Aktion zu sehen. Die Vorgänge und technischen Details der Laborpraxis bleiben im Großen und Ganzen im Dunkeln.

Beruhigen, daß fran der potentiellen Gefahr der im Labor verwendeten Substanzen Rechnung zu tragen weiß, soll uns ein Blick durch 4 Labortüren, die den Sicherheitsstufen S1 – S4 für gentechnische Labors entsprechend ausgestattet sind. Während Stufe S1 noch von »Jedermann« in Laborkleidung betreten werden darf, sind Substanzen in Labors der Stufe S4 (in Deutschland gar nicht vertreten) hermetisch abgeriegelt nur noch von außen mit hineinreichenden Sicherheitshandschuhen zu bearbeiten. Alles im Griff, oder? Informationen darüber, welche Gremien nach welchen Kriterien die Klassifizierung der Labors gemäß dieser Stufen festlegen – eminent politische Entscheidungen darüber, wer unter welchen Auflagen was herstellen darf – fehlen aber.

Und so gelangen wir, schon einigermaßen erschöpft, schließlich zu den Anwendungsfeldern der Gentechnologie.

Im Bereich *Gesundheit und Krankheit*, der sich zunächst mit der gentechnologischen Diagnostik und Therapie von Krankheiten beschäftigt (der sogenannten. »roten« Gentechnologie), erlangt als erstes ein großer Billardtisch unsere Aufmerksamkeit. Schautafeln informieren uns über die seltenen sogenannten monogenen Krankheiten (z.B. Veitstanz), deren Ursache in einem angeborenen Defekt eines Gens gesehen wird. Als Beleg für diese Sichtweise diente lange Zeit die Aufzeichnung und Auswertung familiärer Krankheitsgeschichten, die auch die Basis für Diagnosen abgaben. Mittlerweile wurden offenbar aber bestimmte »Übeltäter«-Gene auch physisch lokalisiert. Mittels gen-technologischer Verfahren ist es nun möglich, sich auf diese Anlagen hin testen zu lassen. Ursache und Wirkung scheinen damit geklärt; der Lauf des Balls läßt sich berechnen ... Freilich sagt das Vorhandensein eines solchen Gens nicht unbedingt etwas darüber aus, wann die Krankheit bzw. ob sie überhaupt ausbricht. Und mit etwaigen verbesserten Behandlungsmöglichkeiten der diagnostizierten Krankheiten bei deren faktischem Auftreten haben diese »Errungenschaften« momentan wenig bis gar nichts zu tun. Was sowohl die Berechenbarkeit der Krankheiten wie auch die Sinnhaftigkeit der diagnostischen Bestrebungen dann doch stark relativiert.



In noch stärkerem Maße gilt dies für den großen Bereich der multifaktoriellen Krankheiten, also solchen Krankheiten, die aus vielfältigen Ursachen resultieren. Eine überdimensionierte Roulette-Scheibe soll dies veranschaulichen. Gleich auf Feld 1 erfahren wir, daß Krebs – als prominentes Beispiel für diese Krankheiten – höchstens zu 10% erblich bedingt ist. Warum manche Krebs bekommen und andere nicht, ist bis heute völlig unklar. Glücksspiel!? Im folgenden wird dennoch fast ausschließlich die molekularbiologische Seite dieser Krankheiten erläutert. Umweltfaktoren, die gerade hier eine entscheidende Rolle spielen, tauchen demgegenüber nur andeutungsweise auf einem der 20 Roulette-Felder auf.

Dem zweiten großen Anwendungsfeld, der sogenannten »grünen Gentechnologie«, begegnen wir im nächsten Bereich, überschrieben mit *Züchtung, Ressourcen und Biotechnologie*. Hier geht es vor allem um

Freisetzungsversuche und den Anbau transgener Pflanzen, um Genbanken und Biodiversität. Besonders dem zuletzt genannten Aspekt kommt dabei größere Aufmerksamkeit zu: Die globale Vielfalt des Lebens ebenso wie deren Bedrohung wird mittels einer überdimensionalen Weltkarte veranschaulicht. Dem Rückgang der Vielfalt, insbesondere an Kulturpflanzen, werden dann aber in Form der Genbanken Maßnahmen gegenübergestellt, die das Bedenkliche dieser Entwicklung wieder abmildern: Nichts geht wirklich verloren, solange dafür Sorge getragen wird, einige wenige Exemplare einer bestimmten Art zu bewahren. Deutlich gemacht wird auch, daß die Bewahrung bzw. die genetische Erforschung der »Natur« als zukunftsträchtige Investitionen angesehen werden: Neben den Bodenschätzen stellt nun die biologische Vielfalt eine zentrale Ressource dar.

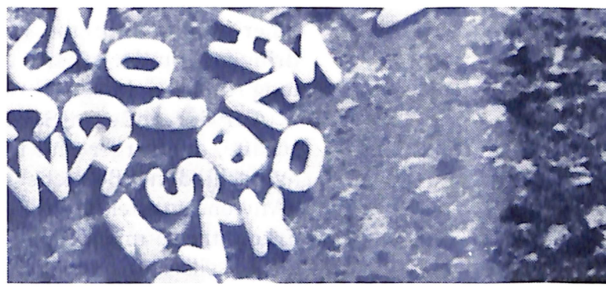
In beiden Bereichen zur Anwendung werden die Präsentationen ergänzt durch kurze Videoszenen:

Der NWL-Block und die Lindenstraßen-Gesellschaft

DarstellerInnen aus der Lindenstraße diskutieren in persönlichen Zwiegesprächen Pros und Kontras verschiedener Anwendungsfelder der Gentechnologie. Die neuen Beimers setzen sich beispielsweise im Zuge ihrer Nachwuchsplanung mit Fragen der pränatalen Diagnostik auseinander. Auffällig ist dabei, daß die Dialoge im Bereich *Gesundheit und Krankheit* vor allem von Fragen der individuellen Haltung gegenüber den »Angeboten« der Gentechnologie bestimmt sind. Demgegenüber erörtern die ProtagonistInnen im Bereich *Züchtung, Ressourcen und Biotechnologie* solche Probleme und Chancen, die für sie offenbar eher von öffentlichem Interesse sind. Um gesellschaftspolitische Dimensionen geht es, wenn der Neffe mit seinem Onkel, einem Mitarbeiter eines Industriekonzerns, über Biotechnologie und Patente diskutiert.

Eine weitere Polarisierung läßt sich auch in bezug auf die (oftmals nicht nur implizite) Bewertung der verschiedenen Anwendungsfelder feststellen, die u.E. einen durchaus verbreiteten Konsens widerspiegelt. Während die rote Gentechnologie, also der Bereich der Anwendungen in der Medizin, fast durchweg positiv und mit Hoffnungen besetzt wird, finden sich auf Seiten der grünen Gentechnologie schon sehr viel eher kritische Stimmen – ja, zuweilen werden selbst ökonomische Interessen erwähnt!

Der eigentliche Ort der Kritik ist jedoch ausdrücklich dem letzten Bereich der Ausstellung vorbehalten, der künstlerischen Auseinandersetzung mit dem Thema. Ah ja, ein Turm Pappkartons mit Aufdrucken von Käfern, huch, ein Hybridwesen – ein »Straußenschaf«, und da: mit Drähten gespickte Schweinsköpfe schweben über dem großflächigen Bild eines Rudels von MarathonläuferInnen. Die Arbeiten, so erfahren wir später, sollen wir als Äußerungen verstehen, die »frei von Sachzwängen zur Diskussion auffordern sollen«. Das läßt uns aufhorchen. Sachzwänge? Es gibt also andernorts – etwa an Orten der genetischen Forschungen oder der gentechnologischen Entwicklungen und Anwendungen? – offenbar Sachzwänge. Doch warum erfahren wir erst jetzt davon? Immerhin, auch wir verstehen die Botschaft: Uniformität, Produktförmigkeit und Massengesellschaft, wollen wir das, soll das unsere Zukunft sein? Doch bevor wir uns in diese und andere Überlegungen so richtig vertiefen können, werden wir vom Aufsichtspersonal freundlich, aber bestimmt zum Verlassen der heiligen Hallen aufgefordert. Ende der Vorstellung.



Insgesamt fällt auf, daß die Ausstellung sich an einem Modell orientiert, in dem ein »Natur-Wissenschafts-Labor«-Block auf der einen und »die Gesellschaft« auf der anderen Seite sich als zwei getrennte Bereiche gegenüberstehen, die erst im Zusammenhang mit der »Anwendung« naturwissenschaftlicher Erkenntnisse und Techniken aufeinandertreffen.

Auf der Seite des »Natur-Wissenschafts-Labor«-Blocks stehen dabei erstens die grundlegenden biologischen Erkenntnisse, die »uns« über die Natur der (belebten) Natur, der Evolution etc. Aufklären; stehen zweitens die Labor-Techniken und Labor-Substrate, vermittels derer die »Fakten« über die Natur der Natur im Labor »entdeckt« und »gesichert« werden; steht drittens aber auch die »Natur selbst«: insofern die erkannte und entdeckte Natur der Natur nämlich in der wahren Natur der Natur gründet, die so ist, wie sie ist, und die, eben weil sie so ist, wie sie ist, sich schließlich auch im Labor hat herauspräparieren und erkennen lassen. Gentechnik ist gewissermaßen die Fortsetzung der Natur mit ihren eigenen Mitteln und insofern ein schönes Beispiel dafür, daß es wieder einmal gelungen ist, »in der Natur vorhandene Prinzipien«, »Ideen der Natur zu begreifen und in den Bereich der Technik zu übersetzen«.[4]

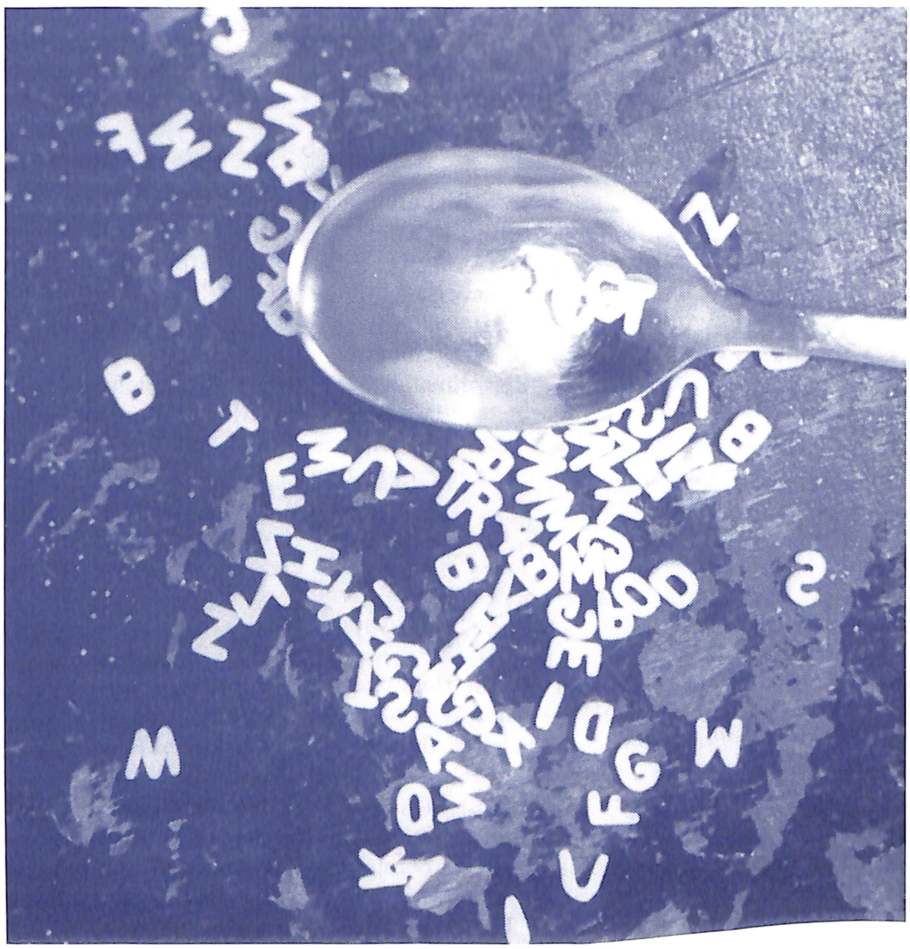
Zwar wird in der Ausstellung gelegentlich durchaus darauf hingewiesen, daß, was diese basalen Erkenntnisse und Techniken und ihre Quasi-Symbiose mit der Natur der Natur selbst anbelangt, manches noch ungewiß, umstritten, im Fluß ist und manches immer wieder in Fluß gerät. Aber dies entspricht eben

dem eigenlogischen Gang der Natur-Wissenschaften, die gerade qua stetiger Verbesserung und Selbst-Korrektur ihrer Erkenntnisse und Erkenntnismittel zu einer immer wahreren Wirklichkeit der Natur vordringen, von der sie sich zugleich mindestens in the long run leiten lassen.

Auf der anderen Seite steht dann »die Gesellschaft«, die Bürger und Bürgerinnen, jedenfalls aber »verschiedene Bereiche unseres Alltags«, die als »Anwendungsfelder« der (natur-)wissenschaftlichen Erkenntnisse und Techniken präsentiert werden. In der Gesellschaft geht es jetzt um »unsere« Gesundheit, »unsere« Ernährung, »unseren« Nachwuchs. »Die Gesellschaft« wird dabei bevorzugt in einer Art »Lindenstraßen-Gestalt« vorgeführt: in Gestalt verschiedener role-models, die von Angesicht zu Angesicht die Probleme und Chancen erörtern, die die »neuen Biotechnologien« mit sich bringen. Gewiß gibt es da »in« der Gesellschaft auch die »Konzerne« mit ihren ökonomischen Interessen, wer wüßte es nicht, aber schließlich arbeitet da auch »unser« Onkel mit, dem wir einmal »unsere« Meinung sagen können und dessen gutes Recht es ist, die seinige zu vertreten. Auch nur Menschen eben.

Diese Lindenstraßen-Gesellschaft also »begegnet« nun gleichsam der »neuen Biotechnologie«. Die Stunde der »Anwendung« hat geschlagen. Der Zeitpunkt ist gekommen, da »Begegnungen« der (Lindenstraßen-) Gesellschaft mit dem Natur-Wissenschafts-Labor-Block und seinen Errungenschaften unvermeidlich geworden sind, und hierbei zu vermitteln, ist eines der Anliegen der AusstellungsmacherInnen. Denn solche »Begegnungen« sind für »die Gesellschaft, die ja letztlich immer betroffen ist«, gewiß nicht leicht, und verheerend wär's, wenn sie am Ende sich allzusehr übergangen und überrumpelt fühlt und ihr Vertrauen in den Natur-Wissenschafts-Block, auf den sie doch angewiesen ist, schwindet. Schön also wär's, wenn die beiden darüber einmal reden könnten. »Wenn diese Ausstellung nur einen kleinen Anstoß zu einem Dialog oder gar einem Bündnis von Wissenschaft und Gesellschaft geben könnte, wäre schon viel erreicht.« Dann könnte vielleicht auch »die Gesellschaft« »für die weiteren Forschungswege (...) eine aktive Rolle einnehmen.«

Angesichts der in der Ausstellung favorisierten Modellierung der Dialogpartner und der damit einhergehenden Quasi-Naturalisierung des Natur-Wissenschafts-Labor-Blocks will das aber wohl nicht viel mehr heißen, als daß sonntags gelegentlich ein paar mehr »runde Tische« aufgestellt werden sollten. Um diese herum gruppiert VertreterInnen des Natur-Wissenschafts-Labor-Blocks und der räsonnierenden Öffentlichkeit, geladen zur Diskussion über Verantwortungen und Verantwortbares im Umgang mit der neuen Biotechnologie und ihren Anwendungen. Wohlgemerkt, eine klitzekleine Prämisse werden die DiskutantInnen beachten wollen: Daß die Natur der Natur so ist, wie sie ist und also im Großen und Ganzen so ist, wie sie von den dazu Berufenen erkannt und bekannt gemacht worden ist, dafür kann niemand etwas. Jedenfalls nicht am Sonntag. Es sei denn der Schöpfer der Schöpfung.



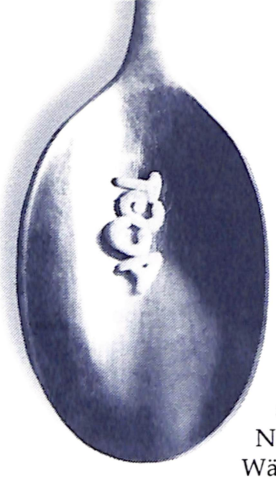
Der NWL-Block in der Gesellschaft und seine GesellschafterInnen

Keine »ausreichende Relevanz für ein breiteres Publikum« haben nach Ansicht der AusstellungsmacherInnen dann wohl auch nicht zufällig die empirischen und theoretischen Befunde sozialwissenschaftlicher Provenienz, die sich mit dem Werktag der Labor-Wissenschaften befassen.[5] Diese nämlich lassen weder auf einen Prometheus im Labor schließen noch darauf, daß die sonntags so gern bemühte wahre Natur der Natur auch werktags von entscheidendem Belang für die Werktätigen und die getätigten Werke ist.

Ein Labor ist ein Ort, in dem zumeist Leute, die eine spezifische Ausbildung durchlaufen und damit zugleich einen spezifischen gesellschaftlichen Selektionsprozeß »überstanden« haben, als wissenschaftliches/technisches Personal arbeiten. Sie sind eingebunden in einen mehr oder minder hierarchisch organisierten, arbeitsteiligen Prozeß, bei dem es darum geht, unter Rückgriff auf die lokal verfügbaren oder akquirierbaren Ressourcen (Geräteausstattung, Substrate, Personal mit spezifischem Erfahrungswissen, Kompetenzen etc.) ein »Projekt« zum Laufen zu bringen, das als erfolgversprechend wahrgenommen wird – etwa ein neues Verfahren zur Messung, Reinigung, Isolierung, Darstellung von X zu »entwickeln«, zum »Funktionieren« zu bringen etc. Im Zuge eines solchen Projekts sind die Werktätigen vor Ort damit befaßt, Kombinationen materieller Agenten und Re-Agenzien herzustellen, (Verlaufs- und Beobachtungs-) Protokolle anzufertigen, über die Signifikanz und Zuverlässigkeit von hergestellten Kombinationen, Beobachtungen etc. zu disputieren und brauchbare Ergebnisse in eine »öffentlichkeitstaugliche« Darstellungs-Form zu bringen. Wie und aufgrund welcher Kriterien »Projekte« zustandekommen und durchgeführt werden, hängt dabei von der akkumulierten Ressourcenbasis und der sozialen Mikroorganisation des Labors (formelle und informelle Kommunikationskanäle, Hierarchien etc.), den sozialisatorischen Vorprägungen und (Karriere-)Ambitionen der ForscherInnen und nicht zuletzt von den übergreifenden institutionellen Kontexten ab, in die das Labor eingebunden ist – im Falle von Uni-Labors etwa Forschungsförderungsinstitutionen (z.B. DFG) oder andere Drittmittelgeber; im Falle von Industrielabors das Unternehmen, dem das Labor gehört und/oder die (industriellen) Kunden, in deren Auftrag geforscht wird etc. Der »Erfolg« eines Projekts – im Sinne eines als gelungen gewerteten Nachweises der Funktionsfähigkeit eines Verfahrens/Artefakts etc. – ist dabei zunächst immer eine »lokale Errungenschaft«. Ob aus einer solchen lokalen Errungenschaft ein »Fakt«, ein »Standardverfahren/-artefakt« wird, hängt dann zum einen davon ab, ob sie von »relevanten AdressatInnen« (Fachzeitschriften, ForscherInnen mit gleichem Arbeitsgebiet, AuftraggeberInnen etc.) als prinzipiell verallgemeinerbare, d.h. entkontextualisierbare Errungenschaft akzeptiert wird. Zum anderen aber davon, ob sie faktisch zum Ausgangspunkt weiterer erfolgversprechender bzw. schließlich erfolgreicher Projekte avanciert oder taugt, was wiederum von den oben genannten Faktoren abhängt.

Bezogen auf diese Prozesse entspricht die Natur der Natur gleichsam am ehesten dem Set der entkontextualisierten Fakten und Faktenzusammenhangsinterpretationen, die als von der komplexen Dynamik ihrer Genese und Härtung gereinigter Rückstand der Forschung etwa in die Standardlehrbücher Eingang finden. Kurz: Insofern gentechnische Verfahren und Erkenntnisse »gehärtet« worden sind und in kanonisierter Form tradiert werden, wird die Natur wirklich immer schon Gentechniker gewesen sein. Im Lichte solcher Überlegungen spricht nun wenig dafür, daß die »Erkenntnisse der Molekulargenetik und die Techniken der neuen Biotechnologie« sich »Forschungswegen« verdanken, die bislang von der wahren Natur der Natur geleitet »außerhalb« einer davon nunmehr letztlich passiv betroffenen »Gesellschaft« verlaufen wären. Vielmehr ist auch in diesem Fall von »Forschungswegen« und »-bewegungen« auszugehen, die von wechselnden und heterogenen, jedenfalls durchwegs gesellschaftlichen Akteuren aktiv gestaltet worden sind.

Das gilt für die in den 30er/40er Jahren einsetzende Molekularbiologisierung biologischer Forschungsinhalte, -methoden und die damit einhergehende Neuformierung von Forschungsdomänen und -kapazitäten. Es gilt für die im Rahmen dieser Vorstrukturierungen einsetzende Gen-Technisierung bio-



logischer Forschungsanliegen in den 70er Jahren und die daran anschließende partielle Ökonomisierung von Forschungskapazitäten. Und es gilt schließlich – in einer kaum mehr verkennbaren Weise – für die in den 80er Jahren einsetzende infrastrukturelle Polit-Ökonomisierung des sich um diese Vor-Focussierungen herum erweiternden Natur-Wissenschafts-Labor-Blocks.

Während dabei anfänglich vor allem private und staatliche Geldgeber und ForscherInnengruppen des akademischen Forschungsbetriebs mit ihren – mehr oder minder deutlich von gesellschaftspolitischen Beweggründen infizierten – wissenschaftspolitischen Zielsetzungen die Forschungslandschaft prägen, erweitert und verändert sich mit der gentechnischen Wende alsbald auch die Akteurskonstellation. Zum einen treten ökonomische Akteure mit eigenen Forschungskapazitäten in die Konstellation ein, wobei es sich zunächst um von akademischen ForscherInnen (mit-)gegründete kleine Bio-Tech-Firmen handelt, die von Wagniskapital leben, das sie im Handel mit schönen ökonomischen Zukunftsaussichten auf den Finanzmärkten akquirieren. Stabilisiert und strukturell geprägt wird das von diesen in Angriff genommene Projekt einer ökonomischen Auswertung und Ausrichtung der (Arte-)Faktenproduktion im molekularbiologisch-gentechnischen Einzugsfeld dann aber vor allem durch das verstärkte Engagement von großen Chemie- und Agrokonzernen. Deren Dominanz im Zusammenhang mit der damit einhergehenden infrastrukturellen Polit-Ökonomisierung weiter Teile des molekularbiologisch-gentechnisch orientierten Natur-Wissenschafts-Labor-Blocks gründet dabei nicht nur darin, daß sie riesige eigene Forschungskapazitäten aufgebaut haben – z.T. durch die Übernahme von kleineren Bio-Tech-Firmen. Sie manifestiert sich etwa auch in Gestalt von Kooperationen mit kleinen BiotechFirmen, die – insofern sie nicht über die nötigen Ressourcen/Kompetenzen verfügen, um Forschungsergebnisse in Produktentwicklungen zu überführen – darauf angewiesen sind, sich als Forschungsdienstleister für die großen Unternehmen zu behaupten. Und sie artikuliert sich ebensogut in Gestalt von formellen und informellen Kooperationen mit akademischen Einrichtungen, die, insofern sie auf »private« Drittmittel angewiesen sind, sich in einer ähnlichen Position befinden. Zum anderen aber treten neben und mit den ökonomischen Akteuren des weiteren auch verstärkt nationale und supranationale staatliche Akteure hinzu, die mit der politischen und juristischen (De-)Regulierung sowohl von Aspekten des Forschungsbetriebs (z.B. Sicherheits-/Genehmigungsvorschriften) als auch von institutionellen Rahmenbedingungen befaßt sind. Diese sind nicht zuletzt für die Art und Reichweite der gesellschaftlichen Implementation gentechnischer Errungenschaften gewiß von einiger Bedeutung (z.B. Patentgesetzgebung, Kennzeichnungs- und Produktzulassungsvorschriften/-kriterien).[6]

In diesem hier nur angedeuteten Zusammenhang sind die sukzessive hervorgebrachten, gehärteten und verbreiteten »Erkenntnisse der Molekulargenetik und Techniken der neuen Biotechnologie« als sozial verortbare historische Errungenschaften zu verstehen. Sie verdanken sich einer Reihe von selektiv aneinander anschließenden Einzel-Projekten, die eingebunden sind in übergreifende Forschungsbewegungen. Sie sind Resultat und Bestandteil von Forschungswegen, die sich im Zuge der Auseinandersetzung interessierter Akteure herauskristallisiert haben und durch den selektiven Ausbau von Ausbildungs- und Forschungskapazitäten in ein befestigtes Netz von Forschungsstraßen überführt worden sind. Als Verkehrsknotenpunkte und einstweilen unverzichtbares Pflaster dieses Forschungsstraßennetzes haben die in der Ausstellung vorgeführten Erkenntnisse und Techniken ihren Status als quasi-naturale Garanten einer erweiterten Akkumulation von Erkenntnissen und Techniken erlangt.

Kurz: Aus der hier skizzierten Perspektive heraus existieren die »Erkenntnisse der Molekulargenetik und die Techniken der neuen Biotechnologie« in ihrer spezifischen historischen Gestalt und Wertigkeit jeweils nur mit den von durchsetzungsfähigen Akteuren getragenen und infrastrukturell befestigten hegemonialen Forschungs(aus)richtungen, die in der werktäglichen Produktion von Fakten und Artefakten ihren Niederschlag finden und in Gestalt der produzierten Fakten und Artefakten ihrerseits zusehends »realer« werden.

Arte-Fakten schaffen

Insofern fran die Gesellschaft und die GesellschafterInnen des Natur-Wissenschafts-Labor-Blocks nicht hinter den (Arte-)Fakten bzw. einer wahren Natur der Natur verschwinden läßt, ergibt sich auch ein etwas anderes Bild der Problematik, die den AusstellungsmacherInnen als Aufhänger für ihr Vermittlungsanliegen dient. Als »passiv« Betroffene innerhalb der Gesellschaft lassen sich dann nämlich in der Tat jeweils diejenigen ausmachen, die zum einen keinen

Ihre Fachbuchhandlung im Studentenhaus

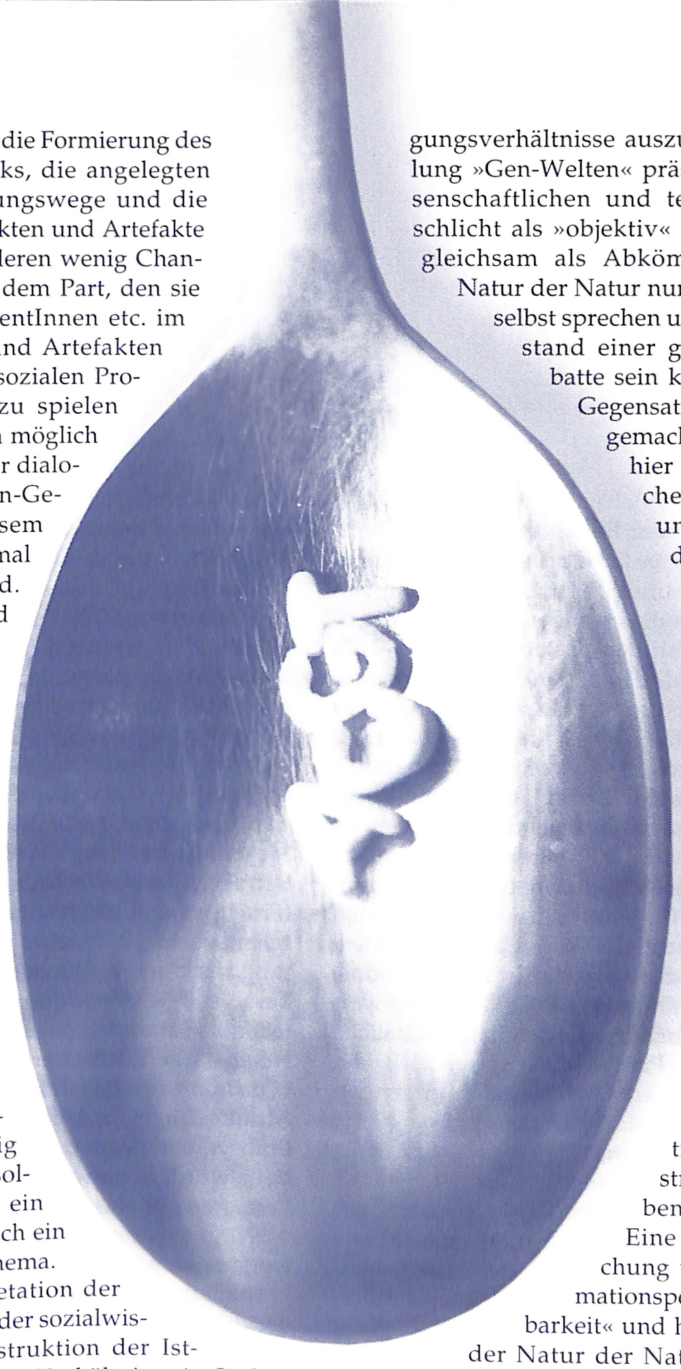
UNI-BUCH

Sozialwissenschaften - Philosophie - Geschichte

Jügelstr. 1 60325 Ffm. Fon 77 50 82 Fax 70 20 39

Öffnungszeiten: Montag - Freitag 10.00 - 19.30 Uhr

Wir besorgen Ihnen jedes lieferbare deutsche Buch.
Große Auswahl englischer und amerikanischer Fachliteratur.



nennenswerten Einfluß auf die Formierung des Natur-Wissenschafts-Blocks, die angelegten und ausgebauten Forschungswege und die daraus hervorgehenden Fakten und Artefakte haben und denen zum anderen wenig Chancen gelassen werden, sich dem Part, den sie als PatientInnen, KonsumentInnen etc. im Rahmen der mit Fakten und Artefakten bewehrten hegemonialen sozialen Projekte zuletzt doch noch zu spielen haben, zu entziehen. Schon möglich also, daß ein großer Teil der dialogisierenden Lindenstraßen-GesellschafterInnen in diesem Sinne letztlich wieder einmal passiv betroffen sein wird. Passiv betroffen aber sind die passiv Betroffenen eben nicht von am Ende in der wahren Natur der Natur gründenden »Erkenntnissen und Techniken der neuen Biotechnologie«, sondern von Erkenntnissen und Techniken, die Resultat und Bestandteil gesellschaftlicher Prozesse sind, in und mit denen realitätsmächtige gesellschaftliche Akteursverbünde Arte-Faktizitäten schaffen. Daß und wie vor diesem Hintergrund die passiv Betroffenen zukünftig eine aktive Rolle spielen sollen, das wäre in der Tat ein interessantes, aber eben doch ein wenig anders gelagertes Thema.

Eine solche Re-Interpretation der Themenstellung hängt mit der sozialwissenschaftlichen (Re-)Konstruktion der Ist-Zustände und herrschenden Verhältnisse in Sachen »Gen-Welten/-technik«, die im vorstehenden skizziert worden ist, aufs engste zusammen. Zum einen nämlich verdeutlicht diese (Re-)Konstruktion, daß generell im Hinblick auf die Art und Reichweite der gesellschaftlichen Produktion und Implementation von Gen-Welten allemal die gesellschaftlichen Er- und Entmächtigungsverhältnisse ausschlaggebend dafür sind, wer in welcher Weise an welcher Stelle und in bezug auf was einen Einfluß auf deren Durchsetzung hat bzw. haben kann. Statt, wie in der Ausstellung, die diesbezüglich relevanten Akteurs- und Interessenkonstellationen nicht allzu deutlich zu benennen, wäre in dieser Hinsicht eine Informationspolitik zu favorisieren, die ein »Wissen« um und über die gesellschaftlichen Er- und Entmächtigungsverhältnisse sowohl in den Vordergrund rückt als auch zu vermitteln versucht.

Zum anderen macht sie deutlich, daß es dabei im besonderen darauf ankommt, auch den Natur-Wissenschafts-Labor-Block als sozialen Komplex und als Bestandteil gesellschaftlicher Er- und Entmächtigungsverhältnisse auszuweisen. Die Ausstellung »Gen-Welten« präsentiert die naturwissenschaftlichen und technischen Artefakte schlicht als »objektiv« gegebene Fakten, die gleichsam als Abkömmlinge der wahren Natur der Natur nur von sich und für sich selbst sprechen und daher nicht Gegenstand einer gesellschaftlichen Debatte sein können und sollen. Im Gegensatz dazu sollte kenntlich gemacht werden, daß es sich hier um ein gesellschaftliches Terrain handelt, in und mit dem im Zuge der Produktion und Härtung von (Arte) Fakten eine mehr oder minder vielgestaltige, -gesichtige Natur der Natur (her-)ausgearbeitet wird. Diese fügt sich zwar gewiß nicht umstandslos beliebigen wissenschafts-, und gesellschaftspolitischen Zielsetzungen und Interessen. Gleichwohl aber ist sie das Resultat spezifischer wissenschafts- und gesellschaftspolitischer Gestaltungsbestrebungen, die sich haben »umsetzen« lassen. Eine solche Kenntlichmachung wäre Teil einer Informationspolitik, die die »Gestaltbarkeit« und historische Variabilität der Natur der Natur – der Fakten und Artefakte – betont und sie zu einem Politikum macht.

Ex-Post-SIfKI (25 Aufgußbeutel)

[1] Vgl. den Begleitkatalog zur Bonner Ausstellung. Alle im folgenden nicht näher gekennzeichneten Zitate sind entweder diesem entnommen oder entstammen dem Faltblatt zur Bonner Ausstellung.
[2] Die Ausstellungen laufen noch bis zum 10. 1. 99.
[3] Zur Geschichte des Genbegriffs vgl. den Aufsatz von E. Fox-Keller im Ausstellungskatalog, S. 77 – 81.
[4] Vgl. H.G. Gassen (wissenschaftlicher Berater der Ausstellung) im »Gen-Welten«-Begleitband, S. 156 f.
[5] Vgl. zum folgenden etwa: Knorr-Cetina »Die Fabrikation von Erkenntnis« (1984); Latour »Science in Action« (1987)
[6] Vgl. zur Grobeinteilung der unterschiedenen Phasen, insbesondere aber zur Charakterisierung der letzten Phase dieser hier im Schnelldurchlauf abgehandelten Entwicklung die Ausführungen von Dolata, die immerhin einen Platz im Begleitband zum Gesamtprojekt »Gen-Welten« gefunden haben.

Reproduktionst diagnostik un

Nach einer künstlichen Befruchtung – in vitro, also außerhalb des Körpers der Frau – kam 1978 das erste Kind aus der Retorte in Großbritannien zur Welt. Damals verstand man unter Fortpflanzungstechnologien fast ausschließlich die In-vitro-Feritilisation. Seitdem hat sich einiges in diesem Bereich getan. Nicht nur die Techniken werden immer vielfältiger, sondern die Reproduktionsmedizin wirkt sich zunehmend auch auf gesellschaftliche Vorstellungen über Fortpflanzung aus. So wandelte sich auch das Verständnis darüber, was »biologische Elternschaft« ist. Zu Vokabeln wie Spermien, Eizellen, Befruchtung oder Geburt kamen neue Begriffe wie Leihmutterschaft, Embryonentransfer oder Eizellenspende hinzu. Einige Techniken, wie eben die In-vitro-Fertilisation oder Methoden der pränatalen Diagnostik, finden zwischenzeitlich breite Anwendung. Andere, wie die Präimplantationsdiagnostik, stehen kurz vor der Anwendung und werden in den nächsten Jahrzehnten nochmals zusätzliche rechtliche und ethische Probleme aufwerfen.

Künstliche Befruchtung

Die In-vitro-Fertilisation (IVF) erfährt als vermeintliche Lösungsstrategie gegen Unfruchtbarkeit breite Akzeptanz. So nehmen inzwischen rund 100.000 deutsche Paare jährlich die Angebote der IVF wahr.[1] Problematisch ist nicht nur die seit der Entwicklung der IVF kaum veränderte hohe Mißerfolgsrate, die immer noch bei rund 90 Prozent liegt.[2] Diese Zahl zeigt, daß die IVF zur Routine geworden ist, obwohl sie immer noch ein experimentelles Verfahren an Frauen ist. Weiterhin sind neben den physischen auch die psychischen Belastungen – durch die Hormongaben und den operativen Eingriff bei der Eizellentnahme – erheblich.[3] Die Auswirkungen, die ein Scheitern der Behandlung auf Frauen hat, sind kaum Gegenstand der Diskussion. Indem sich Medizin und Forschung auf die Technisierung der Zeugung konzentrieren, wird auch die Suche nach alternativen Behandlungsmethoden von Unfruchtbarkeit verhindert.

Soziologie
Politikwissenschaft
Architektur/Stadtentwicklung
Philosophie
Wirtschaftswissenschaften
Geschichte
Campus Verlag · Frankfurt/New York
Fordern Sie unser ausführliches Gesamtverzeichnis an:
Campus Verlag · Heerstr. 149 · 60488 Ffm

Vorgeburtliche Diagnostik

Methoden der vorgeburtlichen Diagnostik, wie die Ultraschalluntersuchung oder die Amniozentese (Fruchtwasseruntersuchung), sind in der Schwangerschaftsvorsorge Routine geworden. Mit der Ausweitung der vorgeburtlichen Diagnostik auf genetische Tests ist eine Verknüpfung zwischen Reproduktionstechnologie und Gentechnologie vollzogen worden. Noch stärker als bisher können Bedingungen an die »Qualität« des ungeborenen Kindes gestellt werden. Auf die Frage: »Würden Sie abtreiben, wenn bei dem Embryo eine Veranlagung zur Fettleibigkeit festgestellt würde?« antworteten immerhin 20 Prozent der Befragten mit »Ja«.[4]

Vorgeburtliche Gentests tragen nicht nur zur Ausweitung von Untersuchungen bei, sondern je mehr krankheitsverursachende genetische Defekte »entdeckt « werden, desto breiter wird auch das Spektrum der pränatalen Gen-Diagnostik selbst. Die genetischen Checks implizieren, daß Krankheit und Behinderung etwas Vermeidbares und/oder zu Vermeidendes seien. Wird ein »genetischer Defekt« diagnostiziert, so bleibt den Frauen und ihren PartnerInnen letztlich nur noch die Entscheidung für oder gegen einen Schwangerschaftsabbruch, da es für die meisten durch Pränataldiagnostik vorausgesagten Krankheiten keine Therapiemöglichkeiten gibt.

Angesichts einer gesundheitspolitischen Entwicklung, die vorrangig von ökonomischen Erwägungen geleitet ist, wird zunehmend eine Diskussion um »Lebensqualität« geführt und die eugenischen Implikationen einer selektiven Diagnostik werden immer deutlicher. Frauen sehen sich schon heute in der Pflicht, sämtliche vorgeburtlichen Untersuchungsmöglichkeiten auszuschöpfen, um die Geburt eines behinderten oder kranken Kindes auszuschließen.[5] Der gesellschaftliche Druck, dem Frauen nach einer diagnostizierten Behinderung ihres Kindes hinsichtlich der Entscheidung für oder gegen einen Schwangerschaftsabbruch ausgesetzt sind, ist groß. So gab es in den USA bereits Fälle, in denen bei einer positiven

echnologie, Pränatal- d genetische Checks

Diagnose den Eltern der Zugang zu einer Versicherung verweigert wurde. Auch hierzulande sehen sich Frauen u.a. von ihrem sozialen Umfeld gedrängt, alle Möglichkeiten der Pränataldiagnostik auszuschöpfen. Schwangere Frauen befinden sich in einer Streßsituation, in der sie sich zudem einer gesamtgesellschaftlichen Stimmung ausgesetzt sehen, in der eine »Eugenik von unten« mitschwingt. Es fehlt eine psychosoziale nicht-direktive Beratung, die vor einem Test die damit verbundenen Risiken und die möglichen Konsequenzen des Wissens eingehend behandelt. Fraglich ist, ob GynäkologInnen diese Betreuung und Beratung anbieten können. Denn diese befinden sich spätestens nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes Ende letzten Jahres in einer Konfliktsituation. Demnach können ÄrztInnen auf Schadensersatz verklagt werden, wenn sie nicht umfassend über pränataldiagnostische Methoden und Abbruchmöglichkeiten beraten haben oder ein nichterwünschtes Kind einen Schwangerschaftsabbruch überlebt.[6] Es gibt bisher nur sehr wenige Beratungsstellen, wie zum Beispiel CARA e.V. in Bremen, die ein nicht-direktives, unabhängiges Beratungskonzept vertreten.[7]

Präimplantationsdiagnostik – die Ausweitung der Pränataldiagnostik

Zur Zeit gibt es Versuche und Bestrebungen, pränataldiagnostische Möglichkeiten noch weiter zu optimieren. So soll der Zeitpunkt der Untersuchungen immer weiter nach vorn gelegt werden. Die Präimplantationsdiagnostik (PID) bietet eine deutliche Erweiterung der genetischen Diagnosemöglichkeiten an. Bei der PID werden im Reagenzglas befruchtete Eizellen vor einer möglichen Implantation einer genetischen Diagnose unterzogen und nur für »tauglich« befundene Embryonen implantiert. Ob bei Einführung der PID ein Indikationskatalog erstellt werden soll und was in diesen aufgenommen werden soll, ist umstritten; zur Diskussion stehen: Muskoviszidose, Morbus Tay-Sachs, Muskeldystrophie, Hamophilie und FragilX-Syndrom.

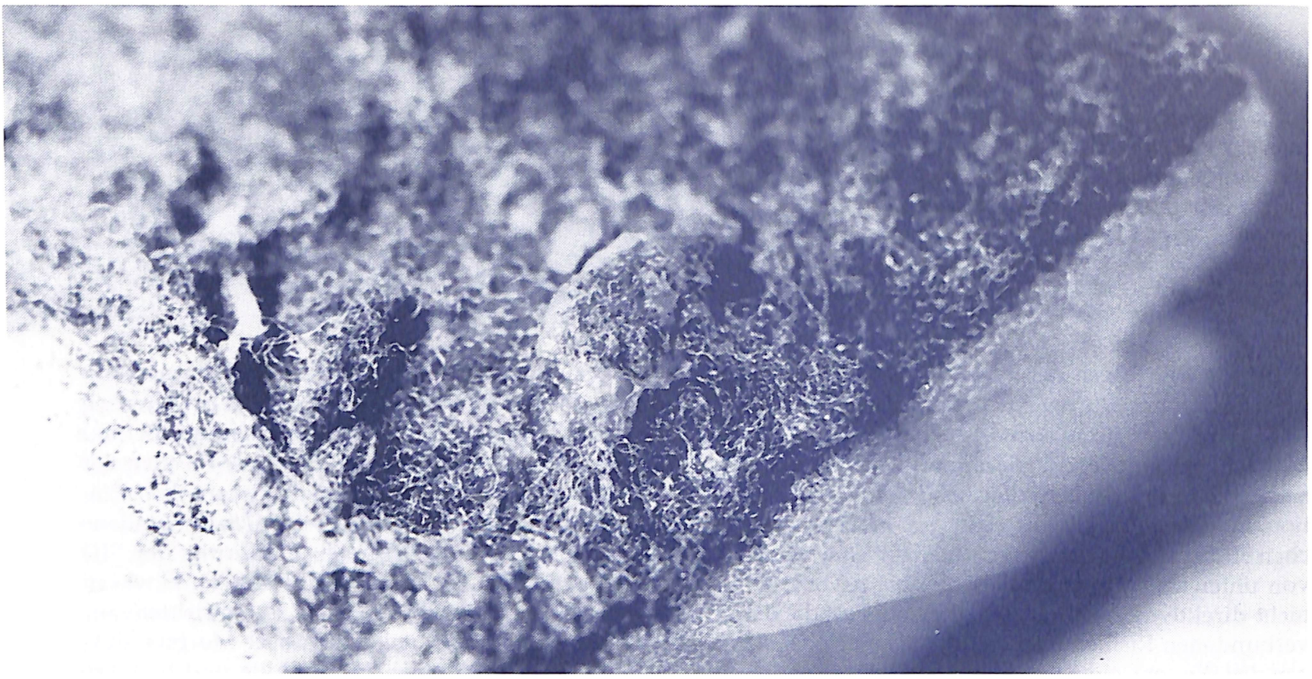
Bei der Diskussion über eine Anwendung von PID und den eugenischen Implikationen muß jedoch in Betracht gezogen werden, daß sich PID von den bisher angewandten Methoden gundsätzlich nur dadurch unterscheidet, daß die Selektion außerhalb des Körpers der Frauen (in vitro) und zu einem sehr frühen Zeitpunkt (im Acht-Zell-Stadium des Fötus) im Labor durchgeführt wird. Von den BefürworterInnen wird insbesondere das Argument der psychischen und physischen Belastung eines Schwangerschaftsabbruches bei positiver Diagnose ins Feld geführt, die bei Anwendung der PID vermieden werden könnte.[8] Daß PID nur im Zusammenhang mit der künstlichen Befruchtung und ihren Belastungen für Frauen denkbar ist, wird meist nicht erwähnt. In jedem Fall wird nach einer In-vitro-Fertilisation eine Pränataldiagnostik durchgeführt, die etwaige »Behinderungen« und »Störungen« des so erzeugten Embryos feststellen soll.

TAGUNG »Optimierung der Fortpflanzung – Politisch-ethische Aspekte der Reproduktionstechnologien«

Das Gen-ethische Netzwerk plant – in Zusammenarbeit mit dem Feministischen Frauengesundheitszentrum Berlin (FFGZ) eine Tagung zum Thema: *Optimierung der Fortpflanzung? – Politisch-ethische Aspekte der Reproduktionstechnologien.*

Die zweitägige Veranstaltung soll dazu dienen, daß sich die verschiedenen Gruppen und Initiativen zur Reproduktionstechnologie und Pränataldiagnostik austauschen und die Methoden der Reproduktionstechnologien mit ihren eugenischen Implikationen reflektieren können. Der erste Teil der Veranstaltung wird von Vorträgen zu verschiedenen inhaltlichen Schwerpunkten geprägt sein, in einem zweiten Teil sollen einige Themenbereiche in Arbeitsgruppen vertieft werden. Die Diskussionsergebnisse werden anschließend dokumentiert und veröffentlicht.

Termin: 13.+14. März 1999
(vorbehaltlich der Finanzierung)
Ort: Tagungshaus Berlin
Kosten: DM 80,– (erm. DM 60,–)
Anmeldung: Gen-ethisches Netzwerk e.V., Gabriele Pichlhofer, Tel: (030) 685 70 73, Fax: 684 11 83, e-mail: GeNberlin@aol.com



Hierzulande ist PID noch durch das Embryonenschutzgesetz untersagt. Es gibt jedoch Bestrebungen, der Anwendung durch eine Gesetzesänderung die Bahn frei zu machen.[9] In einigen europäischen Ländern wird PID bereits angewandt, so daß nun vor der Gefahr eines »PID-Tourismus« gewarnt wird. Ökonomisch Bessergestellte könnten eine Präimplantationsdiagnostik im Ausland durchführen lassen. Grundsätzlich ist bei der PID auch zu diskutieren, inwieweit sie das Profil der In-vitro-Fertilisation insgesamt verändert. Mit der PID geht es bei der Anwendung der künstlichen Befruchtung nicht mehr länger nur um die Behandlung von Unfruchtbarkeit, sondern gleichzeitig soll die Geburt eines »gesunden« Kindes sichergestellt werden.

In der Uni sind wir weltbekannt.
Top Kopie

Für Alles offen bis 20.00 Uhr !!!

Kopien
Schwarzweiß bereits ab 5 Pf

Farbkopien
Canon Laserkopien ab 90 Pf

Bindungen
ab 2,50 DM und sofort

Diplomarbeiten
Komplett-Service ohne Streß

Außerdem bieten wir Euch: Digitaldruck in Schwarzweiß und Farbe, Posterdruck im Großformat, T-Shirt-Druck, Laminierungen, Broschürenheftungen, Spiralbindungen, Wire-O-Bindungen, Channel-Bindungen, Spezialpapier und Overhead-Folien, Heftungen, Faltungen, Lochungen und vieles mehr.
Für weitere Informationen besucht unsere Homepage im WWW unter: http://www.top-kopie.de oder kommt direkt zu uns.

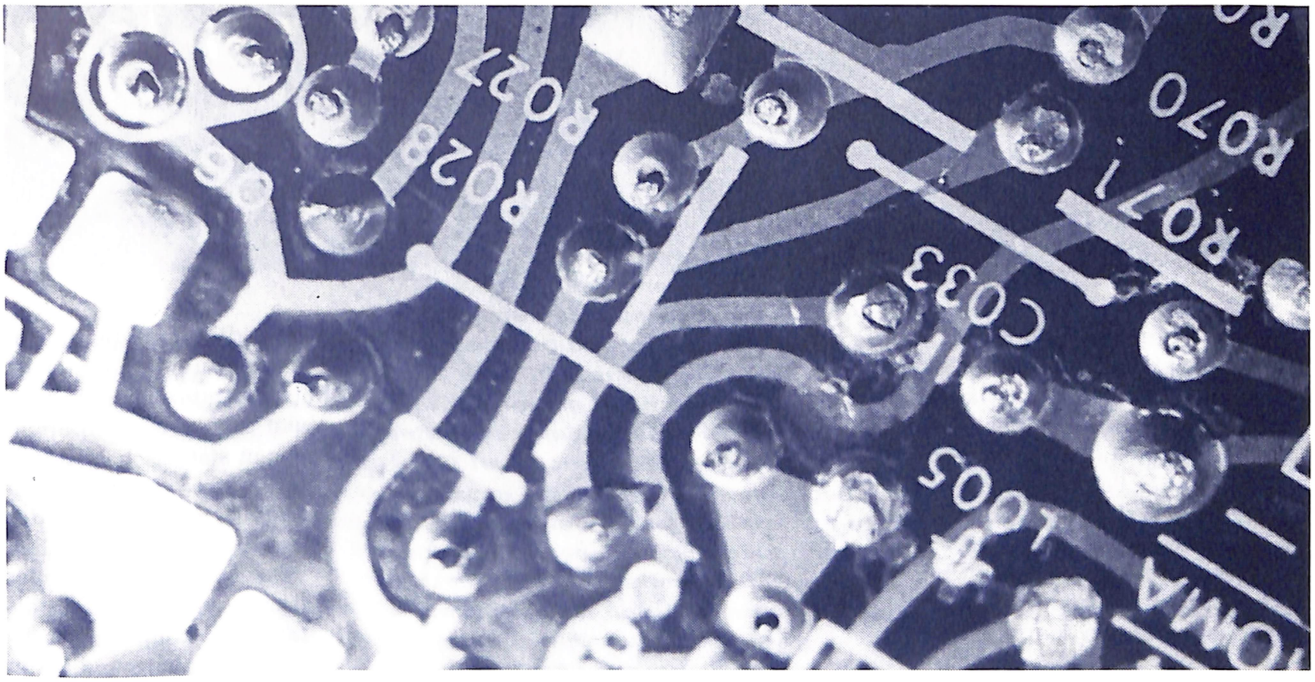
Top Vervielfältigungs GmbH
Adalbertstr. 21a
60486 Frankfurt am Main
Telefon: 0 69/ 70 52 90
Telefax: 0 69/ 70 76 07 45
Montag bis Freitag
8.30-20.00 Uhr
Samstag
9.00-14.00 Uhr

Reproduktionstechnologien im internationalen Kontext

Betrachtet man die Reproduktionstechnologien im internationalen Kontext, so sind die Versuche der Steuerung und Kontrolle der Fortpflanzung in den industrialisierten Ländern der nördlichen Hemisphäre von der Sorge um die sinkenden Geburtenraten, die steigenden Unfruchtbarkeitsraten und die »Qualität« des Nachwuchses geleitet. In den Ländern des Südens wird dagegen nach wie vor das Szenario eines unkontrollierten Bevölkerungswachstums gezeichnet. Richten sich die auf Geburtenverhinderung abzielenden Maßnahmen der Familienplanung vorwiegend auf Frauen des Südens, so lassen sich hierzulande selektiv ausgerichtete bevölkerungspolitische Maßnahmen, die auf die Verhinderung von Kranken und Behinderten abzielen, nicht mehr übersehen.

Die meisten der hier zum Einsatz kommenden Methoden der Fortpflanzungstechnologien werden in Ländern des Südens zum Teil in einem anderen Kontext ebenfalls bereits angewandt. So dienen beispielsweise Fruchtwasseruntersuchungen in Indien schon seit Jahren vorwiegend zur Früherkennung des Geschlechts. Ist es weiblich, wird die Schwangerschaft in der Regel abgebrochen, denn ein Mädchen zu gebären, wird in der indischen Gesellschaft zumeist als die schlechtere Wahl angesehen.[10]

Frauen sind sowohl in den industrialisierten Ländern als auch in den Ländern des Südens die Ziel-



gruppe der BevölkerungspolitikerInnen und FortpflanzungsmedizinerInnen. Der globale Zusammenhang, in dem die Entwicklung der Fortpflanzungstechnologien steht, wird auch anhand der Verbindungslinien innerhalb der Forschung deutlich: So hat die Verhütungsmittelforschung ihren Ursprung in der Sterilitätsforschung. Fruchtbarkeit und Unfruchtbarkeit gelten als Krankheiten, die es zu behandeln gilt und die angewandten Methoden zur Vermeidung von Schwangerschaften werden zunehmend der Kontrolle der Frauen entzogen. Ein Beispiel hierfür ist die Entwicklung von immunologischen Verhütungsmitteln, von sogenannten Impfstoffen gegen Schwangerschaft.[11] Verabreicht werden soll der Impfstoff gegen Schwangerschaft am besten gleich als Kombinationsimpfung mit anderen Impfstoffen, so daß Frauen nicht mehr wissen, was oder wogegen ihnen etwas verabreicht wird.

Diskussion um Gen- und Reproduktionstechnologien

Obwohl in den 80er Jahren die Kritik an den Reproduktionstechnologien vor allem von Frauen getragen wurde, die sich mit Reproduktionstechnologien als bevölkerungspolitische Maßnahmen im internationalen Kontext befaßten, gibt es heute kaum noch Widerstand von Frauen. Es fehlt bis heute nicht nur eine historische Reflexion darüber, warum sich die politischen Initiativen der Frauenbewegung gegen Gentechnik und Fortpflanzungsmedizin der 80er Jahre auflösten. Auch Untersuchungen darüber, wie sich die Reproduktionstechnologien und ihre erweiterten Methoden und Anwendungsmöglichkeiten auf Frauen auswirken, gibt es kaum.

Die zunehmende Technisierung der Fortpflanzung und die Verbindung zwischen Fortpflanzungsmedizin und Gentechnik wird mittlerweile jedoch von einem breiten gesellschaftlichen Spektrum, wie kritischen MedizinerInnen, PatientInnenorganisationen, kirchlichen und unabhängigen Verbänden und einer breiten Öffentlichkeit mit Sorge betrachtet. Selbst die Bundesärztekammer warnte bereits vor den Folgen der zunehmenden »Abtreibungsroutine« nach pränataldiagnostischen Untersuchungen (epd, 24.3.1998). Die Diskussion wird jedoch häufig nur auf der Ebene der technischen Anwendungsmöglichkeiten und den dafür nötigen rechtlichen Rahmenbedingungen geführt und die Entwicklung der Reproduktionstechnologien, die damit befaßte Medizin und Forschung und deren Auswirkungen, nicht, wie es nötig wäre, im gesellschaftlichen und internationalen Gesamtkontext betrachtet.

Gabriele Pichlhofer
(wissenschaftliche Mitarbeiterin für den Bereich Reproduktionstechnologien beim Gen-ethischen Netzwerk Berlin)

[1] Wolfgang Löhr: Retortenkinder. Gen-ethischer Informationsdienst (GID) 128, August 1998, S. 19 – 21.
[2] Barbian Elke/Berg Giselind: Die Technisierung der Zeugung. Pfaffenweiler 1997
[3] Renate D. Klein (Hg.): Das Geschäft mit der Hoffnung. Erfahrungen mit der Fortpflanzungsmedizin – Frauen berichten. Berlin 1989
[4] I. Nippert/J. Horst: Die Anwendungsproblematik der pränatalen Diagnose aus der Sicht von Beratenen und Beratern. TAB-Hintergrundpapier Nr. 2. Gutachten im Auftrag des Büros für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag, Münster 1994
[5] Vgl. Eva Schindele: Schwangerschaft. Zwischen guter Hoffnung und medizinischem Risiko. Hamburg 1995
[6] Zum Urteil des BVerfG Beschl. v. 12.11.97: Theresia Degener, Die Geburt eines behinderten Kindes als Schaden? Rundbrief Nr. 5, April 1998, Netzwerk gegen Selektion durch Pränataldiagnostik, Ffm.
[7] vgl. Eva Schindele 1995
[8] FOCUS MUL 14, Heft 2, 1997
[9] Vgl. Stellungnahme der Ethik-Kommission der Medizinischen Universität zu Lübeck, August 1996
[10] Vgl. Gena Corea: MutterMaschine. Von der künstlichen Befruchtung zur künstlichen Gebärmutter. Berlin 1986
[11] Vgl. Judith Richter: Vaccination against Pregnancy. Miracle or menace? London & New Jersey 1996

»Anstatt die unerwünschten Elemente aus der sozialen Gemeinschaft herauszureißen (Ausgrenzung) oder sie mehr oder weniger gewaltsam mit Hilfe von korrigierenden oder therapeutischen Interventionen (Fürsorge) zu reintegrieren, setzt sich immer mehr die Tendenz durch, den Individuen je nach ihrer Fähigkeit, den Erfordernissen des Wettbewerbs und der Rentabilität gerecht zu werden, unterschiedliche soziale Schicksale zuzuweisen.«
R. Castel[1]

Die Humangenetik ist auf dem besten Wege, zu einer Art Leitwissenschaft für das nächste Jahrhundert zu werden. Von den Ergebnissen humangenetischer Forschung erhofft man sich zum einen grundlegende Verbesserungen im Bereich der medizinischen Diagnostik und Prävention. Anders als bei der traditionellen Genetik umfaßt das mögliche Interventionsfeld nicht nur das begrenzte Gebiet der »Erbkrankheiten«, sondern bezieht sich auch auf »Zivilisationskrankheiten« wie Krebs, AIDS und Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Zum anderen erstrecken sich die humangenetischen Ambitionen über die im engeren Sinn medizinische Krankheiten hinaus zunehmend auf »soziale Krankheiten« wie Arbeitslosigkeit, Alkoholismus oder Obdachlosigkeit, die auf ihre möglichen genetischen Ursachen hin überprüft werden.[2]

Eine besondere Rolle bei diesem Vorhaben spielt das Projekt zur Entschlüsselung des menschlichen Genoms (Human Genome Project: HUGO). Seit 1988 versuchen ForscherInnen auf der ganzen Welt, eine Karte des menschlichen Genoms zu erstellen. Konkret geht es bei dem Projekt darum, die vermuteten 100 000 Gene zu entschlüsseln, die sich im menschlichen Zellkern befinden, und die etwa drei Milliarden Basenpaare der DNA zu sequenzieren. Inzwischen wird beinahe jede Woche in den Medien die Entdeckung neuer Gene vermeldet, die für alle denkbaren Krankheiten, Verhaltensauffälligkeiten, Charakterzüge und sozialen Problemlagen verantwortlich sein sollen. Ob Schizophrenie, Homosexualität oder Armut – prinzipiell läßt sich offenbar jede Normabweichung auf genetische Grundlagen zurückführen.

Die Frage ist jedoch, was die Norm sei – und was die Abweichung. Wen repräsentiert die Karte »des« menschlichen Genoms? Was dient innerhalb des Genomprojekts als genetische Referenz, wenn zugleich bekannt ist, daß sich die tatsächlichen Genome zweier beliebiger Individuen in mindestens drei Millionen Basenpaaren unterscheiden? Angesichts dieser konstitutiven »Abweichung« zielt das Genomprojekt auf nichts geringeres als die Konstruktion eines »Konsensgenoms«[3], das heißt eines einheitlichen genetischen Standards, der aus den DNA-Sequenzen verschiedener Individuen gewonnen wird, ohne deshalb mit der DNA eines einzigen natürlichen Menschen identisch zu sein. Dies bedeutet freilich nicht, daß es sich bei diesem künstlichen Menschen um eine gleiche Repräsentation von Individuen oder um einen allgemeinen statistischen Mittelwert der Bevölkerung handelt; vielmehr ist der Mensch des »menschlichen Genoms« ein sehr spezieller Mensch, »der sowohl ein x als auch ein y-Chromosom besitzen wird. Es wird also ein Mann sein. Dieser ›er‹ wird in seinen Chromosomen eine Durchschnittssammlung sein, von Sequenzen (also aufgefundenen chemischen Strukturen im Genom), die bei Männern und Frauen verschiedener Nationen, den USA, Europa und Japan vorkommen. Er wird also ein Durchschnittsmensch der Industrienationen sein, die im weltweiten Verbund am Genom forschen«[4].

Die Erfindung von »genetischen Krankheiten«

Allerdings markiert nicht die genetische Norm, sondern die Abweichung den entscheidenden Ausgangspunkt des Genomprojekts. Es ist nämlich nicht so, daß die Norm der Abweichung vorausgeht und sie definiert, sondern umgekehrt bestimmt sich das Normale nur über den »Umweg« des Pathologischen. Die Entschlüsselung des menschlichen Genoms materialisiert sich daher in der Entdeckung »genetischer Krankheiten«.

Erst die weitreichende semantische Ausdehnung des Krankheitsfeldes (und damit des möglichen Interventionsfeldes), die dieser neue Begriff transportiert, konnte den Boden für die ideologische Expansion der Molekulargenetik in den Medien und in der Medizin bereiteten.

Wie der Wissenschaftshistoriker Edward Yoxen gezeigt hat, umfaßt der Begriff der »genetischen Krankheit« nämlich wesentlich mehr als das, was traditionell unter dem Begriff »Erbkrankheit« verhandelt wurde. Es handelt sich um eine neue Qualität des genetischen Determinismus, der sich von seinen Vorgängern radikal unterscheidet. Zwar gingen auch die Vertreter der älteren Genetik von der Vorstellung aus, daß Gene die menschliche Gesundheit determinieren, aber sie haben diese Annahme noch nicht mit einem eigenständigen Begriff, dem der »genetischen Krankheit«, belegt. Durch das Fehlen des entsprechenden

und Nebenwirkungen
Biomacht im Zeitalter der Humangenetik

Erkenntnisobjekts war der medizinische Nutzen der Genetik begrenzt, deren Erkenntnisse für therapeutische Fragestellungen ohne Belang waren. Die epistemologische Bedeutung des Begriffs »genetische Krankheit« besteht demgegenüber heute darin, bestimmte Phänomene zu isolieren, sie als Krankheiten zu bezeichnen und auf genetische Ursachen zurückzuführen. Erst mit Hilfe dieses »genetischen Reduktionismus«, der systematisch das komplexe Wechselspiel zwischen verschiedenen Genen, Stoffwechselprozesse und Umwelteinflüsse ausblendet, kann sich die Humangenetik als (sozial-)medizinische Wissenschaft etablieren.[5]

Zwei Punkte scheinen mir angesichts dieser gentechnischen Offensive besonders wichtig. Sie betreffen die Perspektiven wissenschaftlicher und politischer Kritik an dieser »Genetifizierung«[6] der Gesellschaft. Was zunächst die wissenschaftliche Kritik angeht, so ist festzuhalten, daß dieser »religiöse Fundamentalismus«[7] bei der Suche nach den genetischen Ursachen für alle Arten von Krankheiten selbst innerhalb der Naturwissenschaften nicht unumstritten ist. Von Anfang an gab es HumangenetikerInnen, die diese Form des genetischen Determinismus ablehnten und die theoretischen Grundlagen sowie den wissenschaftlichen und medizinischen Nutzen des Genom-Projekts in Zweifel zogen. Die Probleme beginnen schon bei der Bestimmung dessen, was ein Gen sei. Gene haben »weder einen festen, genau definierten Platz im Erbgut (es gibt springende oder vagabundierende Gene), noch sind sie separate Einheiten (es gibt Überlappungen in den kodierenden Sequenzen, d.h. eine Sequenz kann mehr als nur eine Kodierung haben) ...«.[8] Ebenso macht die Biologin Ruth Hubbard darauf aufmerksam, daß es keine monokausale Beziehung zwischen Vererbung und Gesundheit gibt, sondern genetische Faktoren in ein Netzwerk von biologischen und ökologischen Beziehungen eingebettet sind: Ein und dasselbe Gen kann mehr als eine Funktion haben und bei verschiedenen Individuen unterschiedlich »wirken«.[9]

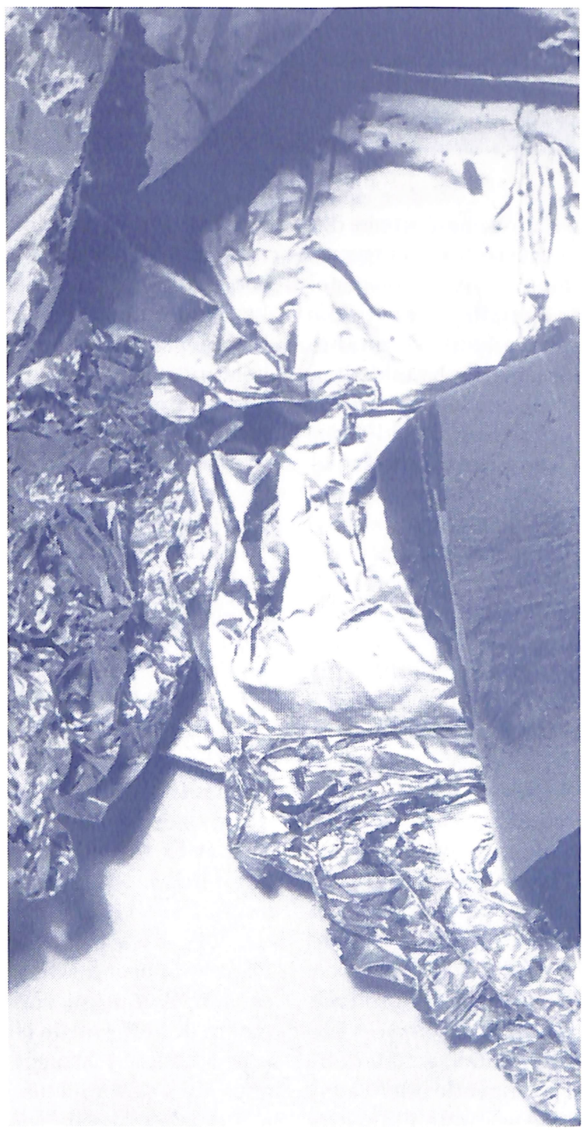
Genetik als Wahrheitsprogramm

Die wissenschaftliche Kritik an dem Genomprojekt und dem ihm zugrundeliegenden »molekularen Dogma«[10] ist zweifellos notwendig und berechtigt. Sie allein reicht jedoch nicht aus. Sie erklärt nicht, warum dem Projekt so umfangreiche finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden und es trotz zahlreicher Fehl- und Rückschläge bei der Identifikation und Lokalisierung von Genen fortgeführt wird. Tatsächlich ist der Reduktionismus in der Humangenetik nicht einfach »falsche« oder »schlechte« Wissenschaft, sondern ein »Wahrheitsprogramm«, das die Wirklichkeit hinter den Erscheinungen dechiffriert und unterhalb der scheinbaren Normalität unsichtbare Anomalien aufzeigt. Wichtig ist, die Aufmerksamkeit nicht allein darauf zu konzentrieren, was das Genomprojekt nicht leistet, sondern auch auf das, was es leistet und wie es (trotz oder möglicherweise gerade aufgrund seiner »Fehler«) die soziale Wirklichkeit neu ordnet und verändert.

Hierbei ist die Rede von Risiken von zentraler Bedeutung. In dem Begriff der genetischen Krankheit sind Risiko und Krankheit so eng miteinander verschlungen, daß das Risiko selbst schon zu einem integralen Teil der Krankheit wird. Das Resultat dieser Wahrheitspolitik ist die Produktion einer neuen Kategorie von Individuen: Menschen, bei denen im Rahmen genetischer Untersuchungen und Tests Risiken für bestimmte Krankheiten diagnostiziert wurden, an denen sie vielleicht in der Zukunft, möglicherweise aber auch niemals erkranken werden: »Kranke ohne Symptom«.[11] Wie Erhebungen aus den USA zeigen, sind diese »virtuellen« Kranken allerdings bereits in der Gegenwart mit sehr realen Formen genetischer Diskriminierung konfrontiert. So wird etwa Ehepaaren die Adoption von Kindern untersagt, weil bei einem der Elternteile eine Disposition für eine genetische Krankheit vorliegt. Die »Behinderung« kann sich aber auch darin manifestieren, daß mit dem Hinweis auf eine eventuelle spätere Krankheit die Qualifikation für einen Arbeitsplatz abgesprochen und die Einstellung verweigert wird. Es kommt auch vor, daß Kranken- und Lebensversicherungen gekündigt oder erst gar nicht abgeschlossen werden, wenn durch Gentests eine Veranlagung zu »Erbkrankheiten« festgestellt wurde.[12]

Obwohl also die theoretischen Vorannahmen und der therapeutisch-praktische Nutzen des Projekts zweifelhaft sein mögen, erweitern sich durch den Begriff der genetischen Krankheit die zeitlichen und räumlichen Handlungsoptionen für potentielle Interventionen. Zum einen werden Überwachung, Prognose und Eingriff zu einem Zeitpunkt möglich, an dem das Leiden noch gar nicht spürbar ist (und ihre Aufgabe ist es, das Auftreten des Leiden als solches zu verhindern). Auf diese Weise kommt es zu einer tendenziellen Überlagerung von Diagnose und »Therapie«. Jede Schwangerschaft wird prinzipiell zu einer Risikoschwangerschaft, wobei die »Behandlung« nicht auf die Bekämpfung konkreter Krankheiten zielt, sondern auf die Verhinderung der Existenz »kranker« Individuen.

Zum anderen wächst nicht nur der Zeitraum, sondern auch das Feld möglicher Interventionen im Zeichen genetischer Krankheiten beträchtlich an. Die Biomedizin heilt nicht einfach bekannte Krankheiten, sondern sie produziert auch neue »Krankheiten« und unbekannte »Defekte« – die sie dann zu »heilen« verspricht. Daß es sich dabei um ein ökonomisch hochprofitables Feld und ein Wachstumsmarkt im Wortsinn handelt, zeigt das Beispiel der Firma *Genentech*, die ein gentechnisch hergestelltes Wachstumshormon gegen eine sehr seltene Form des Kleinwuchses entwickelt hat. Bei dem begrenzten Kreis von Adressaten sollte es nicht bleiben, und bald zeigten sich neue und lukrativere Einsatzfelder. So riet die US-Zeitschrift *Parents* den LeserInnen, Kindern von geringer Körpergröße das Wachstumshormon zu verabreichen, um ihnen eine »durch genetische Anlagen diktierte gesellschaftliche Ächtung« zu ersparen. Die fürsorgliche Empfehlung lautete, kleinere Kinder mit künstlich produzierten Hormonen »nachzubessern«, um ihre Erfolgschancen im späteren Leben zu erhöhen.[13] Auch zur Verlangsamung des Alterungsprozesses hat das Wachstumshormon inzwischen Verwendung gefunden. Nicht nur die Körpergröße, auch das Alter kann also ein zu beseitigendes Handikap sein.[14]



Eugenik ohne Eugeniker

Ich komme jetzt zu dem zweiten Punkt: der politischen Kritik. Trotz der deutlichen rassistischen und eugenischen Konsequenzen, die sich hinter dem Begriff der genetischen Krankheit und den Praktiken der Humangenetik verbergen, halte ich es für falsch, von einer Neuauflage des rassenhygienischen Programms oder der Rückkehr der gesellschaftssanitären Eugenik zu sprechen. Es geht um weit mehr als eine Reaktivierung oder Kontinuität der Vergangenheit. Was sich heute abzeichnet, ist eine neue Form der Biomacht, die zu den von Foucault beschriebenen Formen hinzutritt, sie durchdringt, teilweise ablöst und ergänzt.[15] Der Blick zurück sollte nicht nur die Parallelen, sondern auch die Differenzen zu älteren Formen der Biomacht verdeutlichen. Denn es sind diese Differenzen, die ihre besondere Gefährlichkeit ausmachen und ihre breite Akzeptanz sichern. Verkürzt gesagt handelt es sich um einen »Rassismus ohne Rassen«[16] bzw. eine »Eugenik ohne Eugeniker«[17].

Ich möchte hier nur zwei Differenzen anführen, die sich in den Veränderungen des Referenzmodells und der Regulationsformen der neuen Biomacht manifestieren. Anders als die alte Rassenhygiene zielt die heutige Humangenetik nicht mehr auf den Bevölkerungskörper, sondern auf die genetische Verfassung von Individuen. Nach dem Selbstverständnis ihrer VertreterInnen geht es ihr nicht mehr länger um die Volksgesundheit oder ähnliche Kollektivbegriffe, sondern nur noch um Gesundheitsmaximierung und die Leidensminderung von Individuen. Daraus folgt die zweite Veränderung. An die Stelle staatlich verordneter eugenischer Programme, die v. a. auf repressive Mittel zurückgriffen (von Zwangssterilisationen bis zum Völkermord), tritt eine Art »Alltagseugenik«[18], die im Namen von »Selbstbestimmung« und »Wahlfreiheit« auftritt und auf die produktive Optimierung und Effektivierung der Lebensqualität zielt. Nicht Ver- oder Gebote, sondern genetische Beratung und wissenschaftliche Aufklärung über Chancen und Risiken bestimmen den aktuellen humangenetischen Diskurs.[19]

Die neue Biomacht bricht die traditionelle Unterscheidung zwischen disziplinären Führungen, die auf der Ebene individueller Körper operieren, und Sicherheitsführungen, die auf der Ebene von Bevölkerungen arbeiten, auf und lokalisiert das Risiko direkt in dem Körper von Personen statt indirekt in Form von Durchschnittswerten und Wahrscheinlichkeitskalkülen auf die Gesundheit des Bevölkerungskörpers einzuwirken.[20] Auf der Grundlage dieses Wissens lassen sich gesellschaftliche Risiken individuell zurechnen und müssen von den Einzelnen selbst verantwortet werden: In diesem Lichte erscheint Arbeitslosigkeit nicht als Symptom für eine soziale Krise, sondern verweist lediglich auf eine individuelle Krankheit (die freilich von vielen geteilt werden mag).

Aber die Diagnose deutet zugleich auch den Weg der »Heilung« an: Durch die Mobilisierung medizinisch-technischen Expertenwissens vermag die genetische Prognostik allein über die Lokalisierung und Identifizierung von Genen, für jedes Individuum eine »ideale« Lebensweise zu entwerfen, die abhängig ist von seinen/ihren genetischen Dispositionen und den damit verbundenen Risikofaktoren. Auf diese Weise können die Individuen durch »Entscheidungshilfen« angehalten werden, mit ihrem berechen- und bewertbaren biologischen Kapitel auf »ökonomische Weise« umzugehen. Die Genüberwachung etabliert eine neue Form der »Körperpolitik«, welche die Individuen anhält, »eigenverantwortlich« mit ihrem Leben umzugehen, um selbst höchsten Lebensgewinn zu erzielen und der Gesellschaft möglichst wenig Kosten aufzuerlegen. Der Minimierung sozialstaatlicher Interventionen und Präventionen, die als zu ineffektiv und zu teuer problematisiert werden, korrespondiert der Zwang zum Selbstinteresse an einer »gesunden Lebensweise«.[21]

Freilich kann innerhalb der »genetischen Vernunft« nur der als rational gelten, der sich diesem Zwang unterwirft. Wer dem Gesetz des Risikos nicht folgt, zeigt in der mangelnden Zurechnungsfähigkeit möglicherweise bereits die ersten sichtbaren Symptome einer im Verborgenen wirkenden Krankheit – für die wiederum Gene »verantwortlich« sind. James D. Watson, einer der Entdecker der DNA und ehemaliger Leiter des Genomprojekts, macht diesen Zusammenhang unmißverständlich deutlich, wenn er vermutet, daß Träger »krankheitsverursachender« Gene »genetisch nicht in der Lage sind, Verantwortung zu übernehmen.«.[22] Damit ist der Zirkel perfekt: Eigenverantwortlich und selbstbestimmt leben nur diejenigen, die sich der hygienisch-reinen Utopie des Glücks unterwerfen und in ihrer Lebensführung »kritische Werte« zu vermeiden wissen.

Thomas Lemke

[1] Robert Castel, Von der Gefährlichkeit zum Risiko, in: Max Wambach (Hg.), Der Mensch als Risiko, Frankfurt/Main, S. 51-74.

[2] Andreas Lösch, Tod des Menschen/Macht zum Leben. Von der Rassenhygiene zur Humangenetik, Pfaffenweiler 1998.
Paul Rabinow, Artificiality and Enlightenment: From Sociobiology to Biosociology, in: ders., Essays in the Anthropology of Reason, Princeton, S. 91-111.

[3] Michael J. Flower/Deborah Heath, Micro-Anatomo Politics: Mapping the Human Genome Project, in: Culture, Medicine and Psychiatry Nr. 17/1993; S. 27-41.

[4] Erika Feyerabend, Gentests im Vorsorgestaat, in: *alaska* Nr. 211-212/1997, S. 38-40.

[5] Edward J.Yoxen, Constructing Genetic Diseases, in: Troy Duster/Karen Garrett (Hg.), Cultural Perspectives on Biological Knowledge, Norwood/NJ 1984, S. 41-62.
Evelyn Fox Keller, Erbanlage, Umwelt und das Genomprojekt, in: Daniel J.Kevles/Leroy Hood (Hg.), Der Supercode. Die genetische Karte des Menschen, Frankfurt am Main/Leipzig 1995, S. 284-303.

[6] Abby Lippman, Prenatal Generic Testing and Screening: Constructing Needs and Reinforcing Inequalities, in: *American Journal of Law and Medicine*, vol. 17/1991, S. 15-50.

[7] Erwin Chargaff, Die Aussicht vom dreizehnten Stock. Neue Essays, Stuttgart 1998.

[8] Florianne Koechlin, Schön, gesund und ewiger leben, in: Frauen gegen Bevölkerungspolitik (Hg.), LebensBilder LebensLügen. Leben und Sterben im Zeitalter der Biomedizin, Hamburg 1996, S. 25-36.

[9] Ruth Hubbard/Elijah Wald, Exploding the genmyth. How genetic information is produced and manipulated by scientists, physicians, employers, insurance companies, educators, and law enforcers, Boston 1997.

[10] Koechlin (Anm. 8), S. 33

[11] Dorothy Nelkin, Die gesellschaftliche Sprengkraft genetischer Informationen, in: Daniel J. Kevles/Leroy Hood (Hg.), Der Supercode. Die genetische Karte des Menschen, Frankfurt am Main/Leipzig 1995, S. 195-209.

[12] Paul Billings, Genetic Discrimination: An Ongoing Survey, in: *GeneWatch* Vol. 6 (No. 4-5) 1991, S. 7; 15.
Ulrich Perzinger, Absturz nach der Diagnose. Die neue Diskriminierung, in: *DIE ZEIT* vom 17.1.1997, S. 33.
Nelkin (Anm. 11), S. 195-209

[13] Koechlin (Anm 8), S. 25-36

[14] In manchen Fällen besteht die »Krankheit« einfach darin, das »falsche« Geschlecht zu besitzen. Dies ist zumindest in einigen Staaten Asiens der Fall, in denen mit den Mitteln der pränatalen Diagnostik weibliche Föten gezielt abgetrieben werden. Vgl. K. Wirsch, Genetische Auslese? Humangenetische Forschung als Mittel der Sozialkontrolle, in: Graswurzel Revolution (Oktober) 1994, S. 16-17.

[15] Foucault hat bekanntlich in seinen Arbeiten die Biomacht als ein spezifisches Charakteristikum der modernen Gouvernementalität identifiziert. Diese »Macht zum Leben« überlagere seit dem 17. Jahrhundert zunehmend die alte souveräne »Macht über den Tod«, wobei es ihr Ziel sei, das Leben zu verwalten, zu sichern, zu entwickeln und zu bewirtschaften. Foucault unterschied zwei Dimensionen dieser Biomacht: die Disziplinierung des individuellen Körpers auf der einen und die soziale Regulation des Bevölkerungskörpers auf der anderen Seite. Während im Mittelpunkt der Disziplinartechnologie die Produktion »normaler« Individuen steht, handelt es sich bei der Bio-Politik der Bevölkerung um eine »Sicherheitstechnologie«, »die nach so etwas wie Homöostase strebt, der Sicherheit des Ganzen hinsichtlich der ihm inhärenten Gefahren...« Michel Foucault, Leben machen und sterben lassen. Die Geburt des Rassismus, in: *diskus* (Nr. 1) 1992, S. 54.

[16] Etienne Balibar, Gibt es einen Neo-Rassismus? In: Etienne Balibar/Immanuel Wallerstein, Rasse – Klasse – Nation: Ambivalente Identitäten, Hamburg/Berlin 1990, S. 23-38.

[17] Stefan Kühl, Die Internationale der Rassisten. Aufstieg und Niedergang der internationalen Bewegung für Eugenik und Rassenhygiene im 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main/New York 1997.

[18] Theresia Degener/Swantje Köbsell, »Hauptsache, es ist gesund«? Weibliche Selbstbestimmung unter humangenetischer Kontrolle, Hamburg 1992.

[19] Degener/Köbsell (Anmerkung 18), S. 67 – 93
Anne Waldschmidt, Das Subjekt in der Humangenetik. Expertendiskurse zu Programmatik und Konzeption der genetischen Beratung 1945-1990, Münster 1996.
Peter Weingart, Politik und Vererbung: Von der Eugenik zur modernen Humangenetik, in: Eckart Voland (Hg.), Fortpflanzung: Natur und Kultur im Wechselspiel. Versuch eines Dialogs zwischen Biologen und Sozialwissenschaftlern, Frankfurt am Main 1992, S. 28-50.

[20] Lorna Weir, Recent developments in the government of pregnancy, in: Economy & Society Vol. 25 (Nr. 3) 1996; S. 372-392.

[21] Jean-Paul Gaudillière, Sequenzieren, Zählen und Vorhersehen. Praktiken einer Genverwaltung, in: *Tüte* 1995, S. 34-39.

[22] Keller (Anm. 5), S. 284-303.

Bücher übers Internet?
www.freiheitsplatz.de
Buch laden am Freiheits platz
Inhaber: Dieter Dausien
Am Freiheitsplatz 6
63450 Hanau
Tel. (0 61 81) 2 81 80
Fax (0 61 81) 25 79 25
e-Mail: buchladen@freiheitsplatz.de
Internet: http://www.freiheitsplatz.de

Wie man ein

Zum Kampf ums Politische Man

Seit circa vier Jahren werden bundesweit Studierendenvertretungen (ASten, Fachschaften) systematisch von Klagen überzogen, die zum großen Teil von KlägerInnen aus dem rechtsradikalen Spektrum vorgetragen werden. Mit diesen Klagen soll Front gemacht werden gegen Äußerungen von ASten, AStA-Referaten oder Aussagen bei vom AStA unterstützten Veranstaltungen, die sich kritisch mit den hiesigen politisch-gesellschaftlichen Verhältnissen auseinandersetzen. Die deutschen Gerichte berufen sich bei ihren Entscheidungen regelmäßig auf die »herrschende Lehre«, wonach die Studierendenschaft einen »rechtlich-öffentlichen Zwangsverband« darstellt, dessen Vertretung sich nicht allgemein-politisch äußern dürfe. Lediglich zu sogenannten hochschulpolitischen Themen seien Stellungnahmen erlaubt. Was dabei als »spezifisch hochschulpolitisch« gilt und was nicht, unterliegt der Definitionsmacht der Rechtssprechung. Ein Blick auf das dabei hervortretende Verständnis von Politik und Kritik und auf den Status, der Studierenden von staatlich-juristischen Institutionen dabei zugestanden wird, offenbart einen staatlicherseits vehementen Regulierungs- und Disziplinierungsbedarf. Dies läßt sich am Streit um das »politische Mandat« der Verfaßten Studierendenschaft (VSt) auch historisch ablesen. So scheint ein Konsens auf Seiten der »Entscheidungsträger« (Juristen, Politiker, Unipräsidenten) darüber zu bestehen, was in Zeiten des Neoliberalismus »die Interessen« von Studierenden sind: Studieren geht über Politisieren oder wie das Oberverwaltungsgericht Bremen im Dezember 1997 in der Urteilsbegründung formulierte: Gewählte StudentInnenvertreter hätten eine »neutrale, dienende Position« einzunehmen.

Der folgende Beitrag zeigt zum einen die verschiedenen Ebenen auf, auf denen der »Kampf um das politische Mandat« geführt wird. Zum anderen thematisiert er das darin implizierte Verhältnis von Kritik und Hochschule und fragt, was dies für einen »anderen« Politikbegriff bedeuten könnte.

Höchstrichterliche Maulkorbpolitik

Laut Gerichtsbeschluß (Az: OVG 1 B 120/97) wurde es dem AStA Bremen untersagt, sich zu folgenden Themen zu äußern: Energiepolitik einschließlich Castor-Transporte, Innere Sicherheit, allgemeine Arbeitsmarktpolitik, allgemeine Verkehrspolitik, Türkei und Kurdenfrage sowie Ausländerpolitik, soweit sie nicht direkt StudentInnen betrifft (*FR*, 3.12.97). Was es heißt, sich in der Einschätzung »legitimer Thematisierung« bzw. der »Selbsteinschätzung eigener Interessen«, zu verschätzen, erfuhr reichlich schmerzhaft unter anderem der Marburger AStA. Nach einer Klage des Rechtsradikalen Eike Erdel, der Mitglied der Burschenschaft »Normannia-Leibzig« ist, und den AStA seit mehr als einem Jahr mit Klagen überzieht, untersagte der Hessische Verwaltungsgerichtshof dem AStA, Stellungsnahmen gegen studentische Verbindungen und Burschenschaften abzugeben, die »über eine weltanschauliche und politisch neutrale Sachdarstellung hinausgehen«. Nicht »Schmähkritik«, sondern nur »sachliche Kritik« sei zugelassen, maßregelte die dritte Gewalt in Gestalt des VGH den AStA und hob damit eine Entscheidung des Gießener VG auf, das die Auseinandersetzung mit Studentenverbindungen noch als hochschulpolitisch relevant eingestuft hatte.

Die Fachschaft Geschichte der Uni Münster veranstaltet seit vielen Jahren eine Reihe mit dem Titel »ZeitzeugInnen – wider das Vergessen«, bei der KZ-Überlebende und WiderstandskämpferInnen über ihre Erfahrungen während der Zeit des deutschen Faschismus berichten. Eines der Interviews mit einem Zeitzeugen erschien im »Semesterspiegel«, worauf Rene Schneider, der gegen den Münsteraner AStA bereits 24 (!) Verfahren angestrengt hat, gegen den AStA wegen unzulässiger allgemeinpolitischer Äuße-

„Wer das Nichtstun ebenso wie die Arbeit scheut, findet leicht zum Buch."
Peter Brückner

KARL MARX
BUCHHANDLUNG GMBH
JORDANSTR.11 · 60486 FRANKFURT/M.
TEL 069/778807 · Fax 069/7077399

Sie finden in der Karl Marx Buchhandlung **geistes- und sozialwissenschaftliche Literatur und Belletristik**. Alle lieferbaren deutschsprachigen Titel sowie englisch- und französischsprachige Literatur besorgen wir Ihnen in kürzester Zeit.

e neutrale, dienende Position einnimmt

dat der »Verfaßten Studierendenschaft«

rungen klagte. Er bekam Recht mit einer bemerkenswerten Begründung, die da lautete:

Die Wahrnehmung fachspezifischer Interessen der Studierenden kann z.B. in Anregungen zum Lehrangebot oder Hochschule oder Stellungnahmen zu den Studien- und Prüfungsordnungen bestehen. Eine ***inhaltlich-wertende Auseinandersetzung*** *mit den Gegenständen des Studienfaches, zu welcher der einzelne Studierende im Rahmen eines Studiums selbstverständlich berufen ist, ist jedoch von der Aufgabenzuweisung in § 71 Abs. 2 Satz Nr. 3 UG nicht erfaßt. (OVG NRW, 23.4.1997)*

Diese Interpretation des OVG läßt ziemlich klare Rückschlüsse auf die Vorstellungen über den politischen Status der Studierenden zu: Die »inhaltlich-wertende Auseinandersetzung« stellt lediglich eine Paraphrase für »politische Äußerung« dar. Gleichzeitig wird andere Politik und politische Erfahrung zur Privatsache erklärt. Jeder/m Studierenden ist es gestattet, sich individuell und innerhalb des Studiums, also »fachgebunden und sachgerecht«, an einer »inhaltlich-wertenden Auseinandersetzung« zu beteiligen. Illegitim wird es erst, wenn der »Zwangsverband« in Gestalt des »Kollektivsubjekts Studierendenschaft« sich politisch, d.h. »wertend-inhaltlich« äußert. In den Urteilsbegründungen war es meist die »Wertneutralität«, die zur Grundlage einer legitimen Äußerung gemacht wurde oder die »Unangemessentheit« von Aussagen, die nicht den »studentischen Interessen« entsprach, die die Grenz-, sprich: »Kompetenzüberschreitung« des jeweiligen AStA nach höchstrichterlicher Ansicht deutlich werden ließ.

Die Verfaßte Studierendenschaft wird nach »herrschender Lehre« als öffentlich-rechtliche »Zwangskörperschaft« betrachtet, was dem Status nach einer normalen staatlichen Institution entspricht. Das hat zur Folge, daß die RepräsentantInnen dieser Körperschaft (AStA) sich nicht allgemein-politisch äußern dürfen, da der VSt kein »allgemein-politisches Mandat« zusteht. Darüber hinaus können die VSten nicht als »Grundrechtsberechtigte«, sondern nur als »Grundrechtsverpflichtete« auftreten und kommen somit lediglich als potentielle »Grundrechtverletzende« in Betracht.[1] Ein AStA kann sich also nicht auf das Grundrecht der freien Meinungsäußerung berufen (GG, Art. 5 Abs. 1), um eine allgemeinpolitische Meinungsäußerung zu begründen. Diesem etatistischen Verständnis der VSt setzen kritische JuristInnen eine »kollektivrechtliche Betrachtungsweise« entgegen. Nach Ansicht von Ulrich K. Preuß kann sich die VSt auf die grundgesetzlich verbürgte Wissenschaftsfreiheit (Art. 5, Abs. 3 GG) berufen.[2] »Herrschende Lehre« stellt dies aber nicht dar. Dieser zufolge hat sich ein »Zwangsverband« lediglich um sein »Gruppeninteresse« zu kümmern – und dies ist bekanntlich für die Gruppe der Studierenden: Studieren und nicht »Politisieren«. Wenn ein AStA sich demzufolge allgemeinpolitisch äußert, was das zunächst auch immer heißen mag, dann ergibt sich automatisch »subjektiv-rechtlich ein Unterlassungsanspruch der Mitglieder der Studierendenschaft gegen Kompetenzüberschreitungen des Verbandes«[3]. Ein Blick auf die historischen Auseinandersetzungen ums Politische Mandat und die staatlich-juristische Politik gegenüber der VSt enthüllt die Brisanz, die dabei hinter dem »Begriff des Politischen« steht.

Der Kampf um das Politische Mandat seit den 60er Jahren

Die Dominanz des RCDS an den deutschen Hochschulen in den 50er Jahren wurde erst Mitte der 60er Jahre gebrochen, wobei der »Sozialistische Deutsche Studentenbund« (SDS) eine entscheidende Rolle spielte. Der zunehmenden Politisierung von links begegnete die Westdeutsche Rektorenkonferenz bereits 1963 durch eine Erklärung, in der es hieß, daß ein allgemeinpolitisches Mandat der VSt gegen »die fundamentalen Grundsätze der Demokratie« verstieße. In der Folgezeit gab es zahlreiche Weigerungen von Rektoren, ASten Räume für politische Veranstaltungen zur Verfügung zu stellen. Die deutschen Gerichte gingen mit dieser Praxis völlig konform und segneten sie, wie im Falle des Kölner VG, juristisch ab: Der »Solidaritätscharakter« einer Veranstaltung des Kölner AStA demonstriere, so die Begründung, daß es sich um eine »politische Betätigung« handelt, die »über den Rahmen der staatsbürgerlichen Bildung der Studenten und damit der Aufgaben der Studentschaft hinausginge«. Es ging dabei übrigens um eine Veranstaltung anläßlich der Ermordung Benno Ohnesorgs.

Die Liste der Maulkorburteile deutscher Gerichte ließe sich noch lange fortsetzen, wichtig für den

Jungle World

Die linke Wochenzeitung. Immer mittwochs.

»Die wagen was, diese Noch-Linkeren-als-wir« (taz): Jungle World ist »links und frech« (Die Zeit), aber auch »jeune et drôle« (Courrier International, Paris), hat »blattmacherische Stringenz und konzeptuelle Eleganz« (Diedrich Diederichsen, Spex). Eben ein »Trip für Leute, die kein Wochenende brauchen« (Zitty, Berlin). Alles in allem also »hip links und antideutsch« (Unique, Wien).

Probe-Abo

☐ **Ja, ich will Jungle World 8 Wochen für 20 Mark testen.**

Das Abo verlängert sich nicht automatisch. Einen Zwanzigmarkschein oder einen Scheck habe ich beigelegt.

Name

Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

diskus 4/98

Jungle World · Lausitzer Str. 10 · 10999 Berlin

Zusammenhang von VSt, politischem Verständnis und politischem Mandat ist aber, daß mit der Aufkündigung eines politisch zurückhaltenden Konsenses von Seiten der Studierendenschaft gegenüber der offiziellen Politik und der Entwicklung einer außerparlamentarischen Opposition die Versuche von Politik, Unileitungen und Justiz entsprechend zunahmen, Aktionen zu delegitimieren, die Studierendenschaft zu kriminalisieren und die ASten zu disziplinieren. Leitgedanklich und historisch konnte dabei an Bemerkungen des konservativen Verwaltungsrechtlers Ernst Forsthoff angeknüpft werden, der die öffentlich-rechtlichen Körperschaften zur »Disziplinierung von Sozialbereichen«[4] empfahl, wie sie seinerzeit prägend für den »faschistischen Korporativismus« der Nazis gewesen waren.

1973 wurde per Verfassungsgerichtsurteil wieder die Mehrheit der ProfessorInnenschaft in allen Gremien eingeführt, wobei der »Kampf um die Hochschulreform« von Seiten des RCDS beispielsweise durch Klagen gegen den AStA Münster von 1974-1976 überhäuft wurde. Nicht zuletzt durch die sogenannte Mescalero-Affäre gerieten ASten zunehmend unter staatlich-juristische Aufsicht, Überwachung (Staatskommissar in Marburg 1975) und Repression. Das Jahr 1979 markiert mit dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts, das der VSt die Wahrnehmung von Grundrechten und das allgemeinpolitische Mandat absprach, das Ende dieser Phase.

Im Zeichen der neuen alternativen Bewegungen, vor allem der Friedens- und Ökologiebewegung, kam es zu zahlreichen Auseinandersetzungen zwischen politisch-kritisch agierenden ASten und den Unileitungen bzw. klagenden StudentInnen, wobei der repressionserprobte »Sicherheitsstaat« alle Mittel in Bewegung setzte (Durchsuchung, Kriminalisierung, Überwachung), um präventiv-repressiv Kontrolle auszuüben, welche der staatlich-politischen und juristischen Bevormundung und der verordneten Regelbefolgung der VSt »Nachdruck verlieh«.

Die gegenwärtige Fülle von Klagen macht deutlich, daß der Kampf um das politische Mandat nach wie vor mit allen erdenklichen Mitteln geführt wird.

Kritik und Politik I

Der Verband deutscher Studentenschaften konstatierte 1960: »Die deutsche Studentenschaft hat in den entscheidenden Situationen der letzten Zeit politisch verantwortungsbewußt gehandelt (...)«. Adorno hat in dem kleinen Aufsatz »Kritik« von 1969 den »Jargon der Antikritik« unter anderem folgendermaßen gekennzeichnet:

Kritik, so wird immer vorgebetet, soll verantwortlich sein. Das läuft aber darauf hinaus, daß zu ihr eigentlich nur diejenigen berechtigt seien, die in verantwortlicher Position sich befinden, so wie ja auch der Anti-Intellektualismus an beamteten Professoren bis vor kurzem seine Grenze hatte (...) Kritik wird gleichsam departementalisiert (...) Wer Kritik übt, ohne die Macht zu haben, seine Meinungen durchzusetzen, und ohne sich selbst der öffentlichen Hierarchie einzugliedern, der soll schweigen – das ist die Gestalt, in

der das Cliche vom beschränkten Untertanenverstand variiert im Deutschland formaler Gleichberechtigung wiederkehrt (...) Durch die Teilung zwischen verantwortlicher und (...) unverantwortlicher Kritik (...) wird vorweg Kritik neutralisiert (...) durch die antikritische Struktur des öffentlichen Bewußtseins wird der Typus des Dissentierenden wirklich in die Situation des Querulanten gebracht ...[5]

Die Delegitimierung des Sprechers/der Sprecherin bzw. der Sprecherposition, von der aus eine Kritik vorgetragen wird, stellt eine gängige Strategie der Machterhaltung etablierter Instanzen dar. In diesem Sinne soll der VSt erst einmal gar *keine Position als politisch handelndes Subjekt* eingeräumt werden, weil, was der historische Gang der Ereignisse zeigt, diese sich zum Teil nicht »nationalpolitisch« hat verwerten und integrieren lassen.

Darüber hinaus wird auch mit juristischen Mitteln die oben erwähnte »Disziplinierung von Sozialbereichen« durch die symbolische Einhegung öffentlicher Räume realisiert. Was wessen Sache ist, welche Themen wann und wo auf die »Agenda« gesetzt werden, bestimmen nicht die »Betroffenen«, sondern übergeordnete Instanzen, wie sie die scheinbar neutralen Gerichte bilden. Mit der Einordnung der VSt als »Zwangsverband« wird nicht nur formal-juristisch ein Status festgelegt (der, wie abweichende Gutachten, etwa das von Preuß, zeigen, auch ganz anders aussehen könnte), sondern durch eine Interessenfestlegung »von oben« und der Definition der Gruppensprecherposition wird faktisch die politische Neutralisierung einer gesamten gesellschaftlichen Gruppe erreicht.

Die gegenwärtige Diskussion um das allgemeinpolitische Mandat leidet unter einer Art juristischer Vereinseitigung und präjudiziert den Ausgang einer auf solche Art geführten Auseinandersetzung, die nicht juristisch, sondern nur politisch zu gewinnen ist. So kann es nicht überraschen, daß der Anwalt des Marburger AStA Michael Breitenbach in seinem Referat auf dem »Kongreß für das Politische Mandat« zu dem Ergebnis kommt, daß juristisch der Kampf zuungunsten der ASten entschieden und argumentativ nichts mehr zu bewegen sei:

Die Weichenstellung ist: Ist die Studentenschaft ein Appendix der Verwaltung, ein Anhängsel, den man – na ja – so ein bißchen selbstbestimmen läßt, was sie als Serviceleistungen machen darf? Oder ist die Studentenschaft das, was Ridder und Preuß etwa gesagt haben: Ein vergesellschaftetes Feld, in dem der Studien- und Arbeitsalltag in einer vergesellschafteten, demokratischen Weise angegangen, gestaltet werden kann und deshalb demokratischen Strukturen folgt und daher die Ausübung von Grundrechten beinhaltet? (...) Deshalb meine These: Die Gutachtenschlachten sind geschlagen (...) Die Hoffnung, daß man ein Gericht – womöglich mit einer kunstvoll abgeleiteten Argumentation – überzeugen kann, sind wirklich gleich null.

Versuch über »Zensur« als politischer Begriff

Die Tatsache der Definitionsmacht »von oben« wird durch die Strategie juristischer Gegenwehr nicht

unterlaufen oder außer Kraft gesetzt. Stattdessen müßte es darum gehen, die »studentische Kompetenz« in puncto Politik auszuweiten, indem zugewiesene Positionen und die Definitionsgrenzen thematisch-inhaltlich überschritten werden. Dieser Strategie hat das VG Berlin jüngst Rechnung getragen, als es in puncto Grenzüberschreitung von einer *»Grauzone zweifelhafter Fälle«* sprach, in die sich ASten quasi gezielt hineinbegäben, um *»die Grenzen dieser Grauzonen auf das Äußerste«* auszudehnen. Strategie- und Strategiefolgeabschätzung gehören ganz offensichtlich stets zum »Sprachspiel« dazu.

Die gegenwärtige Situation ist die, daß solche Versuche der »begrenzten Regelverletzung«, die beiweitem ja noch keine Revolution darstellen, mit der ganzen Härte des Gesetzes, wie es so schön heißt, geahndet werden, indem die die Grenze überschreitenden ASten regelmäßig abgestraft werden.

Der erwünschte Effekt ist klar: Die »Schere im Kopf« des Individuums soll Disziplinierungsformen repressiver Art dadurch ersetzen, daß die politische Selbstdisziplinierung schon im Vorfeld erreicht wird, was sich schließlich in entsprechende Praxisformen umsetzt (autoritäre Strukturen, Hierarchieverhältnisse, Selbstunterwerfungen usw).

Im Rahmen der aufgezeigten Problematik um einen »Begriff des Politischen« an der Hochschule durch die Studierendenschaft (sozusagen als »Kollektivsubjekt«) und unter den gegenwärtigen sozialhistorischen Verhältnissen (Umbau der Bildungsinstitutionen, also der Hochschulen und Schulen unter neoliberalen Vor-

zeichen) gegenwärtiger Politik könnte dies bedeuten, eine offensive Strategie der »Öffnung des politischen Feldes« zu verfolgen. Diese könnte darin bestehen beispielsweise eine Vernetzung von Aktivitäten mit außeruniversitären Initiativen, politischen Gruppen, zivilgesellschaftlichen Institutionen usw. zu versuchen, wie dies teilweise in Frankreich im Rahmen der Arbeitslosenbewegung bzw. der »sans papiers« realisiert worden ist. Hochschulen wie auch Metropolen, sind die Orte, an denen die neoliberale Modernisierung am radikalsten und ohne Rücksicht auf Verluste umgesetzt wird. Ausgrenzungen gegenüber marginalisierten sozialen Gruppen wie Obdachlosen, Älteren, MigrantInnen/Flüchtlingen, Arbeits-und Mittellosen und auch den Studierenden selbst (z.B. Wohnungssuche) sind seit Jahren an der Tagesordnung. Die »neue Sicherheit«, sogenannte Antigewaltinitiativen, Konzepte einer grundlegenden Umgestaltung der »City« nach den Bedürfnissen einer ökonomisch erfolgreichen und machtvollen Elite, Prozesse von Gentrifizierung und sozialer Polarisierung und vieles andere mehr wären mögliche politische Felder bzw. Themen, bei denen universitäre Gruppen mit außeruniversitären Gruppen kooperieren könnten, um die rassistischen, sexistischen und andere sozialökonomisch-diskrimierenden Effekte einer Politik rigider Metropolenmodernisierung deutlich zu machen und zu kritisieren.

Politik und Kritik II

*»Das »politische Mandat« setzt die **kritische Universität** voraus und ist zugleich ihr Produkt.« (Oskar Negt)*[6]

Ein so formulierter Begriff des Politischen konterkariert die Trennung von illegitimer weil privater »Subjektpolitik« einerseits, »offizieller Politik« andererseits. Zur Disposition steht damit der Begriff des »Politischen«. Zu Anfang seines Textes über Kritik verweist Adorno auf den Unterschied zwischen einem »engen« und einem »weiten« Politikbegriff:

Da jedoch Politik keine in sich geschlossene, abgedichtete Sphäre ist, wie sie etwa in den politischen Institutionen, Prozeduren und Verfahrensregeln sich manifestiert, sondern begriffen werden kann nur in ihrem Verhältnis zu dem Kräftespiel der Gesellschaft, das die Substanz alles Politischen ausmacht und das von politischen Oberflächenphänomenen verhüllt wird, so ist auch der Begriff der Kritik nicht auf den engeren politischen Bereich zu beschränken.[7]

Dieses »Kräftespiel der Gesellschaft« ist es, das nach dem Dafürhalten Adornos die »Substanz alles Politischen« ausmacht, und das gilt es, durch die Anwendung eines »weiten« Politikbegriffs deutlich zu machen. Hingegen stellt die begriffliche Verengung von Politik schon immer ein Ergebnis genau jenes »Kräftespiels« dar, in welchem die InnhaberInnen machtvoller Positionen in der Lage waren, den subaltern Positionierten nicht nur die »Inhalte«, sondern vor allem die Regeln, nach denen das Spiel abläuft, aufzudrücken. Dies ist das weite Feld der Legitimation/Delegitimation, der Bestimmung desjenigen, der mitspielen darf, der eine zugewiesene Position einnehmen muß.

Neben Adorno war es vor allem Foucault, der auf den »Nexus Macht-Wissen«[8] hingewiesen hat. Dieser Nexus eröffnet ein »strategisches Feld«, innerhalb dessen die »Akzeptabilitätsbedingungen eines Systems« festgelegt werden. Darum wäre ein wesentlicher Schritt der politischen Analyse, diese Akzeptabilitätsbedingungen zunächst einmal herauszuarbeiten und die Regeln des strategischen Feldes, innerhalb dessen man/frau sich bewegt (beispielsweise an der Uni, in Seminaren, in Prüfungssituationen usw.), sichtbar zu machen. Die verborgenen Reproduktionsmechanismen der legitimen Macht (Institutionen, Personen, Funktionäre usw.) ließen sich durch gezielte »Regelverstöße« herausfordern und dabei genau die Grenzen identifizieren, die als akzeptabel vorausgesetzt werden.

Dies kann, wie Adorno zeigt, bereits in der Analyse der »gängigen« und »üblichen« Unterscheidung von »unverantwortlicher« und »verantwortlicher Kritik« und an der Subtilität der Mechanismen liegen, nach denen ein Rederecht verliehen wird:

Die unausdrückliche Aberkennung des kritischen Rechts denen gegenüber, die keine Position innehaben, macht das Bildungsprivileg, zumal die durch Examina eingehegte Karriere zur Instanz dafür, wer kritisieren darf, während diese Instanz allein der Wahrheitsgehalt der Kritik sein dürfte. All das ist unausdrücklich und nicht institutionell verankert, aber so tief im Vorbewußten Ungezählter vorhanden, daß eine Art sozialer Kontrolle davon ausgeht.[9]

Die hier ins Blickfeld gerückten Mikroprozesse »unkritischer« Praktiken sind zum einen institutionenspezifisch, aber zum anderen handelt es sich um Verlängerungen von Prozessen aus anderen sozialen Bereichen. Eine »Entpolitisierung« der Hochschule zum reinen Funktionsbetrieb ist das Resultat einer komplexen Entwicklung, die nicht erst gestern angefangen hat. Ob und wie sich diese Entwicklung fortsetzt, hängt nicht zuletzt von den Kämpfen um das Politische Mandat ab.

Thomas Höhne

[1] A. Keller: Neues aus der Zwangskörperschaft. http://stud-www.uni-marburg.de
[2] A. Keller, ebd.
[3] P.M., hg. v. Bundeskoordination FÜR das politische Mandat. Juli, 1998, S. 3 (c/o AStA Uni Münster, Schloßplatz 1, 48149 Münster).
[4] A. Keller, ebd.
[5] T.W. Adorno (1971): Kritik. Kleine Schriften zur Gesellschaft. Frankfurt/M., S. 14-15.
[6] O. Negt (1968): Über die Idee einer kritischen und antiautoritären Universität. In: Universität und Widerstand. Frankfurt/M., S. 166-195, hier S. 178
[7] T.W. Adorno, ebd., S. 10
[8] M. Foucault (1992): Was ist Kritik. Berlin, S. 33
[9] T.W. Adorno, ebd., S. 15

Das Haus, die Tafel, der Umzug

Interview mit Alfred Jachmann

(Mitglied des Vorbereitungskomitee für das Treffen ehemaliger Häftlinge von Buna/Monowitz)

Vom 20. – 22. Oktober. 1998 fand in Frankfurt ein Treffen mit über 90 ehemaligen Häftlingen des Lagers Buna/Monowitz bei Auschwitz statt. Das Treffen stand wesentlich im Zeichen eines Wiedersehens der Menschen, die vor 53 Jahren im Lager der I.G. Farben überlebten, in dem sie – wie viele andere – durch Arbeit systematisch ermordet werden sollten. Die Veranstaltung wurde hauptsächlich mit dem Geld jüdischer Institutionen und Privatpersonen bezahlt. Die Nachfolgefirmen der I.G. Farben, Bayer und BASF, reagierten nicht auf mehrere Anschreiben der Veranstalter.

Die Idee, das Treffen im I.G. Farben-Gebäude stattfinden zu lassen, beinhaltete den Wunsch einer Auseinandersetzung mit der Geschichte des Hauses, und damit auch der Geschichte des Nationalsozialismus. Der I.G. Farben Chemiekonzern plante und realisierte in Zusammenarbeit mit der SS das Konzentrationslager Buna/Monowitz. Zwischen 1942 und 1945 profitierte der Großkonzern aus der Zwangsarbeit von über 35.000 Männern. Nur wenige haben das Programm ›Vernichtung durch Arbeit‹ überlebt. Manche blieben dem Treffen fern: Menschen, die nach 1945 nie mehr in das Land gekommen waren, in dem ihre Ermordung geplant worden war und die durch die perfektionierten Vernichtungsapparate im NS den Tod ihrer Freunde und Familien erleben mußten.

Die Wahl des Veranstaltungsorts hing darüber hinaus eng mit dem bevorstehenden Umzug der Universität in das I.G.Farben-Haus zusammen, der von vielen der Überlebenden als große Chance angesehen wird, eine Auseinandersetzung über den Nationalsozialismus zu fördern.

Welche Art des Gedenkens ist im universitären Rahmen generell vorstellbar? Welche Ausformung von Erinnerungskultur ist mit der Debatte um eine Gedenktafel am Gebäude des I.G. Farben-Konzerns in Frankfurt verbunden? Erste Aufschlüsse darüber gibt nicht nur die Art und Weise, wie im Zusammenhang mit dem Uni-Umzug über Erinnerung gesprochen wurde, sondern auch die Zeit, die es brauchte, um eine einigermaßen angemessene Form dafür zu finden. So war es nicht möglich, sich ohne den Druck der Überlebenden auf einen Text für eine Gedenktafel zur Erinnerung an die Geschichte des Hauses zu einigen (siehe Interview).

Beispielhaft für den Umgang mit dem Nationalsozialismus ist die stattfindende Namensdiskussion um dieses Gebäude. Allein die Begründung, der Name »Poelzig-Ensemble« hebe einen Architekten heraus, der nach 1933 bei der NSDAP in Ungnade gefallen sei, soll vermuten lassen, daß es in der Architekturgeschichte keinerlei Übergänge, Korrespondenzen und Entwicklungen hin zur faschistischen Herrschaftsarchitektur gegeben habe. Der 1927 geplante Bau soll unter Nichtbeachtung seiner ursprünglichen Funktion als ästhetisches Architekturdenkmal rekonstruiert werden. Eine kritische Reflexion dessen, was dieser Bau repräsentiert hat, wird vermieden. An seine Stelle tritt statt dessen das Lob auf die Baukunst der Zeit kurz vor dem Beginn nationalsozialistischer Herrschaft. Mit der Bezeichnung des I.G. Farben-Gebäudes als Poelzig-Ensemble wird eine individualisierende und ästhetisierende Darstellung gewählt, in der die Geschichte des Hauses vor, während und nach dem zweiten Weltkrieg verschwindet.

Auch wenn es sich bei Poelzig um eine widersprüchliche Figur in der Architekturgeschichte handelt, so kann selbst auf architekturhistorischer Ebene seine Anschlußfähigkeit an nationalistische Traditionen nicht geleugnet werden. Nicht nur das I.G. Farben-Gebäude selbst, das sogar den MacherInnen der Ausstellung »Macht und Monument«, die Anfang dieses Jahres im Architekturmuseum stattfand, als derart idealtypisch für Herrschaftsarchitektur galt, daß sie es für das Cover des Ausstellungskatalogs auswählten, auch

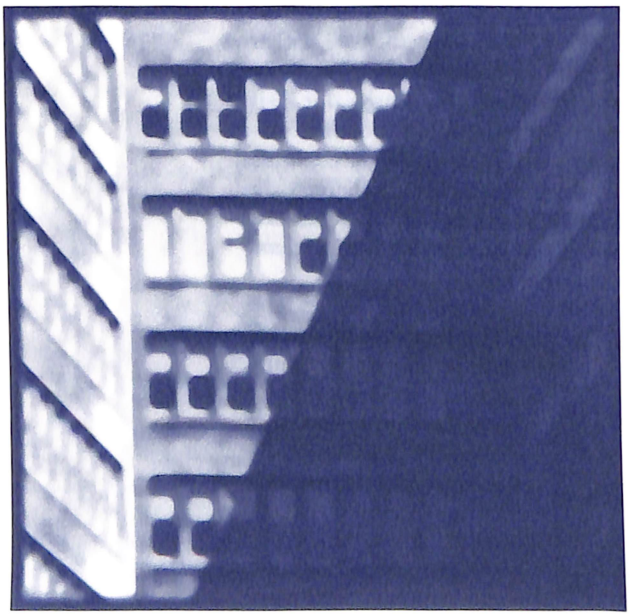
Poelzigs Bauten, die sich an den Heimatkunststil der 10er Jahre anlehnten, dokumentieren dies.

Der Diskussion um die Namensgebung, die nicht auf den Zusammenhang von Architektur und Herrschaft rekurriert, entspricht in der historischen Forschung eine Haltung, die die aktive Rolle deutscher Großunternehmen bei ihrer Kooperation mit der SS nicht hinreichend anerkennt. Immer noch wird durch die vorherrschende historische Forschungsmeinung transportiert, daß sich die I.G.-Vorstände nur unter Druck der SS auf eine Kooperation im Lager Buna/Monowitz verständigt hätten. Neuere Forschungsergebnisse von Florian Schmaltz und Karl Heinz Roth hingegen weisen auf ein wesentlich früheres und stärkeres Eigeninteresse der I.G. am Lager Buna/Monowitz hin, als dies zuvor angenommen wurde.

Bei dem Treffen der Überlebenden war es keinem der Teilnehmer ein Anliegen, über »Wiedergutmachung« zu sprechen, trotzdem wurde es von den Medien teilweise dahingehend funktionalisiert.

Vielfach wurde das Treffen in einen Zusammenhang gestellt mit dem Schulterschluß der Vorstände von Unternehmen, die im Nationalsozialismus ZwangsarbeiterInnen ausgebeutet hatten, mit dem neuen Bundeskanzler. Schröder hatte sich dabei zum Anwalt und Schutzpatron der deutschen Wirtschaft gegenüber eventuellen Schadensersatzansprüchen ernannt.

Im Zusammenspiel mit der Reaktion der Unternehmen auf Sammelklagen von Anspruchsberechtigten muß die Suche nach pauschalierten Entschädigungsregelungen als Versuch verstanden werden (ähnlich wie 1957 in der Vereinbarung zwischen I.G. Farben und der Jewish Claims Conference), die endgültige Beendigung der Debatte um den Zusammenhang von nationalsozialistischer Herrschaft und kapitalistischer Wirtschaftsform zu erwirken.



Das Agieren der Uni-Leitung während der Planung des Umzugs in das I.G. Farben-Haus ist innerhalb dieses gesellschaftlichen Feldes durchaus stromlinienförmig. Eine Fortführung der vorherrschenden selektiven Ausblendung von Geschichte könnte die Hoffnung der überlebenden ZwangsarbeiterInnen zunichte machen, daß der Umzug für die Bearbeitung und die Suche nach denjenigen Elementen der Geschichte und Wirkung des Nationalsozialismus nutzbar gemacht werden kann, die im Kontext der bürgerlich-kapitalistischen Moderne als rational gelten.

Die Gedenktafel, welche bis jetzt die einzige Form der Erinnerung an die Geschichte des Hauses darstellt, kann keine Aufarbeitung der NS-Vergangenheit ersetzen. Wenn die Überlebenden den Appell an Jugendliche weitergeben, zu verhindern, daß heute so etwas wie die systematische Vernichtung der europäischen Juden nochmals geschehe, so ist damit nicht nur die genaue Rekonstruktion des Geschehenen verbunden. Vielmehr ist darin auch die Aufforderung enthalten, die Rolle Deutschlands und der Deutschen im Nationalsozialismus nicht nur als das ganz Andere der parlamentarischen Demokratie zu verstehen und sich gegen aktuelle Praktiken des Ausschlusses, des Rassismus und der Marginalisierung zu wehren.

Alfred Jachmann lebt in Frankfurt und hat sich zusammen mit anderen Mitgliedern des Rats der Überlebenden in die Diskussionen um das I.G. Farben-Haus eingemischt.

diskus: Mit dem Auszug der US-Army aus dem I.G. Farben-Gebäude stellt sich die Frage nach dessen Zukunft. Wurden Sie als Überlebender an den stattfindenden Diskussionen um die Nutzung des Hauses beteiligt?

Alfred Jachmann: Wir, die Überlebenden in Frankfurt, die wir nun mittelbar oder unmittelbar unter den Forschungen und Entscheidungen der I.G. am Schreibtisch zu leiden hatten, sind natürlich hellhörig geworden, als wir hörten, die US Amerikaner ziehen aus diesem Haus aus. Wir verfolgten die Diskussionen um die Zukunft des Hauses aufmerksam, ohne daran beteiligt worden zu sein. Es ist dem Fritz Bauer Institut zu verdanken, daß durch die Ausstellung ›50 Jahre Hessen‹ und ›Landsberg - Ein Ort wie jeder andere‹ zumindest das Thema Nationalsozialismus in diesem Haus aufgegriffen wurde. Damit konnte deutlich gemacht werden, daß dieses Haus nicht von seiner Geschichte losgelöst werden kann.

Später hieß es dann, die Universität wird das Haus übernehmen. Wir sind mit dem Fritz Bauer Institut sehr schnell ins Gespräch gekommen, um gemeinsam zu überlegen, wie man die Interessen der Überlebenden angemessen berücksichtigen kann. Wir befürchteten, es könnte bei dem Anbringen eines Schildes »Universität Frankfurt« bleiben. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, darauf hinzuweisen, damit die Geschichte dieses Hauses nicht in Vergessenheit gerät.

diskus: Wie bewerten Sie es, daß nun die Universität dieses Gebäude beziehen wird?

A. J.: Ich betrachte es als etwas Positives, daß es durch Verhandlungen zwischen dem Land Hessen und dem Bund möglich geworden ist, die Universität dort einziehen zu lassen. Wenn die Universität guten Willens ist, Geschichte zu vermitteln und zu verstehen, dann hat sie in einem solchen Haus, von dem so viel Unheil ausgegangen ist, die Chance dazu. Auch wenn es sich bei diesem Haus um eine schreckliche Vergangenheit handelt, erscheint mir ein Umzug dorthin sinnvoller und fruchtbarer, als in ein Haus, das keine Vergangenheit hat. Meiner Ansicht nach birgt

eine unmittelbare Nähe zur schrecklichen Geschichte dieses Hauses, auch durch die Architektur vermittelt, Aussichten auf das Verstehen und der Vermittlung.

diskus: Wurde mit der Entscheidung, die Universität dort einziehen zu lassen, auch diskutiert, wie man sich die Auseinandersetzung mit der Geschichte des Hauses vorstellen könnte? Wie kam es zu der Entscheidung für eine Gedenktafel? Können Sie uns das Verfahren kurz skizzieren?

A. J.: Es begann etwas, was man als ausgesprochen unerfreulich bezeichnen muß, denn das Verfahren, einen Gedenktafeltext zu formulieren, dauerte mehrere Jahre. Die erste Version eines Textes wurde abgelehnt. Erst als die Initiative des Fritz Bauer Institutes und des Überlebendenrats in der Universität vehement vorgetragen wurde – da immer weniger der ehemaligen Häftlinge des Lagers der I.G. noch am Leben sein dürften, hatte man also keine Zeit zu verlieren – erkannte Professor Meissner die von uns vorgetragenen Argumente bezüglich des Treffens an, hegte aber Zweifel, daß es möglich sein würde, zu diesem Zeitpunkt einen Text für die geplante Gedenktafel präsentieren zu können. Er betonte, wie wichtig ihm diese Erinnerung sei, aber er hatte gleichzeitig immer wieder Einwände gegen die konkrete Verwirklichung des Projektes Gedenktafel. Es gelang uns jedoch, darauf hinzuweisen, daß wir auf eine angemessene Form der Erinnerung nicht verzichten können. In einem späteren Gespräch im hessischen Wissenschaftsministerium stellte sich heraus, daß es nicht einfach sein würde, einen Text zu verfassen, der die Zustimmung aller Beteiligten finden könnte. Unsere Aufgabe bestand zunächst darin, nochmals darauf hinzuweisen, daß es sich im Falle der Zwangsarbeiter der I.G. vor allem um Menschen jüdischen Glaubens handelte, denn das blieb in einer ersten Version eines möglichen Textes unberücksichtigt. Wir mußten einsehen, daß es nicht möglich war diese Tafel bereits für das Treffen der Überlebenden an den Haupteingang des I.G.-Gebäudes anzubringen, da in dieser Zeit am Haus gebaut werden sollte. Im Jahre 2001, wenn die Universität dort einziehen wird , werden wir die zuständige Person im Ministerium an das Versprechen erinnern, daß bei dem Anbringen der Gedenktafel auch Überlebende anwesend sein müssen. Das war letzlich ein Abschluß, der uns zufriedengestellt hat.

diskus: Vom 20. – 22.10.1998 fand in Frankfurt das Treffen der Überlebenden von Buna/Monowitz statt. Wie waren die Reaktionen der Überlebenden auf den Text der Gedenktafel?

A. J.: Zunächst entstand bei vielen der Angereisten das Gefühl, auch am Prozeß der Formulierung beteiligt werden zu wollen. Da es nun aber bereits eine verabschiedete Version gab, entstand die Idee, eine zweite Tafel mit einem eigenen Text zu erstellen, der sich stärker auf die Verfolgung durch die I.G. im Nationalsozialismus beziehen sollte. In der Diskussion wurde man sich schließlich einig, daß mehrere Tafeln eher zu einer Nichtbeachtung oder Inflation denn zu einer Betonung der Geschichte des Hauses führen würden. Das Gelingen eines Gedenkens würde damit noch stärker in Frage stehen, als es ohnehin schon der Fall sein wird. Gedenktafeln sind meiner Ansicht eigentlich keine Form des Gedenkens, die zu einem angemessenen Umgang mit der Geschichte führen.

diskus: Welche Art der Erinnerungskultur erscheint ihnen alternativ zu Gedenktafeln angemessener?

A. J.: Diese Tafel ist eine Mindestanforderung, um zu dokumentieren, was in diesem Haus geschah, was hier entwickelt worden ist, um den perfektionierten Mord zu ermöglichen. Das ist jedoch nur die eine Seite. Wenn die Universität nicht die Bedingungen für eine kontinuierliche Auseinandersetzung mit der Geschichte schafft, was heißt, dieses Thema fest in den Lehrplan der verschiedenen Fakultäten aufzunehmen, dann nützt eine solche Tafel gar nichts. Die Universität ist der Ort, an dem junge Menschen ausgebildet werden, die keine Schuld auf sich geladen haben, die aber Verantwortung für eine Zukunft haben, in der es nicht wieder zu so etwas kommen darf. Erst in der Kombination von sichtbaren Zeichen und ständiger Reflexion im Rahmen von Lehrveranstaltungen ist für mich ein adäquater Umgang denkbar. Wenn ich in einem Haus mit solcher Vergangenheit sitze, bin ich auch verpflichtet, an irgendeiner Stelle zu verdeutlichen, wo ich mich hier befinde.

diskus: Während des Treffens fanden viele Begegnungen mit Jugendlichen statt, die in Gesprächen unmittelbar mit dem Thema Verfolgung im Nationalsozialismus konfrontiert wurden. Viele der Teilnehmer des Treffens sprachen davon, daß es sich voraussichtlich um das letzte Treffen dieser Art handeln könnte. Wie ist Erinnerung an den Holocaust denkbar, wenn es keine Zeitzeugen mehr gibt?

A. J.: Die Generation der Zeitzeugen hinterläßt viele Dokumente, die von der Zeit ihrer Verfolgung sprechen. Dies beschränkt sich nicht nur auf Texte von Überlebenden. Inzwischen erweitert sich das Spektrum um Aufzeichnungen von Lebensgeschichten, die als oral history auf Videobändern in der Zukunft zur Verfügung stehen können. Ich halte beispielsweise die Arbeit der Spielberg Foundation für ganz wesentlich,

da die Menschen in den Aufzeichnungen auch nach ihrem Tod präsent bleiben. Diese Art des Erinnerns erscheint mir viel wirkungsvoller als eine blanke Gedenktafel.

Wenn dies neben der gängigen historischen Forschung genutzt wird, so könnte das ein gelungenes Ergänzungsverhältnis darstellen.

Während dieses Treffens fand ein Abend mit wissenschaftlichen Vorträgen statt, an dem von jungen Historikern über das Thema Buna/Monowitz geredet wurde. Mein Eindruck war, daß hier keine Vermittlung zwischen Zeitzeugen und Historikern stattfand, sondern ein Ablesen von Faktenwissen. Um ein Korrektiv für die nüchterne historische Forschung sein zu können, müssen wir erreichen, daß unsere Perspektive in einem Dialog mit den Historikern angemessen Berücksichtigung findet.

Damit Erinnern nicht zum inhaltslosen Ritual wird, ist es wichtig, die Sichtweise derer zu berücksichtigen, die Opfer nationalsozialistischer Verfolgung geworden sind. Ich denke z.B. an den 9. November. Von Zeitzeugen gestaltet scheinen mir diese Gedenkfeiern bedeutsamer, als die offiziellen Pflichtübungen von Frau Roth und Herrn Eichel in der Westendsynagoge. Diese Veranstaltungen mögen notwendig sein, aber sie können nicht das ersetzen, was Überlebende aus eigenem Erleben berichten.

diskus: Sie saßen im Vorbereitungskomitee dieses Treffens und haben maßgeblich an der inhaltlichen Ausrichtung des Treffens mitgearbeitet. Die ursprüngliche Idee des Treffens bestand darin, ein Wiedersehen für die Überlebenden von Buna/Monowitz zu organisieren. Die Art und Weise der Darstellung in den Medien rückte das Treffen jedoch viel stärker in einen Zusammenhang mit Entschädigungsverfahren gegenüber in Deutschland gegründeten Großunternehmen.

Parallel zu dem Treffen in Frankfurt lud Gerhard Schröder in Hannover Vorstände derjenigen Firmen zum Gespräch, die von Sammelklagen ehemaliger Zwangsarbeiter betroffen werden könnten. Schröder sieht sich selbst darin als Moderator zwischen ehemaligen Zwangsarbeitern und den Vorständen der Großindustrie. Von Sammelklagen insbesondere aus den USA ausgelöst muß die geplante Einrichtung einer Bundesstiftung und Schröders Gespräch wieder einmal als Reaktion von außen gewertet werden. Wie bewerten Sie diese neuen Entwicklungen?

Dieser Text wird im Jahre 2001 beim Umzug der Uni in Form einer GEDENKTAFEL am Eingang befestigt werden:

Dieses Gebäude wurde nach den Plänen des Architekten Hans Poelzig in den Jahren 1928 bis 1931 für die Hauptverwaltung der IG Farbenindustrie AG errichtet.

Dieser weltgrößte Chemiekonzern stellte seine wissenschaftlichen Erkenntnisse und Produktionstechniken zwischen 1933 und 1945 zunehmend in den Dienst des nationalsozialistischen Terrorregimes, der Kriegsvorbereitung und Kriegsführung. 1942 bis 1945 betrieb die IG Farben zusammen mit der SS ein Konzentrationslager bei ihren Werken in Auschwitz. Von den Zehntausenden KZ-Häftlingen, die für den Konzern dort arbeiten mußten, wurden die meisten ermordet. Mit dem Gas Zyklon B, das eine Tochtergesellschaft der IG Farben vertrieb, wurden in den nationalsozialistischen Vernichtungslagern viele Hunderttausende von Menschen, vor allem Juden, umgebracht.

»Niemand kann aus der Geschichte seines Volkes austreten. Man soll und darf die Vergangenheit nicht ›auf sich beruhen lassen‹, weil sie sonst aufstehen und zu neuer Gegenwart werden könnte.«

(Jean Améry, 1975)

Ab 1945 war das Gebäude Sitz der amerikanischen Militärregierung und des Hohen Kommissars für Deutschland. Am 19. September 1945 wurde hier die Gründung des Landes Großhessen proklamiert. Von 1948 bis 1995 befand sich in dem Haus das Hauptquatier des V. Corps der US Army.

Im Bewußtsein der Geschichte des Hauses hat es das Land Hessen 1996 für die Goethe-Universität erworben. Künftig soll es der Bildung und Forschung dienen.

A. J.: Zunächst möchte ich betonen, daß die Menschen, die sich nach teilweise über 50 Jahren das erste Mal wiedersehen konnten, nichts von alledem vergessen haben, was sie erleben mußten. Sie haben nichts vergessen und sie werden solange sie leben das was ihnen angetan wurde nicht vergessen können.

Was die Medien daraus gemacht haben, muß man extra beleuchten. Die Frankfurter Printmedien haben auf dieses Treffen meines Erachtens angemessen Bezug genommen, indem sie stark auf die Gespräche mit den Jugendlichen Bezug nahmen. Das Hauptanliegen der Teilnehmer war es, die Vergangenheit gegenüber der Jugend wachzuhalten und sich wiederzusehen. Obwohl es einigen der Angereisten tatsächlich finanziell nicht gut geht, so haben sie das Thema Entschädigung bei diesem Treffen nicht in den Vordergrund gestellt. Das entbindet die Verantwortlichen deshalb noch lange nicht, nun endlich etwas zu tun.

Die Stellungnahme Herrn Schröders erschien mir als Betroffenem insofern problematisch, als er sich selbst als Schutz für die deutschen Wirtschaftsunternehmen versteht. Stattdessen sollten endlich diejenigen Unternehmen, die Zwangsarbeiter rekrutiert haben, aufhören, noch immer zu behaupten, »wir wollten überhaupt keine Zwangsarbeiter, die sind uns aufgezwungen worden«. Selbst wenn dem so wäre, so ist davon auszugehen, daß diese Unternehmen mit Zwangsarbeit Profite in Millionenhöhe erwirtschaftet haben. Ich habe 1942 in der Deutschen Waffen-Munitionsfabrik als 15jähriger Junge Zwangsarbeit hinter Draht geleistet. Wenn es schon keine rechtliche Verpflichtung gibt, Entschädigung zu zahlen, so ist es doch mindestens eine moralische.

Die Aussage, die Schröder gemacht hat, stärkt denjenigen, die Leistungen zu erbringen haben, den Rücken. Das halte ich für unverantwortlich, zumal es inzwischen ohnehin nurmehr einen kleinen Kreis von Menschen betrifft, die überhaupt noch Zahlungen entgegennehmen können. Durch die Vereinbarungen des Wollheim-Prozesses erhielt ich selbst für meine geleistete Arbeit 5.000 DM. Für meinen Vater, der 1944 einer Selektion zum Opfer gefallen ist, hat niemand eine Entschädigung erhalten, obwohl er über ein Jahr lang Sklavenarbeit leisten mußte. Ein Erbrecht auf Entschädigung gab es damals und gibt es auch heute nicht. Es geht also lediglich darum, denen die überlebt haben, noch etwas zukommen zu lassen. Einige der Überlebenden konnten nicht an dem Treffen teilnehmen, weil ihnen die finanziellen Mittel dazu fehlten. Insbesondere denen sollte etwas gezahlt werden, um sie damit in die Lage zu versetzen, ihren Lebensabend besser gestalten zu können.

diskus: Die Öffnung der Archive von großen deutschen Unternehmen, die von Enteignung und Zwangsarbeit in der Zeit profitiert haben, hat verschiedene Effekte. Sicher führt die Aufdeckung der Beteiligung an NS Verbrechen zur Möglichkeit konkreter Forderungen an diese Firmen. Über 50 Jahre nach den Verbrechen können jedoch nur wenige ihre Forderungen geltend machen. Durch die »schonungslose« Aufdeckung erhalten die Unternehmen jedoch ein Stück Rehabilitation zurück. Birgt vor diesem Hintergrund diese Form der Entschädigungsdebatte nicht auch die Gefahr einen Schlußstrich unter die Auseinandersetzung über den Zusammenhang von Nationalsozialismus und Kapitalismus zu ziehen?

A. J.: Die heutigen Inhaber der Firmen, die damals mitgewirkt haben, sind nicht mehr dieselben wir damals. Es kann nur noch darum gehen, die neuen Inhaber davon zu überzeugen, daß die bestehende Kapitaldecke dieser Firmen sicherlich zu einem großen Teil aus Profiten mit der Zwangsarbeit stammt. Es kann also nur um einen Appell an das Gewissen der jetzigen Eigentümer gehen, damit diese eine moralische Verantwortung gegenüber den Opfern übernehmen. Man kann es nicht verhindern, daß die Unternehmen auf diese Weise zu der Aussage kommen könnten, »wir haben nun finanziell alles Erforderliche getan«. Das darf aber nicht bedeuten, daß ein Schlußstrich unter einen Teil der Vergangenheit ihrer Unternehmensgeschichte gezogen wird.

Im Fall der I.G. Farben verhält es sich meiner Ansicht anders, da sich die I.G. jenseits der Profite mit Zwangsarbeit auch durch die Produktion von Zyklon B zusätzlich schuldig gemacht hat.

Mit Alfred Jachmann sprachen
Tanja-Maria Müller und Christian Kolbe.

Michel Foucault antwortet auf die Frage, was für ihn ein Buch sei: eine Werkzeugkiste. Und Proust meinte, daß sein Buch wie eine Brille sei: probiert, ob sie euch paßt; ob ihr mit ihr etwas

sehen konnt, was euch sonst entgangen wäre, wenn nicht, dann laßt mein Buch liegen und sucht andere, mit denen es besser geht. Es gibt keinen Tod des Buches, sondern eine neue Art zu lesen.

(Gilles Deleuze)

LAND IN SICHT
Buchladen im Nordend
Rotteckstr. 13 / Mercatorstr.
Nähe Friedberger Platz
60316 Frankfurt
Tel. 069 / 44 30 95
Fax 069 / 490 92 66

Arbeit – welche Arbeit?

Lohnarbeit und Existenzgeld

Noch bis in die 70er Jahre hinein galten Studierende als kaum ernstzunehmende Zeitgenossen, die »erst mal arbeiten gehen« sollten. Das Studium war noch mehr als eigenständige Phase der Vorbereitung auf das Arbeitsleben konzipiert, das sich idealerweise unmittelbar an den Universitätsabschluß anschloß. Die klassische Struktur einer durchschnittlichen (männlichen) Biographie sah nach der Schule irgendeine Ausbildung vor, nach der das echte, das Arbeitsleben beginnen sollte. Frühestens dann war die Jugend zu Ende und man konnte, nunmehr erwachsen, z.B. eine Familie gründen.

Inzwischen jobben etwa siebzig Prozent der Studierenden, und das nicht nur wegen der miserablen BAFöG-Leistungen, sondern auch weil sich ihre Lebensgewohnheiten verändert haben. Die hängen u.a. mit den veränderten Motiven zusammen, mit denen ein Hochschulstudium heutzutage begonnen wird. Die Hoffnung auf einen weniger stupiden Job mit mehr »Kreativitätsanteil« (»was Sinnvolles machen«) und der Horror vor der 40-Stunden-Woche spielen dabei eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Erwachsensein, das »echte Leben« beginnt für die meisten heute nicht mehr mit einem Schnitt – nach der Uni in den Beruf –, sondern viel früher, nämlich ab dem Zeitpunkt, wo der Lebensunterhalt ohne die Eltern bestritten werden kann/muß und weil man auch sonst unabhängig sein will.

CAFÉ CK KLEMM
FRÜHSTÜCKSCAFÉ
ESPRESSO - BAR
LATTE MACCHIATO
['LATTE MAK'KJA:TO]
Kiesstraße 41
Frankfurt - Bockenheim
Mo. - Fr.: 8 bis 21 Uhr
Sa. & So.: 9 bis 18 Uhr

Dabei muß die eine arbeiten gehen, weil die Bemessungsgrundlagen fürs Bafög zu hoch sind, der andere, weil er seinen Eltern nicht jedes Semester die Scheine vorzeigen will. Jenseits der jeweiligen Gründe, kann von einem neuen Typus des Studierenden gesprochen werden, der sich hochflexibel in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen wie Hochschule und Arbeitswelt, etc. bewegt.

Studieren und nebenbei arbeiten, sich auf ständig veränderte Situationen einstellen und dies als »Herausforderung« wahrnehmen, gilt einerseits als attraktive Lebensweise – jedoch nur, weil die anderen Zwänge als noch lästiger empfunden werden. Andererseits ist es eine Voraussetzung, um in den neuen Arbeits- und Produktionsverhältnissen zurechtzukommen. Denn diese enorme Flexibilität erweist sich als eine zentrale Qualität bei der gegenwärtigen Umwälzung der Arbeitsverhältnisse, in der Eigenschaften wie eigenständiges Arbeiten, die Fähigkeit zur Kooperation und Kommunikation – Qualifikationen, die vor allem in den Geisteswissenschaften informell erworben werden (vgl. Dittmar 1998) – eine zentrale Bedeutung haben.[1]

Onkel Ford ist tot!

Die Umwälzung der Arbeitsverhältnisse ist Teil der umfassenden und weltweiten Krise der fordistischen Gesellschaftsformation, die spätestens Anfang der siebziger Jahre beginnt und bis heute andauert. Der Fordismus war ein historisch-spezifischer sozialer Kompromiß zwischen Lohnarbeit und Kapital, der unter anderem gekennzeichnet war durch tayloristische Arbeitsorganisation in den Fabriken, die Herstellung von Massenkonsumgütern (Auto, Kühlschrank, Softdrink) sowie einem interventionistischen Wohlfahrtsstaat, der die Nachfrage nach solchen Waren sicherte und das Modell männliche Erwerbsarbeit plus Kleinfamilie organisierte. Es handelt sich um einen historisch-spezifischen Versuch, die fundamentalen Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise derart zu regulieren, daß eine bestandsfähige Reproduktion der Gesellschaft samt ihrer Widersprüche möglich wird. Das Ganze ist jedoch nicht als ein »großer Wurf« eines planenden Subjekts zu denken, sondern hat sich als mehr oder weniger zufälliges Produkt gesellschaftlicher Handlungen ergeben und ist abhängig von sozialen Kämpfen.

Ursachen der Krise sind die global verschärfte Konkurrenzsituation durch das Auftreten neuer, bisher kaum industrialisierter Länder auf dem Weltmarkt, die tendenzielle Erosion bzw. Verschiebung der Regulationskapazitäten von Nationalstaaten, der Bedeutungsgewinn von internationalen Finanzmärkten, aber auch die sinkenden Produktivitätszuwächse in der (für den Fordismus typischen) tayloristischen Arbeitsorganisation. Auch geraten die Lebensweisen und Alltagspraktiken, auf denen diese Gesellschaftsformation beruhte, nicht zuletzt durch die Kämpfe der Neuen Sozialen Bewegungen und ihrer Kritik an Produktivismus, Großtechnologie, Bürokratie, Kleinfamilie etc., in die Krise. Wie sehr aber beides miteinander verwoben ist, läßt sich beispielhaft am sogenannten Normalarbeitsverhältnis zeigen. Das Normalarbeitsverhältnis war nicht nur Kern und Gravitationspunkt der Flächentarifverträge, mit denen eine relative Einheitlichkeit der Lohnarbeiterklasse hergestellt wurde, auch alle Sozialversicherungssysteme gehen von einer entsprechenden Normalarbeitsbiographie aus. Zugleich impliziert(e) es eine bestimmte Art zu leben, für Männer also etwa nach der Schule eine Ausbildung abzuschließen, um danach bis ins Rentenalter in (meistens) einem oder zwei Jobs zu arbeiten, eine (Klein) Familie zu gründen. Für Frauen hieß das aber auch, nach einer Heirat, spätestens nach dem ersten Kind, den Beruf aufgeben und Hausarbeit leisten. Nun wird das Normalarbeitsverhältnis einerseits von den Unternehmen angegriffen, die eine weitgehende Flexibilisierung der Arbeitszeit und die Auflösung der Flächentarifverträge fordern (und teilweise auch schon erreicht haben), um die Arbeitskraft billiger und verfügbarer zu machen. Andererseits erodieren seit den Siebzigern auch die entsprechenden Lebensweisen. So wird die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, die für Frauen vor allem unbezahlte Hausarbeit und die Abhängigkeit vom Ehemann vorsah, durch die zweite Frauenbewegung massiv kritisiert. Die Abhängigkeit aller Familienmitglieder vom Erwerbseinkommen des Mannes und die Macht, die diesem dadurch zukam, war quasi funktionaler Bestandteil der Reproduktionsbedingungen der kapitalistischen Lohnarbeit: Die Macht in der Familie kompensierte die Ohnmacht in der Fabrik – beides bedingte einander. Die familiäre Reproduktionsarbeit schließlich sicherte erst die Verfüg- und Verwertbarkeit der männlichen Arbeitskraft – Henry Ford, Namensgeber des Modells, zahlte denjenigen Arbeiterfamilien einen Extra-Lohn, die einen effizienten und geordneten Haushalt führten. Wichtig für das fordistische Modell war die patriarchale Arbeitsteilung auch durch ihren arbeitsmarktpolitischen Effekt: Ein großer Teil der Bevölkerung tritt nicht auf den Arbeitsmarkt und gewährleistet der organisierten (männlichen) Arbeiterschaft günstige Ausgangsbedingungen für Lohnkämpfe.[2]

Die Krise der patriarchalen Gemeinschaft »Ehe« ist somit auch eine Krise der fordistischen Arbeitsmarktregulierung, denn eine Folge dieser Entwicklung ist unter anderem die Vergrößerung der LohnarbeiterInnenklasse: Frauen treten verstärkt auf den Arbeitsmarkt[3] – nicht mehr nur als Teilzeitjobberinnen. Das bedeutet freilich nicht das Ende geschlechtsspezifischer Herrschaftsverhältnisse, aber die Rückkehr zur Vollbeschäftigung bzw. die Forderung danach, wie sie von der traditionellen Linken vertreten wird, wird vor diesem Hintergrund mindestens kontraproduktiv, weil Vollbeschäftigung im Fordismus eben auf einer grundlegenden patriarchalen Arbeitsteilung, also dem Ausschluß von Frauen (und anderen) vom Arbeitsmarkt beruhte. Dies und weitere Faktoren wie z.B. anhaltend hohe Produktivität der tayloristischen Arbeitsteilung sowie die Identität von Wachstum und Beschäftigung bilden eine besondere politisch-ökonomische Konstellation, die sich nicht wiederherstellen läßt. Im Fordismus war die Abkopplung der Menschen von alternativen Einkommens-

Café
Casablanca
In der Casa di Cultura e.V.
sucht Stammgäste
täglich 18°° bis 1°° Uhr
Bockenheim: Adalbertstr. 36 H
Tel. 7077548

quellen (bspw. Naturalwirtschaft) zum ersten Mal vollständig durchgesetzt und wurde gleichzeitig durch Lohnarbeit kompensiert (Vollbeschäftigung). Das Phänomen Vollbeschäftigung war so gesehen historisch einmalig. Es gibt heute keine Rückzugsmöglichkeiten in nicht-warenförmige Ökonomien, und zugleich sind alle Menschen in den westlichen Industrieländern auf Geldeinkommen angewiesen, ohne daß diesem Bedürfnis entsprechend ausreichend Lohnarbeitsverhältnisse existieren. »Arbeitslosigkeit« ist kein konjunkturelles Phänomen mehr.

Die doppelte Krise der Lohnarbeit

Schon ab Ende der 70er Jahre entwickelte sich eine breite Diskussion über das Ende der Vollbeschäftigungsgesellschaft, in der sich die damals weitreichende Kritik am Fordismus widerspiegelte. (Vgl. Vobruba 1998) Einerseits stand die qualitative Seite der Produktion im Mittelpunkt der Kritik. Dabei wurden die Arbeitsbedingungen (Arbeit macht krank), die Produktionsinhalte (z.B. Kritik der Rüstungsproduktion) und die Nebenfolgen (Kritik ökologischer Schäden) der Produktion, sowie das Wohlstandsmodell insgesamt kritisiert. Auf der anderen Seite ging man davon aus, daß die ansteigende Arbeitslosigkeit aus dem quantitativen Rückgang der Nachfrage nach Arbeitskraft resultierte. Diese Analyse der doppelten Krise der Lohnarbeit, also quantitativ unzureichende und qualitativ unzulängliche Arbeitsplätze, führte dazu, daß eine eindeutige politische Positionierung schwierig wurde, da diejenigen, die für die Schaffung von Arbeitsplätzen plädierten, die qualitative Seite ignorierten. Denjenigen jedoch, die z.B. die Umweltverträglichkeit von Arbeitsplätzen in den Mittelpunkt ihrer Kritik stellten, konnte vorgeworfen werden, sie ignorierten die Situation der Arbeitslosen. Die in dieser Situation unter dem Slogan »Übergang von der Arbeits- zur Tätigkeitsgesellschaft« entwickelte Vorstellung, das quantitative Versagen und die qualitative Kritik ließen sich für eine emanzipatorische Perspektive nutzen, indem man den Ausstieg aus der Lohnarbeit in ganz andere und bessere Formen von Arbeit und Leben propagierte, griff jedoch zu kurz. Übersehen wurde dabei, daß die wenigsten Menschen die materiellen Möglichkeiten haben, unabhängig vom Arbeitsmarkt zu leben und daß sich alternative Wirtschafts- und Lebensmodelle, die hier einen Ausgleich hätten schaffen können, auch nicht ohne weiteres individuell oder im kleinen kollektiven Rahmen entwickeln lassen. Die immateriellen Wohlstandsgewinne, unter anderem durch mehr freie Zeit, können den Verlust von materiellem Einkommen nicht ausgleichen. Eine Antwort auf diese Schwierigkeit war das Anfang der achtziger Jahre von den gewerkschaftsunabhängigen Arbeitslosenbewegungen entwickelte »Existenzgeld«-Konzept, mit dem sie sich bewußt von der Gewerkschaftsforderung nach einem »Recht auf Arbeit« abgrenzten. Dieses wurde vor allem abgelehnt, weil es nur eine Antwort auf die quantitativen Probleme ist. Ausweitung von Lohnarbeit funktioniert nur im Zusammenhang mit Wirtschaftswachstum, d.h. vermehrter Verbrauch von Gütern und damit von Energie. Die Parole »Arbeit, Arbeit, Arbeit« hat auch nicht die konkreten Arbeitsbedingungen oder den Sinn und Unsinn der jeweiligen Tätigkeit zum Gegenstand, sondern nimmt billigend in Kauf, daß Arbeit ruhig beschissen sein kann, solange sie nur profitabel ist. In der Existenzgelddebatte sollen dagegen mehrere Topoi miteinan-

Toni Negri:
READY-MIX
Berlin 1998; S. 37 - 40
Wir danken dem b_books Verlag
für die Abdruckgenehmigung.

Der garantierte Lohn

Es gibt reduktionistische Auffassungen vom garantierten Lohn wie jene, die wir in Frankreich gekannt haben, zum Beispiel beim RMI die eine der Formen darstellt, Elend zu entlohnen. Dies sind die Formen, mit denen Ausschluß entlohnt wird – neue Gesetze für die Armen. Einer Masse von Mittellosen, Menschen, die arbeiten, denen es aber nicht gelingt, sich dauerhaft in den Lohnkreislauf einzubinden, teilt man ein wenig Geld zu, damit sie sich reproduzieren können und keinen sozialen Skandal provozieren. Es existiert somit eine untere Grenze für den garantierten Lohn, für den Unterhalt, entsprechend der gesellschaftlichen Notwendigkeit, den Skandal der hohen Sterblichkeit zu vermeiden, den Skandal der »Pestilenz«, denn die Ausschließung kann sich in Pestilenz verwandeln. Genau angesichts dieser Gefahr entstanden im England des siebzehnten und achtzehnten Jahrhunderts die Armengesetze. Es gibt also Formen des garantierten Lohns, die diesem Typus entsprechen. Aber das Problem des garantierten Lohns ist ein ganz anderes. Es geht darum zu begreifen, daß die Basis der Produktivität nicht die kapitalistische Investition, sondern die Besetzung des sozialisierten menschlichen Gehirns ist. Mit

der verknüpft werden: Selbstbestimmte Arbeit und Verfügung über Ziele und Inhalte der Produktion, die Überwindung des Produktivismus moderner Industriegesellschaften und der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung. Bedingung dafür ist, daß »Existenzgeld« unabhängig von Erwerbsarbeit allen Menschen ein ausreichendes Einkommen sichert. Eine relativ hohe Summe muß gewährleisten, daß niemand schlecht bezahlte oder stupide Jobs annehmen muß, die bedingungslose Auszahlung wiederum die Abschaffung der Schikane durch Sozialbehörden. Es geht also um die Wiederaneigung der eigenen Zeit und einen anderen Arbeitsbegriff.

Zwischen alternativer Sozialhilfe und Lohnsubvention

Während die Neuen Sozialen Bewegungen die Normalität der Lebensbedingungen im Fordismus kritisieren, will die neoliberale Kritik des Fordismus die Reproduktionsbedingungen kapitalistischer Verwertung optimieren. Monetaristen und Angebotspolitiker machten vor allem Interventionismus und Sozialstaat für den wirtschaftlichen Niedergang verantwortlich und fanden zunehmend Gehör in (nahezu) allen politischen Lagern. Eine der dabei durchzusetzenden Veränderungen war/ist die Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse.[4]

Der Umbruch der Arbeitsverhältnisse beginnt gerade erst. Ein Chiffre dafür ist die vielbeklagte, stetig steigende »Arbeitslosigkeit«. Beschreibungen derselben gehen häufig von einer Abnahme der Arbeitsplätze durch eine immer umfangreichere Rationalisierung von Arbeit aus. Dabei ist die Situation so eindeutig nicht, vielmehr ist sie Ausdruck zweier gleichzeitiger Entwicklungen: Einerseits nehmen Beschäftigungsverhältnisse zu – noch nie waren so viele Menschen wie heute in Lohnarbeitsverhältnissen beschäftigt, sowohl in der Bundesrepublik als auch europaweit. Andererseits handelt es sich bei diesen Jobs nicht um relativ gesicherte Normalarbeitsverhältnisse, sondern die räumlich, zeitlich und vertraglich flexible Arbeit nimmt zu. Das heißt nicht unbedingt, daß durchgängig in völlig prekarisierten Jobs gearbeitet wird. Flexible Arbeit ist nicht gleich flexible Arbeit. Gutbezahlte, aber flexibel arbeitende SpezialistInnen können sich durchaus selbst versichern, die badjobber nicht. Die »neoliberale Offensive« hat u.a. zur Folge, daß die Gewerkschaften, um die Normalarbeitsverhältnisse für einen Teil ihrer Klientel zu sichern, darauf mit einer stärkeren »Lohndifferenzierung« reagieren. Dies führt zu einer Spaltung des Arbeitsmarktes in einen Kern gutbezahlter VollzeitarbeiterInnnen (Überstunden incl.) und eine immer größer werdende Gruppe von Prekarisierten, die badjobs verrichten müssen, und davon mehr schlecht als recht leben können.

Was für die Verwertungsbedingungen gut ist, muß für die Reproduktionsbedingungen nicht ebensogut sein. Ein Problem dieser Politik ist nämlich, daß sie zu einer Dysfunktionalität der an der Normalbiographie orientierten Sozialversicherungssysteme führt. Zur Normalität wird die Bastelbiographie: ein Jahr in der ABM, dann Arbeitslosigkeit, danach einen Halbtagsjob und nebenbei Schwarzarbeit, Jobs auf Honorarbasis, etc.[5] Immer weniger Menschen (i.d.R. Männer) erreichen die für die Normalrente notwendigen 40 Jahre Vollbeschäftigung, und

anderen Worten: Das Maximum an Freiheit und an Auflösung des Disziplinierungsverhältnisses der Fabrik wird zur absoluten Grundlage der Produktion von Reichtum. Der garantierte Lohn bedeutet die Verteilung eines großen Teils des Einkommens, wobei den produktiven Subjekten die Fähigkeit belassen wird, dieses Einkommen für ihre eigene produktive Reproduktion auszugeben. Der garantierte Lohn ist die Grundvoraussetzung. Er ist die Reproduktionsbedingung einer Gesellschaft, in der die Menschen durch ihre Freiheit produktiv werden. Ganz offensichtlich werden in diesem Augenblick die Probleme der Produktion und der politischen Organisation identisch. Führt man diese Überlegung zu Ende, hat das die Vereinigung der politischen Ökonomie und der Wissenschaft von der Politik und der Regierung zur Folge. Allein die Formen der Demokratie – eine radikale und absolute Demokratie, aber ich weiß nicht, ob der Terminus Demokratie hier noch verwendet werden kann – können Formen herausbilden, welche die Produktivität bestimmen: eine substantielle, wirkliche Demokratie, in der die Gleichheit der garantierten Einkommen immer größer, immer grundlegender werden würde. Man kann danach immer noch die einleitenden Maßnahmen angemessen diskutieren, aber das sind Probleme, die uns nicht wirklich interessieren. Das wahre Problem besteht heute darin, die Ansicht umzukehren – im Sinne der Kritik der politischen Ökonomie –, daß die Notwendigkeit der kapitalistischen Investition sich von selbst entwickeln würde. Das ist nicht neu, jahrelang wurde über die grundlegende Wiedererfindung der produktiven Kooperation durch das Leben diskutiert, sei diese sprachlich, affektiv oder den Subjekten zugehörig. Als Reproduktionsbedingung dieser Subjekte in ihrem Reichtum wird der garantierte Lohn deshalb heute entscheidend. Es bedarf keiner

es ist fraglich, ob es noch so viele sind, die das auch wollen.

Eine Antwort darauf sind die verschiedenen Kombi-Lohn-Modelle, mit denen versucht wird, Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen »abzusichern« bzw. Jobs im Niedriglohnbereich erst zu schaffen. In der neoliberalen Variante geht es um eine Senkung sozialstaatlicher Leistungen: »Wir können nicht auf einen Schlag das gesamte Sozialniveau absenken, ohne daß die Sozialpolitiker aller Couleur aufschreien. Deshalb halte ich den Weg für sinnvoll, über den Kombi-Lohn diesen tabuisierten Bereich aufzubrechen.« (H.P. Stihl, Wirtschafts-Woche 20.10.97) [6]

Während in diesen Entwürfen die Koppelung von Lohnarbeit mit Sozialleistungen bzw. Einkommen eher noch verstärkt wird, führt die Problembeschreibung, daß die Massenarbeitslosigkeit auf absehbare Zeit nicht zu beseitigen ist und der Sozialstaat in seiner alten Form nicht mehr funktioniert, mittlerweile zunehmend dazu, daß die Koppelung von Sozialleistungen an freie Lohnarbeit infragegestellt wird.

So im Modell des Club of Rome (Giarini/Liedke 1998): Der grundlegende Imperativ der beiden Autoren lautet, daß »Arbeit, genaugenommen jede produktive Tätigkeit, (...) der augenfälligste und grundlegenste Ausdruck unserer Persönlichkeit und Freiheit ist«. (Dieter Rulff, *taz* vom 5.5.98, 17) Damit diese Freiheit auch gelebt werden kann, bietet der Staat allen eine Grundbeschäftigung von 20 Stunden/Woche, bezahlt nach einem garantierten Mindestsatz. Wer allerdings so frei ist, diese Arbeit nicht anzunehmen, hat keinen Anspruch mehr auf staatliche Leistungen. Im Unterschied zu solchen Zwangsprogrammen geht es etwa bei den grünen Vorstellungen (ähnlich wie auch bei der PDS) zur Grundsicherung eher um eine Reform der Sozialhilfe (Die Grünen 1998, 69ff). Hier ist zunächst die Pauschalierung der Beträge hervorzuheben. Damit sollen einerseits Gängelungen durch die Sozialbürokratie wegfallen und alle die ihnen gesetzlich zustehenden Leistungen erhalten, die bei der Sozialhilfe z. T. einzeln beantragt werden müssen. Andererseits ist diese Vereinfachung darauf angelegt, die immer fragmentierteren Biographien und heterogener werdenden Lebensverhältnisse sozialtechnokratisch »einzufangen«. Das geschieht jedoch vor dem Hintergrund der Spaltung des Arbeitsmarkts (s.o.); neben einem wie umfangreich auch immer ausgestalteten Kern von Beschäftigten entsteht ein Heer von zu alimentierenden. Damit unterscheidet sich die grüne Grundsicherung in ihrer Logik nicht von der Sozialhilfe, auch wenn sie in einigen Bereichen Verbesserung bringen würde.[7]

Machtzentrale der Herrschaft, und nichts Transzendentales ist mehr nötig, und es gibt heute keine Investition, deren Funktion nicht darin besteht, sozusagen »die Beschäftigungen von morgen zu antizipieren«, sondern im Innern des Proletariats die Teilungen zwischen Arbeitslosen und Tätigen, zwischen Sozialhilfeempfängern und Produktiven, zwischen »Mitgliedern« und »Nichtmitgliedern« zu antizipieren und zu befehlen. Hier handelt es sich um eine Utopie, um eine Form von Utopie, die nur in Gang gesetzt werden muß, damit sie zur Maschine der Transformation des Wirklichen wird. Eines der erfreulichsten Dinge ist heute eben die Tatsache, daß dieser öffentliche Raum von Freiheit und Produktion sich zu definieren beginnt, der die Zerstörung dessen, was existiert, als Organisation produktiver Macht, folglich als Organisation politischer Macht in sich trägt.

Die Verkürzung der Arbeitszeit

Wenn die Verkürzung der Arbeitszeit zum Mythos wird, demzufolge die industrielle Beschäftigung beizubehalten ist, während sich die Arbeitszeit der Arbeitenden verkürzt, dann ist dem nichts hinzuzufügen: Sie ist ein Mythos. Die Rhythmen der Informatisierung und Automatisierung der produktiven fordistischen Arbeit sind so beschleunigt, daß keine Verkürzung der Arbeitszeit dem standhalten kann. Heute genügte es – um wiederaufzunehmen, was Gorz zum einen, Fitoussi, Caillé oder Rifkin zum anderen sagen – zwei Stunden am Tag zu arbeiten, um das Entwicklungsniveau und die Steigerungsrate der Automatisierungs- und Informatisierungsrhythmen zu garantieren, welche die Vollbeschäftigung ermöglicht haben. Das bedeutet zwei Tage, im Höchstfall zweieinhalb Tage pro Woche. Wenn die politische Linie

Nach der Vollbeschäftigung

Die gegenwärtigen Versuche, das an seinen Rändern kriselnde System von Arbeitsbeziehungen und Sozialstaat neu zu regulieren, deuten eine umfangreiche Umstrukturierung an, in die es zu intervenieren gilt. Die »Familienähnlichkeit«, die die verschiedenen Grundsicherungsmodelle mit einem linken Existenzgeldmodell haben, macht es umso notwendiger, in der Auseinandersetzung um neue Regulationsformen die eigenen Positionen zu klären und die Probleme zu benennen, die die Existenzgeldforderung mit sich bringt.

Existenzgeld steht zwar einerseits für eine relative Unabhängigkeit vom Zwang zur Lohnarbeit und von staatlicher Bürokratie, andererseits aber, etwa wenn die Beträge zu niedrig sind, kann es im Gegenteil die Abhängigkeit vergrößern. Die Frage, ob und wie die EmpfängerInnen staatlicher Kontrolle ausgesetzt sind, hängt auch davon ab, ob die Beträge an jede Person

ausgezahlt werden oder z.B. nur an Haushalte, also an Familien und damit an den in der Regel männlichen Familienvorstand. Eine linke Existenzgeldforderung müßte also Kriterien entwickeln, die den vielfältigen Widersprüchen und Kritiken an staatlicher Armutsverwaltung, patriarchaler Arbeitsteilung und rassistischer Diskriminierung (um nur einige zu nennen) Rechnung tragen. Die Höhe der Summe, die Auszahlung an jede Person und die nicht-bürokratische Vergabe können daher zunächst als solche Kriterien dienen. Will die Forderung jedoch mehr als eine gute Provokation sein, müssen zahlreiche Schwierigkeiten berücksichtigt werden. Durch die Entkoppelung von Einkommen und Lohnarbeit entstünde ein neuer Verteilungsmodus, der bei vielen zwar den Lebensstandard erhöhen, bei anderen allerdings – wegen des Wegfalls des Versicherungsprinzips – zu Verschlechterungen führen würde. Damit das Existenzgeld nicht zu einer alternativen Sozialhilfe wird, muß die Forderung gekoppelt werden an einen Kampf um die Umverteilung von Reichtum und Arbeit. Ebenso wird es eine Diskussion um »Gerechtigkeit« geben, in der die Frage aufgeworfen werden wird, ob die »Alimentierung« von Menschen, die »nicht arbeiten gehen«, gerechtfertigt sei. Hier wird es um die Durchsetzung eines neuen Arbeitsbegriffs gehen, um neue Kriterien für den Zusammenhang von Tätigkeit und der Partizipation am gesellschaftlichen Reichtum. (Vgl. Negri: *Der garantierte Lohn*) Ein erweiterter Arbeitsbegriff würde, weil produktive und kreative Tätigkeiten nicht bloß in Büro und Fabrik verortet werden, auch eine Veränderung der Lebensweise bedeuten. Dabei kann es nicht um utopische Entwürfe am Reißbrett gehen, sondern um die Anknüpfung an reale Tendenzen in der Gesellschaft. Einstellungen und Lebensweisen, für die nicht Vollbeschäftigung und 40-Stunden-Woche die Quintessenz des Lebens sind, gibt es zahlreich – nicht zuletzt bei Studierenden.

Die Existenzgeldforderung transportiert und repräsentiert eine Vielfalt linker Kritiken an bürgerlich-

---

einer gewissen Linken darauf abzielt, die Beschäftigung der garantierten Arbeitskraft beizubehalten, so handelt es sich bei ihr schlicht und ergreifend um eine Mystifikation.

Wechseln wir nun das Terrain, indem wir in Betracht ziehen, daß die Produktion nicht so sehr mittels der »garantierten«, in Lohnarbeit stehenden Arbeiterinnen und Arbeiter zustandekommt als vielmehr durch die Mobilität und Flexibilität, die Ausbildung und ständige Höherqualifizierung der gesellschaftlichen Arbeit. Und daß diese Produktion sich ebenso durch die sich unmittelbar auf die Arbeit beziehenden Tätigkeiten wie durch die wissenschaftliche Produktion und ihre Sprachen oder durch die Bildung einer Gemeinschaft von Affekten vollzieht. Wenn man diese dynamische, flexible, bewegliche, fließende, sich verzweigende Konzeption übernimmt, muß man sie garantieren. Und sie garantieren, was bedeutet das? Es bedeutet, jedem den garantierten Lohn zu geben. Mit drei grundlegenden Charakteristika: nicht nur den Lohn für alle, sondern zugleich gemäß einer Gleichheitsregel im Innern der Gesellschaft. Der garantierte Lohn darf nicht allein eine Regel sein, die allen gestattet, im Innern dieses Prozesses weiter zu existieren, ebenso sehr muß er eine Regel sein, die, auf diesem hohen Niveau von Bedürfnissen und produktiven Fähigkeiten einer größtmöglichen Zahl von Bürgerinnen und Bürgern die Fähigkeiten zur Geldaneignung gestattet. Von diesem Standpunkt aus stellt sich das Problem des garantierten Lohns – und das ist der dritte Aspekt – nicht einfach als eines der Einrichtung der Arbeit und der Produktivität. Dieses Problem berührt unmittelbar das Steuer- und Rechnungswesen des Staates und betrifft die grundlegenden Elemente der Organisation: Es ist wirklich ein revolutionärer Prozeß. Und ich verstehe nicht, wie man dem widerstehen kann.

kapitalistischer Gesellschaft und gibt dabei wenig Anlaß, angesichts der gegenwärtigen ökonomischen Krise in den Irrglauben zu verfallen, es sei jetzt an der Zeit, wieder zu einem Arbeiterbewegungs-Marxismus zurückzukehren. So kann das Konzept ein Vehikel darstellen, mit dem die Linke in die aktuellen Umstrukturierungs- und Umbruchsprozessen politisch intervenieren kann, ohne sich defensiv (bzw. verbalradikal) zum ungeliebten und zurecht kritisierten Sozialstaat verhalten zu müssen. Nicht zuletzt könnte die Forderung nach Existenzgeld der Ausgangsunkt einer europaweiten linken Bewegung sein; anknüpfen könnte man an Gruppen bzw. Bewegungen in Frankreich und Italien, die schon seit einiger Zeit mit dieser Forderung arbeiten.

Stephan Adolphs/Serhat Karakayalı

Literatur:

➤ Die Grünen 1998: Grün ist der Wechsel. Programm zur Bundestagswahl 1998

➤ Dittmar, Frieder 1998: Studium des Neoliberalismus. In: Görg/Roth (Hg): Kein Staat zu machen, 185-196

➤ Giarini, Orio/Liedke, Patrick M. 1998: Wie wir arbeiten werden. Der neue Bericht an den Club of Rome.

➤ Gorz, André 1998: Zwischen bezahlter Arbeit und Selbsttätigkeit. Über Enteignung und Wiederaneignung der Arbeit. In: FR vom 8. Juni 98

➤ Lazzarato, Maurizio 1998: Verwertung und Kommunikation. Der Zyklus immaterieller Produktion. In: Negri/Lazzarato/Virno: Umherschweifende Produzenten. Immaterielle Arbeit und Subversion, 53-66

➤ Vobruba, Georg 1998: Ende der Vollbeschäftigungsgesellschaft. In: Eicker-Wolf u.a. (Hg.): Die arbeitslose Gesellschaft und ihr Sozialstaat, 21-51

➤ Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung 1998: Abschlußbericht. Für ein neues ›Modell Deutschland‹. In *Blätter f. deutsche u. internationale Politik* 5/98, 621-628

Arbeitskonferenz zum Thema Existenzgeld vom 18. – 21. 3. 1999 in Berlin. Mehr Informationen in den letzten beiden Nummern der *Arranca* oder auf der Homepage der fels-Sozial-AG: http://www.nadir.org/nadir/initiativ/fels/konferen/

[1] Es handelt sich um Eigenschaften, die früher einmal als solche der Selbstverwirklichung galten und nur als außerhalb der (»entfremdeten«) Arbeit lebbar gedacht wurden. Heute werden sie zunehmend Bestandteil der Warenproduktion selbst. Für die postfordistische Ökonomie wird der Umgang mit Informationen und Wissen immer wichtiger, weil die dem eigentlichen Produktionsprozeß vorgelagerten Prozesse, wie Vermarktung, Werbung, Investment immer größeren Anteil am Produkt haben. (Vgl. Lazzarato 1998, 55f)

[2] Ein Umstand mit Tradition: Zu Beginn der Industrialisierung gab es zunächst auch Lohnarbeiterinnen; phasenhaft sinkende Löhne zwingen ganze Familien zur Lohnarbeit. Die Lohnarbeit weiterer Familienmitglieder führt aber tendenziell nicht zur Erhöhung des Reproduktionsniveaus, sondern das Einkommen wird auf mehrere Köpfe verteilt. Die (männliche) Arbeiterbewegung erkämpft dagegen den Familienlohn und verdrängt die Frauen (und Kinder) aus dem Produktionsprozeß. Die Entstehung der proletarischen Familie kann so als Resultat eines klassenkämpferischen Akts betrachtet werden, bei dem die Arbeiterbewegung dem Kapital – entlang sexistischer Kriterien – Arbeitskräfte »entzog«.

[3] Frauenerwerbsquote in Westdeutschland 1970: 46,2%, 1996: 59,7. Institut der dt. Wirtschaft 1998: Zahlen zur wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland, 16

[4] Der Neoliberalismus schafft die Bedingungen, unter denen eine solche Reform gesellschaftlich durchsetzbar wird, indem er sich zum Nexus all der Alltagspraktiken, Vorstellungen und Lebensgewohnheiten macht, die dem »sozialdemokratischen Staat« entgegenstehen. Es ist unter anderem dieses »Einbeziehen« neuer gesellschaftlicher Praktiken, die es möglich macht, das Projekt »neoliberale Flexibilisierung« im Alltagsbewußtsein tief zu verankern.

[5] In Zahlen ausgedrückt: Zur Zeit arbeiten 45% der Beschäftigten in Westdeutschland in Nicht-Normalarbeitsverhältnissen (1980: 20%) in GB und den USA sind es noch weitaus mehr (Gorz 1998, 9).

[6] Der Vorschlag der Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung (SPD) (1998) sieht die Subventionierung von gering entlohnten Beschäftigungsverhältnissen vor, die Förderung ist nicht an sozialrechtliche »Bedürftigkeit« gebunden. Stundenlöhne unter 18 DM werden durch einen degressiven Zuschuß aus Steuermitteln auf diese Summe aufgestockt. Geht es bei diesem Modell darum, ein bestimmtes Lohnniveau zu garantieren und das alte Sozialversicherungssystem aufrechtzuerhalten, sollten beim Vorschlag der ehemaligen Bundesregierung die Freibeträge für die Sozialhilfe erhöht, also (Neben-) Einkommen bis zu einem bestimmten Betrag nicht auf die Sozialhilfe angerechnet werden. In Kombination mit dem im Juli 1999 in Kraft tretenden Lohnabstandsgebot hätte dies zu einer Absenkung des Sozialhilfeniveaus geführt.

[7] Die grüne Grundsicherung soll unabhängig von Nationalität und Aufenthaltsstatus gewährt werden, die Schlechterstellung von Flüchtlingen im Asylbewerberleistungsgesetz würde damit zurückgenommen. Zwar gibt es auch Verbesserungen in der Regelung der Unterhaltsverpflichtung, im wesentlichen werden jedoch familiäre Abhängigkeitsverhältnisse damit nicht aufgebrochen. So soll die Unterhaltspflicht gegenüber Minderjährigen und in Ausbildung befindlichen Kindern, Ehepartnern und eheähnlichen Gemeinschaften erhalten bleiben und die Bezüge von Einzelpersonen gekurzt werden, wenn sie in einem gemeinsamen Haushalt leben.

»Einsatz. Spannung. Chancen.« – Das freiwillige Jahr im Unternehmen (FJU)
Oder: Was Rucken und Backen gemeinsam ist

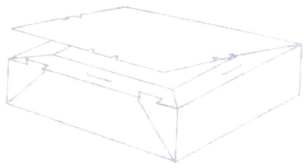
Am 1. September diesen Jahres war es endlich soweit. Seit diesem Zeitpunkt können Männer und Frauen zwischen 16 und 27 Jahren im Rahmen eines Modellprojekts ihre »Kultur der Selbständigkeit« unter Beweis stellen: Ein Jahr lang kann die Zukunft unseres Landes, »die Herausforderungen, die Möglichkeiten, aber auch die soziale und gesellschaftliche Verantwortung freien Unternehmertums« für die Soziale Marktwirtschaft kennengelernt werden. Ausgedacht hat sich das Ganze ein »starkes Team«: nämlich das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, der Deutsche Industrie- und Handelstag, die Industrie- und Handelskammern, das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik in Frankfurt am Main und – last but not least – die Dresdner Bank AG. Über das etwas knausrige Taschengeld von 200,– bis 300,– DM pro Monat kann man leicht hinwegsehen, wenn man sich der überzeugenden Angebote des FJUs bewußt wird: »Eigeninitiative«, »Kreativität«, »Engagement«, »Umgang mit Streß und Grenzerfahrungen«, »Flexibilität«, »Investitionsplanung«, »zielgruppenorientierte Marktstrategien«, »erfolgsorientiertes Denken und Handeln« und »Controlling« sind nur einige der unternehmerischen Tricks, die da trainiert werden und ganz nach oben führen sollen. Schließlich verlangt »selbständig zu sein oder eine leitende Funktion in einem Unternehmen auszuüben« nach »Führungsqualitäten«. Und toll ist, daß man »mittendrin« ist im Geschehen, in sachbezogenen Entscheidungsprozessen und in der effizienten Organisation betrieblicher Abläufe. Klasse ist, daß man Führungskräfte live in ihrer täglichen Arbeit und mit ihren je unterschiedlichen Führungsstilen erlebt – und ganz viel Spaß dabei hat!

Noch eines im Vertrauen: Es geht bei dem FJU um unser aller Wohlstand. Unser Land braucht Leute, »die sich stärker engagieren als andere und die als ›Arbeit-Geber‹ für sich und ihre Beschäftigten Verantwortung übernehmen«. Deswegen – also wegen der »Dienste für die Allgemeinheit« – ist das FJU auch an die Seite des Freiwilligen Sozialen sowie des Freiwilligen Ökologischen Jahres gestellt worden. Denn eines sollten mittlerweile doch alle wissen: Erst wenn der Kuchen insgesamt größer ist, kriegen wir alle größere Stücke – und gut backen können eben nicht alle. Logo.

Na ja. Uwe, 19, Real-Schul-Absolvent hatte auf jeden Fall nach der Schule echt keinen Plan. Aber jetzt bekommt er langsam 'ne Vorstellung, wo's für ihn langgeht. Ich glaube, der will Bäcker werden.

Alexandra Rau

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) 1998: Das freiwillige Jahr im Unternehmen. Ein berufliches Orientierungsjahr für junge Frauen und Männer von 16 bis 27, Bonn



Etwas Skandal
Das Sample zum nächstgelegenen Anschlag

Die Stadt stellt das Haus zur Verfügung, das mittelfristig für den Abriß bestimmt ist. Keiner der Bewohner hat eine Arbeitserlaubnis.

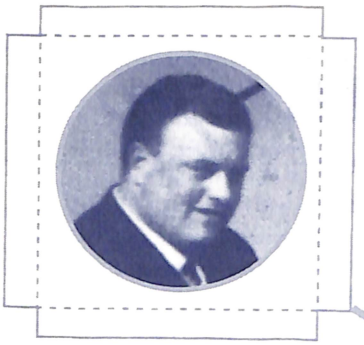
Ein unbekannter Täter hat am Sonntag, den 18.10.98 einen Brandsatz in ein Haus in der Willmannstraße in Fechenheim geworfen. Nach den bisherigen Ermittlungen gibt es nach Einschätzungen der Polizei keine Hinweise auf ein ausländerfeindliches Motiv.

Er bedauere den Vorfall, aber die Familie habe ein gerüttelt Maß an Schuld, da sie sich nicht angepaßt habe, erklärte der Vorsitzende des Ortsbeirates. Die Roma-Union bezeichnete Bodenstedt als geistigen Brandstifter des Anschlages. Es ist das eine, die Zuwanderung und deren Folgen zu erörtern – das muß möglich sein –, es ist das andere, der Brutalität das Wort zu reden und sei es mühsam verklausuliert. Liberalität ist keine Worthülse, sondern ein Markenzeichen dieser Stadt.

Die Fechenheimer CDU steht hinter ihm und hat die Kritik an seiner Person zurückgewiesen. Auf Reisen in orientalische Länder bemüht er sich, nicht gegen die Sitten der Einheimischen zu verstoßen.

Der Stadtteilpolitiker hat mit Sicherheit für viele gesprochen.

– –



Unterhaltungsmusik. Alfred Schmidt hat immer Wert darauf gelegt, nicht im Elfenbeinturm der Universität einschließen zu lassen sich. Auf dem Photo sehen wir, wie der junge Schmidt den Bass in der frühen Max-Greger-Big-Band bedient, um der Welt die Grundbegriffe des Swing beizubringen.

Denn »blickt man in die Welt, dann sieht sie so aus, als hätten Musiker wie Glenn Miller oder Duke Ellington nie gelebt«. Dennoch will er auch in Zukunft das Banner der Aufklärung hochhalten; das nächste Mal im Mai 1999 bei seinem Vortrag über den »Septimakkord im Dichten und Denken von Elvis Presley«.

nach: Frankfurter Rundschau vom 18. 11. 1998

BigBand Alfred

Wir gratulieren Alfred Schmidt zur Verleihung des Bundesverdienstkreuzes am Band. Der berühmte Frankfurter Sozialphilosoph glänzte aber – was bisher nur wenigen bekannt war – auch in außerwissenschaftlichen Bereichen. »Mein Interesse an dem, was in der Welt vor sich geht, war immer sehr groß« betonte er in seiner Rede und verwies unter anderem auf sein Schaffen in der

Die Berglöwin und Los Angeles

1989 legte die USA einen Pestizidstreifen quer durch Mexiko, um die Invasion der gefürchteten Killer-Bienen aus dem Süden aufzuhalten. Vergeblich. Und so gesellen sich die wilden Insekten den vielfältigen Gefahren hinzu, denen der Großraum Los Angeles ausgesetzt ist. Dem neuen Buch *Ecology of Fear* von Mike Davis zufolge hat sich L.A. zum globalen Mythos der vom Untergang bedrohten Metropole entwickelt. Davis zerlegt diesen Mythos und schreibt die Geschichten der jeweiligen »Ängste«: die seit Jahrzehnten in Filmen und Büchern kolportierten Szenarien japanischer oder marsianischer Invasionen; weiße middle-class Panikmache vor Berglöwen und Seuchen, die allzu oft Abschottungen gegenüber ImmigrantInnen legitimiert haben; wie drohende Zerstörungen durch Tornados, Erdbeben und Sturmfluten von denjenigen heruntergespielt, die sich um das Image Kaliforniens als gelobtem Land und damit v.a.D. um die Grundstückspreise sorgen. Oder die Angst vor dem Feuer. Davis beschreibt am Beispiel von Löschkonzeptionen den städtischen Klassenkampf: Während ein gigantischer Feuerwehrapparat aufgebaut wurde, um die Villen in den Hügeln Malibus zu schützen, sind die sozial deklassierten Innenstadtviertel feuerschutzpolitisch weitgehend aufgegeben. Das letzte Kapitel ist eine Art Aktualisierung des Innenstadtsicherheitausschluß-Kultbuchs *City of Quartz* (für ehemalige *Beute*-LeserInnen sei angemerkt, daß dieser Text bereits im Heft 3/94 (!) übersetzt erschienen ist). In ihm untersucht Davis, wie »Angst« zu einem zentralen Faktor für stadträumliche Polarisierungen geworden ist und sich soziale Widersprüche in segregierten Stadtvierteln und militarisierten Wohlstandsgrenzen manifestieren: in Sondergesetzzonen gegen Drogen und Prostitution, in abgeriegelten Geschäftsvierteln, in die Unerwünschte nicht hineinkommen, und quasi Internierungsvierteln, aus denen Obdachlose nicht mehr herauskommen. Am Rande der Stadt, noch weit außerhalb der weißen Suburbs, ballen sich Gefängnisneubauten. Davis beschreibt, wie es vor Kurzem massiven Widerstand gegen den Elektrozaun eines neuen Hochsicherheitsgefängnisses gab; Widerstand zum einen, weil der Zaun einige Scharfschützen hat arbeitslos werden lassen, zum anderen weil der Zaun als Todeszaun angeprangert wurde: als Todeszaun für Zugvögel.

Christian Sälzer

Mike Davis: Ecology of Fear. Metropolitan Books, New York 1998, 484 S.

Karawane zieht weiter

Nach Aufenthalt in über 40 Städten und Städtchen kehrte die Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen auf ihrer letzten Etappe in Köln ein, wo auch ein Kongreß zum Rückblick und weiteren Vorgehen stattfinden sollte. Eine Ankündigung auf den Kongreß suchte man/frau selbst in liberaleren Gazetten wie *taz* oder *Frankfurter Rundschau* vergebens. Ob das an einer vernachlässigten Pressearbeit der VeranstalterInnen oder dem offenen Desinteresse der parteipolitisch assoziierten Presseorgane lag, ließ sich nicht völlig klären. Klar ist jedoch, daß kurz vor der Bundestagswahl weder SPD noch Grüne auch nur in die Nähe des nicht gerade publizitätsträchtigen Themas kommen wollten.

Aber wie auch immer sich die ›freundliche Zivilgesellschaft‹ zu den Problemen der Flüchtlinge und MigrantInnen stellen sollte, wurde während des Verlaufs der Karawane und in den Beiträgen der meisten RednerInnen klar, daß die Erfolge der Karawane in ihrer Wirkung nach innen liegen. So bot sich für einige der in Sammellagern Internierten die Gelegenheit, diese über die Kreisgebiete hinaus zu verlassen und etwas anderes zu tun, als auf die drohende Abschiebung zu warten. An einigen Orten stärkte die Durchreise der Karawane die antirassistischen UnterstützerInnengruppen. Wichtiger vielleicht noch ist die intensivierte Zusammenarbeit der verschiedenen Flüchtlingsorganisationen wie dem *world tamil movement*, die afrikanische Flüchtlinge repräsentierende *The Voice* und verschiedenen türkisch-kurdischen Gruppen untereinander, sowie deren Zusammenarbeit mit den bundesdeutschen UnterstützerInnengruppen.

Daß die Repression nicht nur von außen kommt, bestätigten zwei Teilnehmer der Karawane selber. Am Vorabend des Kongresses gab es zwei voneinander unabhängige sexuelle Übergriffe, mit Vergewaltigungs- und Prügelandrohungen falls die Frauen die Übergriffe publik machen sollten. Die beiden Männer wurden aus der Karawanengruppe ausgeschlossen. Auf dem entsprechenden Plenum wurde die Absicht einiger Sprecherinnen deutlich, den Kongreß trotz der Übergriffe nicht ausfallen zu lassen.

Die Karawane will weiterziehen – wohin genau ließ sich dem, durch die Ereignisse des Vortages komprimierten Kongreß allerdings nicht entnehmen. In Planung ist ein eigenständiger Kongreß Ende des Jahres und die Vorbereitung eines weiteren Karawanensommers. Für die weitere Koordinierung wird es ein Treffen im März '99 geben? *me*

Raider heißt jetzt Twix

Im Februar '97 meldete die Berliner *taz* im Rahmen der Berichterstattung über das sich gerade formierende Innenstadtaktions-Bündnis eine bis dato unbekannte Form städtischen Handelns: eine Touristengruppe aus Hamburg war von ihrem Reiseführer getrennt und in sachkundiger eigener Regie für eine Großstadt-Safari mit einem ganz besonderen Abenteuer-Kick »entführt« worden: Als die derart Beglückten mit glänzenden Augen vom Pinkeln auf einer Junkie-Toilette zurückkamen und erregt nach mehr Authentizität verlangten, öffneten die AktivistInnen den Zugang eines leerstehenden Hauses. Die bei Anrücken der Ordnungshüter sich selbst überlassenen ErlebnistouristInnen machten laut Polizeisprecher keine Angaben zu ihrer Person und ihrem Motiv, sich in dem Gebäude aufzuhalten. Außerdem sei die Gruppe recht »untypisch für die autonome Szene« gewesen.

Typisch dagegen die Reflexion der AktivistInnen von der Berliner Architekturstudi-Gruppe »Freies Fach«: Ausgehend von einer Einschätzung, wie die »Touristengruppen sich in Berlin bewegen, welche Erwartungen sie stellen, wie sie Berlin sehen und wie Berlin sie sehen würde«, begriffen die MetropolenforscherInnen ihre Aktion als eine Art Versuch zur Überprüfung solcher Thesen. Die gemischten Gefühle ob des tragikomischen Ausgangs dieses Versuchs konnten schließlich mit der Annahme beruhigt werden, »dreißig Menschen von ihrer konsumierenden und stadtzerstörenden Rolle befreit und zu verwegenen und wilden Aktivisten gemacht zu haben«.

Jetzt haben die Veteranen der Kommunikationsguerrilla im b_books-Verlag einen »Freies Fach Reader zu Stadt und Sprache« herausgebracht.

Reader? Das Bändchen im Mini-Taschenbuch-Format ist gerade mal hundert Seiten dick und die dort versammelten 16 »Artikel« sind zwischen einer und elf Seiten lang. Der Bruch mit formalen Gewohnheiten wird auch inhaltlich produktiv: Dadurch, daß keine Textsorte eindeutig identifizierbar scheint und der Stil ständig zwischen Analyse, Essay, Aphorismus und Thesenpapier zur Förderung interdisziplinärer Verständigung oszilliert, gelingt eine Einführung in sehr verschiedene Aspekte der Stadtdiskussion in atemberaubender Geschwindigkeit. Da sieht mensch auch mal darüber hinweg, wenn flugs das goldene Zeitalter des Fordismus in die siebziger Jahre verlegt wird.

Rund um das quasi Lefèbvresche Generalthema ›Stadt als soziale Praxis‹ machen die Texte horizonterweiternde Ausfälle in die Richtungen Sprachpolitik, Trend, political correctness, Gebäudetechnik, Arbeit, Patriotismus, »Innere Sicherheit«, Standortvermarktungsstrategien, Biotechnik, Nachhaltigkeit, Sport und Demokratie, um mit einem Interview einer PR-Angestellten von Mercedes-Benz zu metropolenorientierten Werbeoffensiven zu enden.

Bodo Pallmer

Raider heißt jetzt Twix, Freies Fach Reader zu Stadt und Sprache, 106 S., DM 8.–, b_books, Berlin

Bourdieu, Lewontin, die Ideologie und ein Buch

Ich sag es gleich: der folgende Text ist eine Buchempfehlung und Bourdieu ist nicht der Autor des Buchs. Er hat aber höchst lesenswert geschrieben über die »Utopie des Neoliberalismus, die sich mittlerweile als wissenschaftliche Beschreibung der Wirklichkeit zu gebärden versteht. Doch diese ökonomische Theorie ist eine bloße mathematische Fiktion.« Und es ist Aufgabe der Intellektuellen, so Bourdieu, diesem Gebaren entgegenzuwirken. Da hat er recht.

Die Tendenz von (vornehmlich mathematischen) Modellen, sich unter der Hand in Wirklichkeit zu verwandeln, ist aber keineswegs auf die Ökonomie beschränkt. Auch in der Biologie, der momentanen Königin der Forschung, gibt es entsprechende Tendenzen. Ganz im Bourdieuschen Sinne entzündet Richard Lewontin, Harvard-Professor für Genetik, in seinem Buch *Biology as Ideology. The Doctrine of DNA* ein Gegenfeuer.

Kann die DNA als Verursacherin menschlicher Krankheiten gesehen werden? Stimmt es, daß die Ertragssteigerung durch hybrides Saatgut eine Errungenschaft der modernen Genetik ist? Ist der Tuberkelbazillus die Ursache für Tuberkulose? Die Biologie ist bevölkert von kaum hinterfragten Fiktionen und das hat mehr System (in dem wiederum die Ökonomie eine Rolle spielt), als man den Fragen ansieht. Doch darüber lasse ich mich nicht aus, sondern empfehle schlicht das genannte Buch. Es ist teils verblüffend, es ist kenntnisreich geschrieben und es ist als schriftliche Fassung einer Radioserie angenehm lesbar (wenn auch nicht in deutsch erhältlich).

Johannes Lenhard

Richard Lewontin: Biology as Ideology. The Doctrine of DNA. Anansi, 1995, exakt 100 S. und für 11,95 $ erhältlich, den Flug nach Kanada nicht mitgerechnet.

Will meinen Club!

»Der grundsätzliche Unterschied – zu Karnevalsumzügen oder Love Parade – ist, dass schon bewusst war, dass es kein erlaubter Gang durch die Stadt war.« (Hans Romanov zur – damals noch illegalen – dritten Nachttanzdemo Lärm '97)

Wurde auf der Nachttanzdemo letztes Jahr, zumindest offiziell, noch gegen *»Ausgrenzung, Privatisierung öffentlichen Raums, gegen Sicherheitswahn und Rassismus«* gelärmt, und eine Verbindung von Party und Politik gesucht, ist man dieses Jahr etwas bescheidener geworden: Den VeranstalterInnen des sich bislang stets immer von der Berliner Love Parade betont abgrenzenden alljährlichen Frankfurter Partyumzugs lagen diesmal die *»Erleichterung der Genehmigungsverfahren«* (für Partyveranstaltungen), die *»Verkürzung der Behördenwege durch Zusammenfassung von Zuständigkeiten«* und die *»Errichtung einer zentralen Anlaufstelle ...«* am Herzen. Was aussieht wie der Wunschzettel eines sich durch die Behörden gegängelt fühlenden Unternehmertums ist es auch.

Die Forderung nach selbstbestimmter (Wieder-)Aneignung öffentlicher Räume durch illegale Partys, jenseits von kommerziellen Zwängen, rassistischer Türpolitik und ordnungsamtlicher Gängelei, wurde diesmal in ihr Gegenteil verkehrt: Subjekt der Aneignung von Räumen sind nicht länger die tanzenden *»party-people«*, sondern Leute, die »ihren« Club, im Sinne eines bürgerlichen Eigentumstitels inklusive amtlicher Konzessionierung fordern.

Nachdem alle weitergehenden politischen Forderungen entsorgt waren, einigte sich das Vorbereitungsplenum der Demonstration immerhin noch auf eine radikale Ausdrucksform: Keinesfalls die vom Ordnungsamt ins Gespräch gebrachte Limitierung des Lärms auf 80 Dezibel akzeptieren. Aber auch diese Reminiszenz an Formen zivilen Ungehorsams fiel dem vorauseilenden Gehorsam des Verhandlungsführers gegenüber dem Ordnungsamt zum Opfer: Entgegen der Plenumsabsprache wurde einer amtlichen Einmessung der Soundsysteme auf 80 Dezibel zugestimmt, im Gegenzug verzichtete das Amt kulanterweise auf eine ständige Lärmmessung während der Demonstration.

Am Wunsch, seine eigene Kneipe oder seinen eigenen Club zu eröffnen, wäre an und für sich kaum etwas auszusetzen. Allerdings geht der politische Gehalt der Forderung nach Vereinfachung der Genehmigungsverfahren für Diskothekenbetriebe kaum über die Forderung der Fleischerinnung nach Vereinfachung der Bundeswurstverkaufsverordnung hinaus. Aber halt! Unsere PartymacherInnen sind natürlich keine profanen WurstverkäuferInnen. Sie bewegen sich vielmehr *»an der Schnittstelle von Kunst und Party«*, fordern folgerichtig auch die hochoffizielle Anerkennung durch das städtische Kulturamt. Aber darum geht es letztlich sowieso nicht, die Überstrapazierung des Kulturbegriffs dient offensichtlich nur mehr dazu, das partikulare Interesse, einen eigenen Gastronomiebetrieb zu eröffnen, als allgemeines auszugeben.

Waren bei den vorherigen Veranstaltungen, insbesondere aufgrund ihrer illegalen Form, noch subversive Praktiken der Aneignung städtischen Raumes herauslesbar, so wurde diesmal auf dieses Moment von vorneherein verzichtet. Entsprechend wurden nicht mehr die Anliegen der »party people« artikuliert, sondern die Club-Chefs in spe stellten ihren Forderungskatalog an das Ordnungsamt vor. Es geht also nicht einmal mehr dem Anspruch nach um die »temporäre Umnutzung« der dem Kommerz vorbehaltenen Innenstädte, sondern die »Off-Szene« fordert Starthilfe beim Eintritt in den Verteilungskampf um die bisher den etablierten Frankfurter Gastronomen vorbehaltenen Fleischtöpfe des Diskothekengewerbes. So heißt es in der Zeitung zur

Gegendarstellung

Zum wiederholten Male stellt sich die *manufaktur* vor im Rahmen einer Ausstellung...; nein eher kulturellen Veranstaltung...; um Gottes Willen; d.h. Event, transitorischen Vereinigung, ephemere Besetzung, translokative Überlegung...; nein, so geht es nicht weiter, wahrscheinlich aufgrund einer permanenten Arroganz gegenüber kulturellen Institutionen oder wie es so schön heißt, dem allgemeinen Kulturmanagement; nennen wir es einfach Ausstellung oder besser *Gegendarstellung*.

Das temporäre Bündnis von Künstlern, Dichterinnen und Denkern, Theoretikerinnen und Wissenschaftlerinnen gibt es nicht, solange sie nicht in die Öffentlichkeit treten. Unbekannte wie auch namhafte Künstlerinnen (»Zugpferde«), Kuratoren – vor allen Dingen die Kuratoren – sowie Thema und Name der Ausstellung fördern und bezeichnen die Repräsentation und dienen meist als Karrieresprungbrett/Positionierung im Kunst-»Establishment«. Voraussetzung dafür ist jedoch ein harmonierendes Anhängigikeitsverhältnis zwischen Künstler/Kuratorin, Gruppierung/Medien und Kurator/Kunstfördererin. Seit sich in den letzten Jahren die öffentliche Hand mit den Fördermitteln immer weiter zurückzieht, wird von den Kulturmanagern unisono eine veränderte Steuergesetzföderung für Kunstsubventionen verlangt. Das neue Finazierungsmodell gibt den wirtschaftsstarken Unternehmen und privaten Förderern die Gelegenheit, als kulturelle Retter zu agieren. Die Institutionen können sich, entgegen aller Abhängigkeitsverhältnisse, als »gleichberechtigtes« Unternehmensmodell repräsentieren. Die Grundlagen dafür zeichnen sich bereits in der Fußballwelt ab, in der sich die »Clubs« in Aktiengesellschaften umwandeln. Präsident, Manager, Trainer und sportlicher Leiter, vereinigt in einer Person, muß allerdings noch im unternehmerischen Kunstbetrieb die Arbeitsverhältnisse für den neuen Kunstproduzenten klären. Dem wird stets noch seine personelle Freiheit eingeräumt (Künstlermythos), d.h. jegliches Aufbäumen, polemische Kritik, Negation fördert das öffentliche Interesse und ist kalkulierter Bestandteil der Inszenierung. Die Kunstproduktion sollte sich allerdings in diesem leistungsgerechten repräsentativen Rahmen bewegen, ansonsten wird der Betriebsstörer verkauft, ausgewechselt oder er sitzt auf der Ersatzbank.

Diese Darstellung erscheint wie ein »Real-Zeit-System«, zeigt den Eindruck einer Kritik gegenüber dem Kunstbetrieb und ihrer Repräsentation und erweckt die Vorstellung eines Themas, das die *manufaktur* in der Ausstellung aufzeigen möchte. Doch der Verfasser kann keine Vorstellung, Darstellung und Gegendarstellung einer »Ausstellung« im Vorfeld repräsentieren, ohne sich selbst wieder in diesem System der Verklärung einzuschreiben. Dafür repräsentieren sich die Repräsentanten selbst vom *09.- 20. Dezember in der Saalgasse 24, Eröffnung 9. Dezember, 20.00h*.

manufaktur

diesjährigen Demo auch folgerichtig: »*... geht es '98 um fast schon die halbe Torte, dass heißt legale Anerkennung unseres [!] Kulturschaffens. La lutte culturelle nimmt ihren Lauf, bis wir genausoviel vom Kuchen haben wie die anderen.*« Nachdem die Teilnahmegebühr an diesem ›Kulturkampf‹ mit einer ›Schanklizenz‹ von DM 250 dieses Jahr bereits schleichend eingeführt wurde, werden die Veranstalter nächstes Jahr sicher auf den immer unglaubwürdigeren Distinktionsgewinn gegenüber den Etablierten verzichten, so daß es dann gemeinsam heißen darf: *Frankfurt sounds better with us!*

Oliver Groß, Claus Weiland

EXPO NO – denn die Welt sieht anders aus!

Im Jahr 2000 wird in Hannover die Weltausstellung EXPO 2000 stattfinden. Unsere Einschätzungen zur EXPO als groß angelegte Propagandashow und unsere Kritik an den Inhalten der dort vorgestellten Zukunftsentwürfe wollen wir allen Interessierten zur Diskussion stellen und diese auffordern, sich an der Neuformierung des Widerstands zu beteiligen. Das vierseitige Papier kann bei uns, einem offenen Anti-EXPO-Bündnis von Leuten aus der Umgebung von Hannover und Bremen, angefordert werden.

Wir laden alle interessierten Gruppen und Einzelpersonen zu einen bundesweiten Anti-EXPO-Treffen vom 11. bis 13. Dezember '98 in Hannover ein. Dieses soll sowohl dem unverbindlichen Meinungsaustausch und der Diskussion des weiteren Vorgehens dienen, als auch Möglichkeiten für vertiefende inhaltliche Diskussionen der in unserem Papier angesprochenen Themenbereiche bieten. Falls ihr Interesse habt, meldet Euch bitte bis zum 1. Dezember '98, damit wir planen können. Dann gibt es auch genaueres zum Ablauf des Treffens.

Kontakt:
Tipp-Ex. Treffen für Intergalaktische Perspektiven gegen die EXPO;
c/o ASTA der Uni Hannover
Welfengarten 1; 30167 Hannover
Tel 0511/ 762-5061; Fax 0511/717441

impressum

Druckerei
und Verlagskollektiv
Gutleut e.G.
Schönstr. 8, 60327 Frankfurt
www.druck-kollektiv.de

Druck Satz Grafik
Fon: 069-24 27 19 24
Fax: 069-24 27 19 25
e-mail: post@druck-kollektiv.de

diskus
Frankfurter StudentInnen Zeitschrift

Heft Nr. 4
Dezember 1998
47. Jahrgang

Anschrift:
Mertonstr. 26 –28, 60325 Frankfurt am Main

e-mail:
diskus@copyriot.com

Website:
http://www.copyriot.com/diskus

HerausgeberInnen:
Sonja Buckel, Thomas Höhne, Wolfgang Hörbe, Alexandra Rau, Katja Wießner

Redaktion:
Stephan Adolphs, Wolfgang Hörbe, Serhat Karakayalı (ViSdP), Tanja-Maria Müller, Bodo Pallmer, Alexandra Rau, Feli Reuschling, Christian Sälzer, Uli Spenkoch, Esther Uhlig, Katja Wießner

Fotos:
Feli Reuschling

Abbildungen S. 25 – 28:
© Daniel Fuchs d. J.
Entnommen aus dem Zyklus *Un-Räume* (1998)
Besten Dank!

Detepe:
salon buechs & hoerbe

Lithos:
minuskel screen partner, frankfurt

Druck:
Druckerei- und Verlagskollektiv Gutleut e. G.

Weiterer Dank:
Ans Labor für Text + Tat für die Covergrafiken.
Und ans Buero für Angewandten Realismus Ludwigshafen für die A. Schmidt-BigBand-Schallplatten-Postkarte.

Auflage:
Achttausend

Erscheinungsweise
Vierteljährlich

In Frankfurt gratis, auswärts 5 Mark
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 3 vom 1. Juli 1998.
Namentlich unterzeichnete Beiträge liegen in Verantwortung der AutorInnen.

SINE

Der außergewöhnliche Ausrüster

Für alle Wetter und jede Jahreszeit!

Fleece - Stirnband
aus original Polartec 200
verschiedene Farben
nur 12,90 DM

OUR PLANET
POLARTEC®

Fleece - Schal
aus original Polartec 200
verschiedene Farben
nur 19,90 DM

OUR PLANET
POLARTEC®

OUR PLANET - Decke
aus Polartec 200 mit vielfältigen Einsatzmöglichkeiten.
In verschiedenen Farben erhältlich!
nur 99,90

OUR PLANET
POLARTEC®

Raichle OF SWITZERLAND

Raichle - Scout Trekkingschuh
Mittelschwerer Allround Bergwanderstiefel mit wasserdichter Gore-Tex Membran und rutschfester Vibram Sohle. Obermaterial Leder und Cordura.
Herrengrößen: 7 - 13 / Damen: 3,5 - 7,5
nur 179,- DM

Jack Wolfskin

GORE-TEX

Jack Wolfskin - Mt. Peak Kombijacke
Hervorragend ausgestattete rucksacktaugliche Gore Tex Doppeljacke, zweilagiges Elgine Gore Tex außen, eine Polartec 200 Jacke innen, 3 wasserdichte Taschen, Unterarmreißverschlüsse, volumenregulierbare Kapuze - eine vielseitige Jacke für das ganze Jahr und widrige Wetterbedingungen.
Farbe: rot/grau, blau/grau, schwarz/grau, Größe: S - XXL

komplett **nur 669,- DM**

SALEWA

Salewa - Daunenjacke
Federleichte Jacke mit hohem Isoliervermögen, gehobene 70/30 Daunenqualität, inkl. Packbeutel zum leichten Verstauen.
Farben: schwarz u. dunkelbraun
nur 139,- DM

POLARTEC®

VAUDE

VAUDE - Tavera Polartec Pullover
Bequemer, lässiger Sweater aus Polartec 100. Mit hochgezogenem RV Kragen.
Farben: blau oder schwarz
Größe: S - XXL
nur 99,90 DM

SINE

Laden I
Oeder Weg 43, 60318 Frankfurt
Tel. 069/55 22 33 o. 59 56 75
Fax 069/ 59 30 74
Bekleidung, Schuhe, Bergsport, Taschen, Daypacks, Zubehör, Reiseführer, Landkarten

Laden II
Oeder Weg 31, 60318 Frankfurt
Tel. 069/55 73 77
Zelte, Rucksäcke, Isomatten, Schlafsäcke, Fahrradtaschen, Daypacks, Kochgeschirr, Zubehör, Reiseboote

Internet: www.sine.de

SINE führt das komplette Jack Wolfskin Sortiment und andere gute Markenausrüstung für Wandern, Bergsport, Trekking, Reise- und Citysurvival